Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 133 September/Oktober 2007 2,50 Euro



- **Selbstkritische Wahlanalyse der DTP Demokratie fängt bei uns selbst an**
- **KCK – Das System der *Vereinigten Gemeinschaften Kurdistan* im Mittleren Osten**

In dieser Ausgabe berichten wir über:

Kurdistan Report Nr. 133 September/Oktober 2007

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:
Sebahat Tuncel

Rückseite:
Half Moon

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung: Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Trauerfeier für Orhan Doğan in Şırnak Foto: DIHA



Freude über die Wahl der kurdischen Politikerinnen und Politiker Foto: DIHA



Protest gegen das Ilisu-Staudammprojekt Foto: DIHA

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

willkommen zu einer neuen Ausgabe des *KurdistanReport*, die leider gleich mit schlechten Nachrichten beginnen muss. Bisher um die 700 Opfer forderten die Anschläge vom 14. August in der yezidischen Region Şengal im Nordirak. Wie schon im letzten *Report* beschrieben wirft das für November geplante Referendum über die Zugehörigkeit einiger nordirakischer Areale zum kurdischen oder arabischen Gebiet seine Schatten voraus. Die mit wirklich allen Mitteln um Einflusssphären im Irak kämpfenden Mächte weiten den Krieg immer mehr aus.

Der ehemals angeblich „sichere Hafen", das föderale Südkurdistan, steht von allen Seiten unter Beschuss, nicht nur von der irakischen. Die Türkei will gern, die USA lavieren zwischen ihren diversen Interessen herum (wir werden sehen, wem sie unter die Arme greifen werden), und der Iran beschießt immer wieder föderales kurdisches Gebiet. Dabei verschärft letzterer auch auf eigenem Hoheitsgebiet die Gangart gegen die kurdische Zivilbevölkerung unter dem Vorwand der PJAK-Bekämpfung. Zusehens wächst die Zahl der Todesurteile. Seit Ende Juli befinden sich die beiden kurdischen Journalisten Adnan Hesenpur und Hiwa Potimar aufgrund der schlechten Haftbedingungen und der erlittenen Folter im Todesfasten. Sie wurden unter dem Vorwurf der Spionage zum Tode verurteilt. Ihre Angehörigen sowie die Organisation „*Journalisten ohne Grenzen*" rufen die internationale Gemeinschaft zu sofortigem Handeln auf.

Bei allen Maßnahmen ist, wie immer im Krieg, die Zivilbevölkerung als erste betroffen, ungeachtet aller Absichtserklärungen. Dagegen scheint die kurdische Befreiungsbewegung mit ihren Vorstellungen vom demokratischen Konföderalismus in der Türkei, aber auch im Mittleren Osten, das einzig vorstellbare Konzept einer friedlichen Perspektive anzubieten. Bleibt zu hoffen, dass sie davon etwas verwirklichen können und nicht auf eine zweite Option ausweichen müssen. Die Möglichkeit einer rein kurdischen Union wurde von Abdullah Öcalan in seinen Verteidigergesprächen anvisiert, nachzulesen in diesem Heft, ebenso wie der Versuch einer Interpretation des neuen Organisierungsmodells der KCK, der *Vereinigten Gemeinschaften Kurdistan*.

Wieder einmal war eine Wahlanalyse fällig, die Bewertung einer türkischen Parlamentswahl, die vorher mit hohen Erwartungen und Hoffnungen befrachtet worden war. Wann gibt es das schon, dass sich eine Partei bei ihren WählerInnen für die im Zusammen hang mit der Wahl gemachten Fehler und das Verpassen ihres Ziels entschuldigt, so wie in diesem Fall die DTP? Schauen wir uns die Kommentare zu den Wahlergebnissen an, ist von „vorher schon gewusst" bis „unerwartete Katastrophe" alles vertreten. Dabei scheint nur eines klar: die relativ unveränderte Position des türkischen Militärs im politischen Machtgefüge. Alle anderen Protagonisten können zumindest nicht so weitermachen wie vor der Wahl, ihre Ausgangslage ist jeweils eine andere geworden. Sehen wir, wie sich die „1000 Hoffnungen" im neuen Parlament machen werden, zumal das ja erklärtermaßen nicht ihr einziges Arbeitsfeld sein soll. Doch lesen Sie selbst einen Schwerpunkt in dieser Ausgabe.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre,

Ihre Redaktion

Ist die Krise überstanden?

Fuat Kav, Journalist und Schriftsteller

Die Krise der Türkei vertiefte sich, als die Wahl des Staatspräsidenten anstand. Das Bestreben der Armee, alles unter ihre Kontrolle zu bekommen, und die Haltung der Regierung waren weit davon entfernt, die Krise bewältigen zu können. Vielmehr trat eine gesellschaftliche Realität zutage, die zwei zunehmend polarisierte, unterschiedliche Lager zeigte.

Die Armee antwortete auf die beharrliche Kandidatur Abdullah Güls von der Regierungspartei AKP mit pro-„republikanischen“ Manifestationen. Schließlich mündeten die Entwicklungen in der vorgezogenen Parlamentswahl.

Die Wahlphase offenbarte das wahre politische Gesicht der Türkei. Die Parteien, die Parteivorsitzenden sowie die Armee brachten ihre Haltung gegenüber der Demokratie und der kurdischen Frage auf den Wahlkundgebungen sehr deutlich zum Ausdruck. Die Propaganda und die Versprechungen der Parteien im Wahlkampf waren sehr oberflächlich. Sie zeigten erneut, wie weit sie von den Hauptproblemen der Türkei entfernt sind und inwieweit sie eine verleugnerische Haltung gegenüber der kurdischen Frage haben, dem Hauptgrund für den Krieg und die Gewalt in der Türkei.

Die Lösung der kurdischen Frage, Hauptproblem und -widerspruch der Türkei, kam in keinem Parteiprogramm vor. Kein Parteivorsitzender hat sich auf den Wahlkundgebungen zur Lösung ausgesprochen oder eine entsprechende Haltung gezeigt. Im Gegenteil, vielmehr wurde genau das unternommen, was für die Verschärfung des Problems sorgt. Deniz Baykal, Vorsitzender der *Republikanischen Volkspartei* CHP: „Es gibt kein kurdisches Problem, es gibt nur Terror.“ Devlet Bahçeli, Vorsitzender der *Partei der Nationalen Bewegung* MHP, drohte: „Entweder du wirst das Land lieben oder es verlassen.“ Der AKP-Vorsitzende Tayyip Erdoğan versuchte, die Kurden einzuschüchtern: „eine Flagge, eine Nation, ein Staat“. Er, der sich an der Armee orientiert, seine Haltung nach deren Erwartungen richtet und der noch vor einem Jahr in Diyarbakır die kurdische Existenz benannte sowie von einer Lösung sprach, legte in dieser Zeit eine äußerst verleugnerische Haltung an den Tag.

Die Parlamentswahl in der Türkei fand nach einer schweren politischen Krise statt. Die Wahl endete mit der Niederlage der von der Armee unterstützten Kreise. Die AKP hat nicht nur die Berechtigung erhalten, die Regierung allein zu stellen, sondern sie hat auch einen Zuwachs an Wählerstimmen zu verzeichnen. Trotz aller erdenklichen Behinderungsversuche hat es die DTP geschafft, eine Gruppe von Abgeordneten ins Parlament zu entsenden. Die Vertretung der DTP im türkischen Parlament stellt für die Lösung der kurdischen Frage einen Vorteil dar. Auch dass die AKP als einzige die Regierung stellt, ist eine Chance für die Beendigung des Krieges und für die Lösung der kurdischen Frage mit demokratischen Mitteln, weil mit der DTP nun ein Gesprächspartner gegeben ist. Wenn die Regierung einen korrekten Weg verfolgt, sich der kurdischen Frage ernsthaft annimmt und einige Risiken in Kauf nimmt, könnte das neue Parlament bei der Lösung der Probleme der Türkei eine bedeutende Rolle spielen. Sollte das nicht der Fall sein, so werden weder die Probleme der Türkei gelöst noch die kurdische Frage erledigt oder der Krieg beendet werden.

Doch es scheint, dass die Politik des türkischen Staates sich nicht gravierend ändern wird und auch im Hinblick auf die Lösung der kurdischen Frage keine Fortschritte erzielt werden. Beide Oppositionsparteien, CHP und MHP, beharren fest auf der Verleugnungspolitik und sind ausgesprochen kurdenfeindlich. Die AKP gibt sich zwar nicht sehr starr, aber hinsichtlich der kurdischen Frage ist auch ihre Politik auf Verleugnung ausgerichtet und ihr fehlt der Mut, sich gegen die Armee zu stellen. Das sind alles Anzeichen für eine weitere Intensivierung des Krieges.

Die Türkei sucht eine Lösung für ihre internen Schwierigkeiten außerhalb. So sieht sie die kurdische Frage nicht als ein im eigenen Land entstandenes Problem, sondern bringt sie mit den Nachbarstaaten, vor allem mit dem Irak, in Verbindung. Ihrer Meinung nach hat die Föderalregion mit Barzani und Talabani einen gewissen Status erlangt und der Irak, weil ohne stabiles Staatsgerüst, hat die Kurden innerhalb seiner Grenzen zum „Problem“ werden lassen. Unter solchen Prämissen ist es nur natürlich, dass die Türkei diese Angelegenheit nur mit Unterstützung von außen lösen zu können glaubt. Hierbei setzt sie all ihre Hoffnungen auf den Bündnispartner USA und die EU-Staaten und fordert beharrlich die US-Unterstützung. Um die USA für ihre angestrebte grenzüberschreitende Operation in den Irak zu gewinnen, unternimmt sie alles Mögliche. Sie betrachtet eine solche Operation als einen Rettungsring und will sie unbedingt durchführen. Sie versucht, die Akzeptanz ihrer Forderungen durch die Erpressung von Nachbarstaaten und -regierungen, durch Druck auf die Ver-

bündeten und durch die Vermarktung ihrer strategischen Position zu erreichen.

Der erste Bestandteil ihrer Hauptstrategie ist die Negation der kurdischen Frage. Folglich erlaubt sie zu diesem Thema keine Einmischung durch befreundete und Bündnisstaaten. Sie fordert die Akzeptanz ihrer Verleugnungs- und Vernichtungspolitik auch von anderen.

Zweitens geht sie davon aus, dass die Demokratiefrage der Türkei mit der Zeit beantwortet werden wird, sie in diesem Punkt eine Restrukturierung vollziehen wird, aber dass auch diese Angelegenheit eine interne ist, also bitte keine Einmischung von außen.

Drittens wird sie keinerlei Bedingung für den EU-Beitritt akzeptieren: Es sind von außen aufgezwungene Bedingungen, und folglich ist es ihr nicht möglich, davon etwas anzunehmen.

So stellt sich also die strategische Linie der Türkei dar. Zum einen will sie von allen international verfügbaren Hilfen Gebrauch machen, vor allem uneingeschränkte ökonomische und politische Unterstützung vonseiten der Bündnispartner, zum anderen nimmt sie die Unantastbarkeit für sich in Anspruch, lehnt jede Kritik und jede Sanktion ab. Beispielsweise verfolgt sie eine solche politische Linie in der Frage des EU-Beitritts. Sie will in die EU, aber hält sich nicht an die EU-Kriterien. Werden die entsprechenden Mindestkriterien gefordert, so schreit sie auf: „Ihr könnt euch nicht einmischen, es sind interne Angelegenheiten. Wir sind ein souveräner Staat. Wir haben eine Verfassung, haben Gesetze und haben das Recht.“

Resümee: Die Türkei mit ihren antidemokratischen Strukturen, mit ihrer faschistoiden Praxis, mit der Existenz einer Elitearmee, deren Wort überall Gültigkeit hat, ist für den Mittleren Osten eine Belastung, ein Negativposten. Sie gibt sich äußerst pragmatisch, doppelzüngig, berechnend und nationalistisch. Aufgrund ihres starren Nationalstaatsgerüsts hat sie das Bestreben, mit reaktionären Regierungen und Machthabern Beziehungen aufzubauen. Während sie mit den USA eine strategische Verbindung unterhält, erweitert sie ihre Beziehungen zu Staaten wie Iran und Syrien, die von den USA zu Feinden erklärt wurden. Während sie auf der einen Seite mit theokratischen Regimes ökonomische und militärische Vereinbarungen trifft, bezeichnet sie sich andererseits als demokratisch. Obwohl sie ihre politische Linie sehr klar verfolgt, so täuscht sie weiterhin ihre Verbündeten. Die vorgeblich realisierten Reformen, die Veränderungen im Rechtsbereich sowie die Zulassung von Radio- und Fernsehprogrammen in kurdischer Sprache sind nichts als Lügen. Aber leider scheint es so, als hätte sie die USA und die EU-Staaten in diesem Punkt überzeugt. Und wenn nicht überzeugt, so doch beschwichtigt.

Trotz des Anscheins, als habe die Türkei mit der Wahl ein großes Chaos überstanden, entspricht es nicht der Realität. Sie hat lediglich die Dauer eines heftigen Erdbebens verlängert. Dieses angeblich überstandene Erdbeben war nur der Wegbereiter für ein weiteres. Das eigentliche Beben wird in nächster Zeit ausbrechen, wenn nicht rechtzeitig die richtigen Vorkehrungen getroffen werden. Die notwendigen und korrekten Maßnahmen sind die Lösung der kurdischen Frage, die demokratische Entwicklung und eine tief greifende Veränderung und Umwandlung. Alles andere wird die Ausweglosigkeit vertiefen und die Gewalt steigern. ♦

Iranische Angriffe treffen Zivilbevölkerung in Südkurdistan

Im Rahmen gemeinsamer Militäroperationen mit der Türkei beschießt die iranische Armee seit mehreren Tagen ununterbrochen südkurdisches Gebiet. Die Angriffe gelten der PJAK (*Partei für ein freies Leben Kurdistan*), betroffen sind aber vor allem kurdische Zivilisten. Nach Angaben des für die südkurdischen Peschmerga verantwortliche Ministers Cabar Yaver sind bereits 200 Familien aus ihren Dörfern geflüchtet, zwei Frauen wurden verletzt. Gärten, Felder und Nutztiere wurden durch den Artilleriebeschuss zerstört und getötet. Yaver teilte weiter mit, dass sich in dem unter Beschuss gesetzten Gebiet keine Lager der PKK oder PJAK befinden.

In den vergangenen Monaten sind die an der iranisch-irakischen Grenze lebenden Menschen, die von Viehwirtschaft und Schmuggel leben, zur Zielscheibe der iranischen Armee geworden. Mehrere Menschen wurden getötet, es kam zu einer Vielzahl von Festnahmen.
Die KDP hat unterdessen die Bevölkerung des Gebietes Xakurke dazu aufgerufen, die von den iranischen Angriffen betroffene Region zu verlassen.


Zivilisten fliehen aus Xakurke Foto: ANF

Zwischen der PJAK und der iranischen Armee finden in den ostkurdischen Gebieten Serdeşt und Piranşehir heftige Gefechte statt. Wie die PJAK bekannt gab, seien zwei Militärhubschrauber abgeschossen und mindestens 30 Soldaten ums Leben gekommen. An der Grenze zum Irak finde eine Truppenkonzentration statt, die als Vorbereitung für eine umfassende grenzüberschreitende Militäroperation auf irakischem Territorium gewertet wird.

In einem Artikel in der britischen Tageszeitung *The Guardian* wird die PJAK als die am schnellsten wachsende Widerstandsgruppe des Iran bezeichnet. Sie verfüge über 3 000 in den Bergen bewaffnete Guerillakämpfer und Zehntausende Mitglieder im iranischen Kurdistan. Insbesondere junge Frauen sympathisierten mit der Partei, weil diese für Frauenrechte eintrete. 45 Prozent der bewaffneten Kämpfer-/innen seien Frauen. Entgegen der Behauptungen des Iran, die PJAK werde von den USA unterstützt, habe ein PJAK-Kommandant erklärt, es bestünden keine Beziehungen zu den USA.

Yeni Özgür Politika/ANF, 20.08.2007, ISKU

Das yezidische Volk ist nicht allein

Interview mit Nuriye Kesbir (ANF, 18.08.2007)

Im Irak hat sich mit den gegen Yeziden gerichteten Anschlägen Mitte August das größte Massaker der letzten vier Jahre ereignet. Dabei haben über 500 yezidische Kurden ihr Leben verloren. Als Mitglied des KCK-Exekutivrats hat Nuriye Kesbir, selbst Yezidin, sich zu den Hintergründen und Zielen des Anschlags geäußert.

Die Unterdrückung der yezidischen Kultur und Glaubensrichtung hat mit den jüngsten Anschlägen das Ausmaß eines Vernichtungsschlages angenommen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung als KCK-Mitglied und als Yezidin?

Als erstes möchte ich sagen, dass ich die Urheber dieses Massakers in aller Schärfe verurteile. Ich möchte allen Familien, die ihre Angehörigen dabei verloren haben, mein Beileid aussprechen und sie wissen lassen, dass ich ihren Schmerz teile. Ich spreche auch dem kurdischen Volk mein Beileid aus. Für die Kurden war es ein sehr schmerzhafter Tag.

Seit vier Jahren, seit der US-Intervention gegen den Irak, sterben jeden Tag Dutzende Menschen durch Terroranschläge. Dieses war der umfassendste und blutigste Anschlag.

Ein Blick in die Geschichte Kurdistans zeigt, dass es immer Angriffe gegen kulturelle Werte und den Glauben gegeben hat. Bei den Yeziden handelt es sich um eine Gemeinschaft, die aus der neolithischen Epoche der kurdischen Gesellschaft hervorgegangen ist und damit die Quintessenz des Kurdentums repräsentiert. In diesem Sinne geht es um einen Angriff gegen die Quintessenz der Kurden. Die Yeziden waren immer Angriffsziel für die Mächte, die Kurdistan beherrschen wollten. Von ihnen ist nur eine Handvoll Menschen übrig geblieben. Einige Hundert leben in Şengal, weitere in anderen Gebieten Kurdistans und im Ausland.

Warum werden ausgerechnet die Yeziden Ziel von Anschlägen, was steckt dahinter?

Es handelt sich um einen politischen Anschlag, mit dem die Region destabilisiert und die Widersprüche zwischen den Glaubensrichtungen vergrößert werden sollen. Die in der kurdischen Gesellschaft vorherrschende Mentalität sieht ein Zusammenleben mit allen vor. Deshalb kann man davon ausgehen, dass hinter den Anschlägen der Plan steckt, konfessionelle und ethnische Widersprüche nach Kurdistan zu tragen. Dafür wird das schwächste Glied, die Yeziden, ausgesucht. Die Angriffe sind auf Vernichtung und Vertreibung angelegt. Es werden mehrere Ziele verfolgt. Das vorrangige Ziel ist es, den Einfluss der Yeziden beim bevorstehenden Referendum zur Kerkuk-Frage zu schmälern. Das Referendum wird nicht nur in Kerkuk, sondern auch in Şengal und Maxmur stattfinden. Dabei handelt es sich um Gebiete, deren Status noch nicht geklärt ist.

Bei der Klärung des Status, der Parzellierung des Irak, wollen die Nachbarstaaten des Irak mitreden. Eine Beeinflussung des Referendums in Form dieser Anschläge hat das Ziel, die Menschen zu vertreiben und ihnen Angst zu machen, damit sie nicht ihre Rechte fordern.

Am wichtigsten ist vielleicht der Angriff auf die ideellen Werte der Yeziden. Auch unter Saddam haben sie sich ihre Kultur bewahrt. Es ist diese widerständische Seite, die gebrochen werden soll. In diesem Sinne handelt es sich um den Beginn eines neuen Massakers gegen die Kurden.

Von vielen Seiten ist das Massaker als „ethnische Säuberung“ bewertet worden. Kann es Ihrer Meinung nach wirklich so geplant sein?

Natürlich handelt es sich um einen genau geplanten Angriff mit einem sehr konkreten Ziel. Bereits im Vorfeld haben einige provokative Aktionen stattgefunden, Dinge, die es nie gegeben hat in der yezidischen Tradition, Ethik, Kultur und sogar im yezidischen sozialen Leben. In der yezidischen Kultur hat es niemals eine Lynchkultur gegen Frauen gegeben. Die yezidische Geschichte zeigt, dass sie es immer vermocht haben, friedlich mit anderen Glaubensrichtungen und Völkern zusammenzuleben. Vor einiger Zeit wurde ein yezidisches Mädchen in einem Dorf gesteinigt, weil sie einen Sunniten geheiratet hatte. Es wurde so dargestellt, als ob der Lynchmob Teil der yezidischen Kultur wäre, als ob die Yeziden grausam und unmenschlich seien. Direkt danach wurden 25 yezidische Arbeiter ermordet. Bei diesen Vorfällen handelt es sich um Provokationen. Es sollte der Eindruck einer ethnischen Säuberung entstehen, die dann mit dem jüngsten Anschlag tatsächlich stattgefunden hat. Es passt den Kräften nicht, die gegen das Mosaik der Völker im Mittleren Osten kämpfen, dass die Yeziden als Ethnie dort leben.

So gesehen handelt es sich um einen Angriff auf das Völkermosaik des Mittleren Ostens, gegen die Farbenvielfalt und die Geschwisterlichkeit im Mittleren Osten. Ein bisschen unterscheidet sich der Mittlere Osten von den Staaten Europas dadurch, dass so viele Kulturen, Glaubensrichtungen, Minderheiten in gegenseitigem Respekt miteinander leben. Es ist diese Kultur, die vernichtet werden soll. Die Yeziden gehen von Moslems als Täter aus, somit wird zwischen den Religionen Feindschaft gesät. Es ist ein scheußlicher Plan.

Die Angriffe verliefen so, dass zunächst eine Explosion stattfand, und als sich am Tatort Menschen sammelten, kam es zur zweiten Explosion. Dahinter steht ein derartiger Hass, dass keiner da lebend herauskommen soll. Dieser Hass richtet sich nicht nur gegen ein paar Hundert unschuldige, zivile Menschen, die sich nicht verteidigen können. Es ist ein Angriff, der von Kräften ausgeht, die eine neue nationale Einheit des kurdischen Volkes verhindern wollen.

Und es ist nicht nur eine El-Kaida-Aktion. Alle machen Aktionen und schieben sie der El-Kaida zu. Mit Sicherheit haben auch andere Kräfte ihre Finger mit im Spiel, das ist ganz offensichtlich. Bereits zuvor gab es einen Anschlag gegen die Turkmenen in Tel-Afer. Man muss das eigentlich als Rache sehen. Es gibt einige Nachbarstaaten des Irak, die die Rolle von Koordinatoren gegen den Kampf des kurdischen Volkes spielen wollen. Man kann das als eine Machenschaft der Kräfte, vor allem der Türkei, bewerten, die seit vielen Jahren die Kurden unter ihrer Herrschaft halten und immer gegen einen Erfolg des kurdischen Befreiungskampfes waren.

Abdullah Öcalan hatte schon vor diesem Anschlag davon gesprochen, dass die kurdischen Yeziden geschützt werden müssen. Haben Sie als KCK in dieser Hinsicht irgendwelche Pläne?

Abdullah Öcalan lebt seit über acht Jahren unter Bedingungen, die nur einen sehr eingeschränkten Kontakt zur Außenwelt zulassen. Trotzdem hat er vor Monaten bereits davor gewarnt, dass es zu dieser Art von Angriffen kommen kann.

In dieser Angelegenheit sind tief greifende Maßnahmen erforderlich. Es reicht nicht aus, die Anschläge zu verurteilen und unser Bedauern zum Ausdruck zu bringen. Es geht darum, Sicherheit zu gewährleisten. Abdullah Öcalan hat die Aufmerksamkeit darauf gelenkt und einige Vorschläge gemacht, dass die betroffenen Gebiete von den Volksverteidigungskräften HPG geschützt werden sollten. Als Bewegung haben wir diese Vorschläge ausgewertet und sind zu ersten Ergebnissen gekommen. Als ersten Schritt gibt es den Plan, in dieser Richtung Untersuchungen anzustellen.

Ich möchte noch einmal betonen, dass wir als Bewegung den Yeziden zur Seite stehen und den jüngsten Anschlag auch als Angriff auf uns selbst betrachten. Bei den Yeziden handelt es sich um einen Teil des kurdischen Volkes, der am stärksten gelitten hat. Unsere Bewegung kämpft für eine Gesellschaft ohne Herrschaft. Wir kämpfen auch dafür, die Kultur und den Glauben aller Bevölkerungsteile zu stärken, und für eine gesetzliche Sicherheit dessen. Bereits vor dem Anschlag gab es einige Projekte. Vor 15 Jahren wurde innerhalb der Struktur unserer Befreiungsbewegung zunächst die Union der Yeziden, später die Föderation der Yeziden gegründet. Diese haben wir immer unterstützt. Sie wurde zunächst in Europa gegründet und später auf irakisches Gebiet gebracht. Es wurde daran gearbeitet, eine demokratische kurdisch-yezidische Bewegung zu organisieren. Natürlich waren unsere Bemühungen sowohl in Hinsicht auf ihre Sicherheit als auch in Hinsicht auf langfristige Projekte unzureichend. Nach diesem Anschlag müssen wir umfassender dazu arbeiten. Im Moment bereiten wir das vor. Aber innerhalb der Yeziden herrscht Durcheinander. Solange sie nicht für ihre gemeinsamen Interessen zusammenkommen, hat es auch unsere Bewegung schwer, angesichts der Entwicklungen Maßnahmen zu treffen. Unser Ziel ist es also, unter den Yeziden eine Einheit zu schaffen. Wenn sie untereinander zu einem Konsens kommen, kann unsere Bewegung jede Art von Unterstützung gewährleisten.

Nach dem Vorfall haben wir mit verschiedenen Kreisen gesprochen und versucht, eine Abordnung zu entsenden. Wir haben Beziehungen zu Kreisen in Europa und im Irak. Auf diese Weise versuchen wir, die Lebensbedingungen der Betroffenen zu verbessern und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Wie Sie gesagt haben, richtet sich der Angriff nicht nur gegen die Yeziden, sondern gleichzeitig gegen alle Kurden. Welche Botschaft möchten Sie an kurdische Organisationen richten?

Die kurdischen Organisationen haben in Form von Erklärungen sofort Stellung bezogen. Angesichts dieses jüngsten Vorfalls lautet unser Aufruf an die kurdischen Organisationen und insbesondere an die Kräfte in der Region: Was die Kurden tun müssen, ist sofort zusammenzukommen und eine nationale Einheit auszurufen. Die Ideologien und die Pläne der verschiedenen Parteien mögen unterschiedlich sein. Beispielsweise sind die Programme, Ansichten und Ideologien der KDP und der PUK in Südkurdistan gravierend andere als die der KCK. Aber alle tragen die gemeinsame Verantwortung für die Schaffung einer Nation und die Sicherung grundlegender Rechte. Auf unserem dritten Kongress haben wir die Durchführung einer nationalen Konferenz beschlossen. Wir wiederholen unsere diesbezüglichen Aufrufe an die anderen Organisationen. Es muss sofort eine gemeinsame Politik festgelegt werden.

Unser zweiter Aufruf richtet sich an die KDP, die die Yeziden, die auf den von ihr kontrollierten Gebieten leben, praktisch schützen muss. Die Sicherheit, die in Hewler herrscht, muss auch in Şengal gewährleistet werden. Für die Sicherheit der hier lebenden Menschen ist die Regierung der Region Kurdistan verantwortlich. Die Regierung muss den Fall aufklären.

Das sind langfristig angelegte Dinge. Unsere Bewegung ist eine Bewegung, die auf der eigenen Kraft aufbaut. Deshalb gilt unser Hauptaufruf dem gesamten kurdischen Volk. Das kurdische Volk sollte nicht schweigen angesichts des Angriffs, Proteste und verschiedene Aktivitäten durchführen. Das kurdische Volk aus allen vier Landesteilen darf die yezidischen Geschwister nicht alleinlassen. Es muss verhindert werden, dass es erneut zu Konflikten zwischen den Religionen kommt. Auch sollte es materielle und ideelle Unterstützung geben.

Dabei fällt die größte Aufgabe und Verantwortung dem yezidischen Volk zu. An die Yeziden richten wir den Aufruf, eine Einheit zu bilden, Ansprechpartner festzulegen und langfristige Projekte zu entwickeln.

Als Bewegung sagen wir: Das yezidische Volk ist nicht allein. Als Befreiungsbewegung stehen wir an der Seite unseres Volkes. Das werden wir in der kommenden Zeit praktisch zeigen. Wir werden versuchen, Schutzmaßnahmen zu entwickeln. ♦

Selbstkritische Wahlanalyse der DTP

Demokratie fängt bei uns selbst an

aus: Yeni Özgür Politika, 11.8.2007

Auf einer Parteiratssitzung Anfang August hat die DTP eine Abschlusserklärung verabschiedet, in der sie eine umfassende Selbstkritikphase ankündigt und die Bevölkerung für die Fehler im Vorfeld der Parlamentswahl im Juli 2007 um Verzeihung bittet. Unter Überschriften wie „parteiinterne Demokratie", „kommunale Verwaltungen", „Parteiidentität" und „Beziehung zur Bevölkerung" werden die eigenen Unzulänglichkeiten thematisiert.

In der Erklärung wird zunächst auf die Wahlergebnisse eingegangen und darauf hingewiesen, dass es sich bei den bestehenden Gesetzen zu Wahlen und politischen Parteien um Überbleibsel der Verfassung des Putsches von 1980 handele. „Auch die Wahlen 2007 waren von einem undemokratischen Geist geprägt. Solange dieses System, das den Pluralismus ablehnt und den Willen der Bevölkerung unterdrückt, fortbesteht, kann nicht erwartet werden, dass aus Wahlen dieser Wille hervorgeht."

Unter der Überschrift „Unser Platz im allgemeinen Bild und unsere Fehler" werden die während der Wahlen stattgefundenen Behinderungen und die selbst verursachten Mängel folgendermaßen bewertet: „Es ist eine Tatsache, dass uns die Wahl unvorbereitet getroffen hat. Bereits Monate vor der Wahl wurden unsere Provinz- und Kreisverbände unter extremen Druck gesetzt. Mehrere Provinzverbandsvorsitzende und ca. 400 Mitglieder wurden verhaftet. Bevor wir das dadurch entstandene innerorganisatorische Chaos beseitigen konnten, wurden wir mit der vorgezogenen Neuwahl konfrontiert. Es war ein großer Fehler, dass wir nicht die notwendigen Maßnahmen getroffen hatten, obwohl eine Neuwahl zu erwarten gewesen war."

Bedingte Zustimmung für DTP

Weiter bewertet die DTP den Erfolg der AKP insbesondere in den kurdischen Provinzen: „Die AKP hat sich zur kurdischen Frage nicht so radikal ablehnend geäußert wie die anderen Parteien. Hier und da zeigte sie die Tendenz, die Existenz des Problems anzuerkennen, und deutete Schritte für eine Lösung an. Angesichts der harten Haltung anderer Parteien zu dieser Frage sowie der bekannten Haltung des Militärs wurde die AKP von den Wählern als eine Alternative betrachtet." Einen wichtigen Anteil am Stimmengewinn der AKP in den kurdischen Provinzen hätten außerdem die [islamischen] Orden gehabt. „Die AKP hat nicht auf eine Lösung der kurdischen Frage, sondern auf eine Auflösung der Organisiertheit des kurdischen Volkes gesetzt. Während es so aussah, als bestehe ein Machtkampf mit dem Militär, haben beide sich gegen uns vereinigt. Es ist offensichtlich, dass wir nicht ausreichend dafür gesorgt haben, diese Politik der Irreführung der AKP offen zu legen. Mit dem Wahlergebnis hat die Bevölkerung ihre Ablehnung der Parteien signalisiert, die auf Krieg setzen, und uns eine bedingte Zustimmung zugesprochen."

Fehler in der Kandidatenaufstellung

Auch in der Kandidatenaufstellung habe die Partei Fehler gemacht, so die Erklärung. „Die Wahlergebnisse bewerten wir als Resultat der fehlenden Initiative des Parteivorstandes. Die begangenen Fehler sind nicht der zuständigen Kommission zuzuschreiben, sondern der Partei." So habe die Partei die Provinzverbände nicht ausreichend im Griff gehabt, was sich auf den Wahlkampf ausgewirkt habe. Im Wahlkampf habe es an einer gemeinsamen umfassenden Aussage sowie konkreten Projekten gemangelt.

Auf der Parteiratssitzung seien die Wahlergebnisse in den einzelnen Provinzen diskutiert worden. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf Istanbul gelegt: „Weil es zwei Kandidaten im 2. Wahlkreis in Istanbul gab, haben wir dort verloren", heißt es in der Erklärung. „Von Anfang an wollten wir den Intellektuellen der Türkei ein Kontingent einräumen, um die Grundlage für einen Dialog mit der Bevölkerung der Türkei zu stärken. Das haben wir uns als Partei zum Prinzip gemacht. Als Vorbedingung hatten wir gesetzt, dass sich die entsprechenden Kandidaten einer später im Parlament zu gründenden Fraktion anschließen müssen. Aber es kam anders: Direkt nachdem wir Herrn Baskın Oran unsere Unterstützung zugesichert hatten, stellten wir aufgrund des beharrlichen Drängens unseres Istanbuler Provinzverbandes einen zweiten Kandidaten auf. Das war ein Fehler, denn es führte dazu, dass wir den Wahlkampf in diesem Wahlkreis der Initiative reaktionärer Kräfte überließen. Obwohl wir während des Wahlkampfs die Stimmen zweier Wahlkreise Baskın Oran zuführen wollten, hat das nichts mehr am Ergebnis geändert. Wir betrachten die Beziehung zu Intellektuellen und Demokraten nicht als vorübergehende Zweckbeziehung im Wahlkampf und glauben, dass wir in der kommenden

Zeit gegenseitige Selbstkritik leisten müssen. Für uns ist eine Selbstkritik unausweichlich, weil es unser Fehler war, zwei Kandidaten aufzustellen und wir dadurch alle verloren haben.“

Fehlende Unterstützung linker Parteien

Weiter kritisiert die DTP in ihrer Erklärung die linken Parteien: „Kritisiert wurde auf unserer Sitzung auch die unzureichende Unterstützung der ÖDP, obwohl wir als Bündnis mit EMEP, ÖDP und SDP in die Wahlen gegangen sind.“ Es sei bedauerlich, dass der EMEP-Vorsitzende Levent Tüzel in Izmir nicht gewählt wurde, obwohl seine Kandidatur unterstützt worden sei. Selbstkritisch merkte die DTP an, Anteil daran habe auch die Unorganisiertheit in Izmir.

Philosophische Grundsätze nur auf dem Papier

Die philosophischen Grundsätze der Partei hätten lediglich auf dem Papier bestanden, alte Gewohnheiten nicht abgelegt werden können und eine neue philosophische und politische Organisiertheit sei nicht geschaffen worden, stellt die DTP in ihrem Papier weiter fest. „Die zeitgenössische Philosophie des 21. Jahrhunderts setzt auf die Freiheit von Mensch und Natur und erfordert in der Politik eine demokratische Linie. Die Erfahrungen unserer zweijährigen Partei zeigen, dass während zweier Jahre fast die Gewinne von Jahrzehnten verloren gegangen sind, dass es zum Stillstand gekommen ist, dass keine Lösung für die Identitätslosigkeit, die Armut, die Forderungen nach Gleichheit, Freiheit und Frieden produziert worden ist.“

Parteiinterne Machtkämpfe

Es sei eine schwere Last, die einzige Partei mit einem gewissen Gewicht zu sein, die sich in der Position befinde, die Forderungen des kurdischen Volkes nach Identität, Sprache und Kultur auf rechtlicher und politischer Ebene zu vertreten. Dabei sei versäumt worden, umfassend für die Forderungen aller Kreise und Schichten einzutreten. Am wichtigsten sei dabei die fehlende Verankerung in der Basis, wozu parteiinterne Probleme beigetragen hätten: „Mit dem Übergang von einer Bewegung zur Parteigründung ist die politische Grundrichtung durch interne Machtkämpfe fast unkenntlich geworden. Anstatt die in der Partei bestehende pluralistische Struktur auf der Basis unserer Prinzipien über eine demokratische Strukturierung in Reichtum und Stärke zu transformieren, ist es zu Machtkämpfen gekommen, weil die unterschiedlichen Pole sich selbst als die einzige Wahrheit präsentiert haben. Persönliche Sensibilitäten haben zu einer Entfernung vom Prinzip der Selbstkritik geführt. Eine Parteizentrale, die kein Vertrauen aufbaut, kann auch auf kommunaler Ebene keine Organisierung vorantreiben.“

Demokratie fängt bei uns selbst an

Als Partei sei es notwendig, mit einer radikalen Demokratisierung bei sich selbst anzufangen. Stattdessen habe man sich damit begnügt, sich über den Staat zu beschweren, der sich nicht demokra-

DTP fordert verfassungsrechtliche Garantie für Kurden

Auf ihrer ersten Fraktionssitzung im türkischen Parlament hat die DTP einen verfassungsrechtlichen Schutz der kurdischen Kultur und Organisierungsfreiheit gefordert. In der Eröffnungsrede machte Selahattin Demirtaş auf die Bedeutung des Tages aufmerksam: „Seit 1924 ist es das erste Mal, dass wir als Kurden und Bürger der Republik Türkei mit unserer eigenen Identität unter dem Dach des Parlaments Politik machen.“ Zu den Aufgaben des Parlaments gehöre eine lösungsorientierte Debatte über Demokratisierung, Menschenrechte, Freiheiten und die kurdische Frage.

Im Anschluss erklärte als Fraktionsvorsitzender Ahmet Türk, zum Thema kurdische Frage habe Abdullah Gül, Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten, keine eindeutige Aussage gemacht. Man habe sich jedoch anders als die CHP dafür entschieden, die Wahl nicht zu boykottieren. Er selbst werde sich der Stimme enthalten. Wichtig sei es, dass ein ziviler Staatspräsident vom Parlament gewählt werde, der die 72 Millionen Bürger der Türkei vertrete. „Wir treten in der kurdischen Frage für ein Vorgehen ein, das auf eine Lösung auf friedlichem Weg setzt. Über dieses Thema haben wir mit Herrn Gül gesprochen. Eine eindeutige Aussage dazu haben wir nicht bekommen. Unsere Haltung entspricht nicht der der CHP. Wir halten nichts von einem Boykott des Parlaments und werden uns an der Parlamentsarbeit beteiligen. Als Ahmet Türk werde ich mich der Stimme enthalten.“

Zu einem neuen Verfassungsentwurf erklärte Türk: „Das Land wird immer noch mit einer Verfassung regiert, die ein Produkt des (Putsches vom) 12. September ist. Ein neuer Verfassungsentwurf muss unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen, politischer Parteien und der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen entstehen. Die neue Verfassung darf keine ideologische Verfassung mehr sein, sondern muss der gesellschaftlichen Realität entsprechen und die unterschiedlichen Kulturen schützen. Eine Verfassung, die die Freiheit, Kultur und das Recht auf Organisierung der Kurden verleugnet, ist nicht zeitgemäß. Auch die Rechte der alevitischen Bürger müssen verfassungsrechtlich gewährleistet werden.“

Weiter forderte Türk den Rücktritt des Präsidenten des Instituts für türkische Geschichte, Yusuf Hallaçoğlu, wegen Rassismus und Polarisierung der Gesellschaft. Hallaçoğlu, der sich seit 14 Jahren im Amt befindet, hatte öffentlich geäußert, 30 Prozent der vermeintlichen Kurden seien Turkmenen und bei einem großen Teil der kurdischen Aleviten handele es sich um Armenier. Türk verurteilte diese Verlautbarungen als unwissenschaftlich, unhistorisch und unmoralisch. Es werde eine Polarisierung der Gesellschaft damit bezweckt. Die Regierung müsse Hallaçoğlu unverzüglich des Amtes entheben.

Zu den Waldbränden in den kurdischen Gebieten erklärte Türk: „Wenn im Westen ein Waldbrand ausbricht, wird alles in Bewegung gesetzt, aber in Şırnak werden die Wälder bewusst angezündet und niemand sagt etwas dazu.“ Zum Thema Hasankeyf äußerte er, die beschlossene Überflutung der historischen Stätte resultiere aus einer Logik, die versuche, das geschichtliche und kulturelle Erbe zu vernichten.

Yeni Özgür Politika, 21.08.2007, ISKU

tisieren wolle. „Als Partei können wir den Weg zur Vertretung der Gesellschaft darin finden, uns nicht mehr zu beschweren, sondern konkrete Projekte für die Menschen zu entwickeln. Wir hinterfragen die Gründe dafür, warum wir den Anschein haben, eine Partei fern der Gesellschaft zu sein."

Zwiespältigkeit zum Thema Identität

Innerhalb der Partei gebe es unterschiedliche Ansichten zum Thema Parteienidentität, die nicht miteinander vereinbart worden seien. „So konnte nicht einmal entschieden werden, ob wir eine Partei der Türkei oder eine kurdische Partei sind. So ist es zu einem zwiespältigen Verhalten gekommen. Im Namen der Gesamttürkei haben wir uns davon entfernt, die demokratischen nationalen Werte des kurdischen Volkes klar und entschlossen zu vertreten. Gleichzeitig haben wir in der Vertretung der Rechte des kurdischen Volkes die Gesamttürkei außer Acht gelassen und es somit versäumt, zur Stimme aller Unterdrückten, Werktätigen und demokratischen Kreise zu werden. Obwohl wir mehr als alle anderen Parteien an die Interessen der Völker der Türkei denken und somit tatsächlich eine gesamttürkische Partei darstellen, hat die Selbstrepräsentation nicht auf der richtigen Grundlage stattgefunden." Obwohl es Tausende potentielle Mitarbeiter gebe, sei es nicht gelungen, eine Führungskraft zu entwickeln. „Anzeichen für die Minderung des Ansehens ist die Tatsache, dass es Tausende Menschen gibt, die potentiell mit uns arbeiten wollen, aber unbeschäftigt bleiben, weil sich kaum Personen finden lassen, die im Vorstand arbeiten wollen. Es hat sich gezeigt, dass die gefährliche Tendenz besteht, dass die Menschen ihr Interesse an der Politik verlieren. Es ist unserer Partei nicht gelungen, sich als Vertreterin der Gerechtigkeit zu präsentieren, die die Erwartungen der Bevölkerung erfüllt und Hoffnung auf eine helle Zukunft macht."

Feudales Denken und patriarchalisches Vorgehen

Entgegen der in der Parteiphilosophie enthaltenen Geschlechterbefreiung hätten feudales Denken und eine patriarchalische Herangehensweise innerhalb der Partei ihren Einfluss gezeigt und dementsprechend habe auch keine Avantgarderolle in der Verwandlung der Gesellschaft nach zeitgenössischen demokratischen Maßstäben eingenommen werden können. Zum Thema „Organisierung der Jugend" heißt es in der Erklärung: „Anstatt der Jugend Möglichkeiten der Weiterbildung und der kulturellen Förderung einzuräumen, hat sich die Partei mit den verschiedenen Versionen eines gerontokratischen Verständnisses das Aussehen einer schwerfälligen und alten Partei gegeben."

Mangelnde Erfahrung in der Kommunalpolitik

Weiter wird in der Erklärung auf die Kommunalpolitik eingegangen. Bei den kommunalen Verwaltungen seien insbesondere Mängel in der Entwicklung wirksamer Projekte aufgetreten. Auch hierbei seien die Erwartungen aus der Gesellschaft nicht erfüllt worden. Durchaus wichtige Erfolge in den Kommunalverwaltungen seien kaum sichtbar geworden, auch in dieser Hinsicht seidie Wahl vom 22. Juli eine Warnung gewesen. Der wichtigste Punkt in der kommenden Entwicklung sei eine Förderung basisorientierter Verwaltungen.

Tendenz gegenseitiger Schuldzuweisung

„In einigen Provinzen hat sich unser Stimmenanteil erhöht. Die allgemeine Lage weist jedoch Misserfolge auf und erfordert eine Selbstkritik. Als Parteivorstand führt uns das jedoch nicht zum Rückzug, weil damit nichts zu gewinnen ist. Insbesondere auf kommunaler Ebene besteht die Tendenz gegenseitiger Schuldzuweisung. Das ist ein Fehler, den es zu vermeiden gilt. Wir müssen im Bewusstsein der gesellschaftlichen und historischen Verantwortung unsere Fehler auswerten, ohne dem Geist von Einheit und Solidarität zu schaden, und mit positiver Kritik die Zukunft planen. Die eigentliche Arbeit beginnt erst jetzt. Es geht nicht darum, sich selbst zu beruhigen, indem wir sagen: ‚Wir haben uns mit uns selbst konfrontiert, unsere Fehler eingesehen und unsere Selbstkritik geleistet.' Ausschlaggebend wird die kommende Zeit sein. Orhan Doğan, der im Kampf um Demokratie sein Leben gelassen hat, den wir und die Bevölkerung geliebt haben, hat in seinen letzten Worten an das Volk dafür um Verzeihung gebeten, dass es uns nicht gelungen ist, Frieden zu schaffen. Wir bitten ihn und die Bevölkerung um Verzeihung und geben im Gedenken an ihn unser Wort, diesem Land den Frieden zu bringen."

Die nächsten politischen Schritte

"Erfolg ist möglich, wenn wir alle im Geiste der Einheit Verantwortung übernehmen", heißt es abschließend in der Erklärung, in der die allernächsten politischen Schritte folgendermaßen aufgeführt werden:

- nach einer öffentlichen Auswertung der Wahlergebnisse der Beginn der Vorbereitungen auf einen Parteikongress im September;
- mit Beginn des Kongresses die Einleitung eines Neustrukturierungsprozesses entsprechend den in der Selbstkritik herauskristallisierten Punkten und damit eine Art Neugründung;
- eine gemeinsame Bewertung der Wahlergebnisse mit den Parteien, mit denen wir zusammen in die Wahl gegangen sind;
- Beginn einer Diskussion über das Modell einer Dachorganisation oder mögliche Formen des Nebeneinanders; im Vorfeld die Bildung einer gemeinsamen Plattform, die mit der Parlamentsfraktion gemeinsam arbeitet;
- Unterstützung einer schnellen Organisierung von Räten in den Städten für eine demokratische Partizipation der Bevölkerung sowie Ausarbeitung eines gemeinsamen Arbeitsrechts der Parlamentsfraktion mit den Räten;
- Gründung von Untersuchungsausschüssen für bestimmte Provinzverbände;
- Erstellung einer neuen Roadmap für die kommunalen Verwaltungen. ♦

Die Hürde in den Köpfen überwinden

Sebahat Tuncel: Vom Häftling zur Abgeordneten

Aysel Kılıç, Özgür Politika 27.07.2007

Erstmalig ist eine Frau direkt aus dem Gefängnis ins Parlament gewählt worden: Sebahat Tuncel. Bei ihrer Haftentlassung wurde sie von Tausenden Menschen empfangen. Wir haben mit ihr über ihre Ziele im Parlament, ihren Beitrag zum Kampf von Frauen und die Wahlergebnisse gesprochen.

Mit dem Sprung vom Gefängnis ins Parlament ist Ihnen eine Premiere in der Türkei gelungen. Haben Sie dieses Ergebnis erwartet?

Bevor ich ins Gefängnis kam, war ich in Istanbul jahrelang politisch aktiv. Als ich kandidierte, habe ich natürlich auch damit gerechnet, gewählt zu werden, aber es gab keine Garantie. Es war viel Arbeit notwendig. Und diese Arbeit hat mein Volk, allen voran die Frauen, geleistet, während ich inhaftiert war. Denn sie waren es, die meine Kandidatur wollten, und sie haben mich ins Parlament gebracht. Und meine Gefühle dabei ... Diese Freude zu erleben, war etwas ganz Besonderes. Im Gefängnis habe ich die ganze Aufregung sehr intensiv erlebt. Als wir erfuhren, dass ich gewählt worden war, schrieen wir alle vor Freude. Manche Momente, manche Freude kann man nicht beschreiben, es gibt keinen Ausdruck dafür. Genau so ein Moment war das.

Was ist Ihr Ziel im Parlament?

Als „Kandidatinnen und Kandidaten der 1000 Hoffnungen" haben wir unter dem Wahlkampfmotto „Wir haben ein Versprechen an die Türkei" gesagt, dass wir die Kraft und Fähigkeit haben, Veränderungen einzuleiten. Das ist ein sehr hoher Anspruch. Wir müssen die Hauptprobleme in der Türkei zu einem Punkt bringen, an dem es eine Lösung geben kann. Die chronischen Probleme der Türkei zur Diskussion zu bringen, ist für eine Demokratisierung des Landes von großer Bedeutung. In der Türkei besteht seit dreißig Jahren ein Problem. Wenn es uns gelingt, dieses Problem zu lösen, leisten wir einen wichtigen Beitrag. Die Gewalt wird aufhören, das Geld, das in den Krieg fließt, wird an anderen Stellen zur Verfügung stehen. Es gibt Kräfte, die an der Aufrechterhaltung der Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen interessiert sind. Diese Polarisierung kann dann überwunden werden. Das ist das Hauptziel bei unserem Einzug ins Parlament.



Sebahat Tuncel Foto: DIHA

Ein weiterer Punkt ist die Zehnprozenthürde, die weiten Kreisen die Möglichkeit nimmt, parlamentarisch vertreten zu werden. Als „Kandidaten der 1000 Hoffnungen" haben wir diese Hürde gemeistert, aber die Hürden, die in der Politik und in den Köpfen zu den Themen Kurden, Aleviten, Tscherkessen, Frauen usw. existieren, bestehen weiter. Aus diesem Grund wollen wir im Parlament allen Ausgegrenzten eine Stimme geben. Wir wollen eine starke Opposition darstellen. Wir kämpfen für Menschenrechte und Freiheiten, für eine dringend notwendige neue Verfassung anstelle der bestehenden Putschverfassung. In Hinsicht auf die Demokratie ist der Einzug der DTP ins Parlament sehr wichtig.

Wenn diese Phase gut genutzt wird, wird die Türkei gestärkt in die Zukunft gehen und dementsprechend auch EU-Mitglied werden. Es ist eigentlich auch gar nicht von Bedeutung, wie viele DTPler im Parlament sitzen. Wichtig ist die Qualität und das, was sie machen wollen. Die DTP wird dort eine Gesellschaft repräsentieren.

Wir haben Sie über den Frauenkampf kennen gelernt. Was hat die Abgeordnete Sebahat Tuncel den Frauen zu sagen?

Als Frau und insbesondere als kurdische Frau ist es von Bedeutung, als Repräsentantin von Frauen im Parlament einen Platz einzunehmen. Es

stimmt, ich bin seit langer Zeit in der Frauenarbeit. Wir haben immer versucht, die Frauenfrage in der Diskussion zu halten, und wir haben verschiedene Aktionen gemacht. Diesen Kampf werden wir jetzt ins Parlament tragen. Das Parlament ist wie die Gesellschaft auch ein patriarchales Politikfeld. Das ist auf der ganzen Welt so, aber in der Türkei ganz besonders. Ich glaube deshalb, dass sich die Farbe der Politik ändern wird, wenn die Identität von Frauen im Parlament sichtbar wird. Frauen partizipieren am politischen Leben, sie haben Anteil an der Beschlussfassung, wenn es um ihre eigenen Rechte geht, sie können sich dazu äußern. Das wird vieles im Parlament verändern und die scharfen Kanten der patriarchalen Politik schleifen.

Bereits zuvor waren Frauen im Parlament vertreten, es gab sogar eine Ministerpräsidentin in der Türkei. Was ist der Unterschied zwischen diesen Frauen und Ihnen?

Wichtig ist es, nicht nur als Frau, sondern mit einer weiblichen, alternativen Sichtweise ins Parlament zu gehen, ohne Teil der politischen Elite zu werden, ohne sich in die bestehende Politik zu integrieren. Das ist der Unterschied bei den von der DTP unterstützten Kandidatinnen. Wir haben den Anspruch, die patriarchale Politik, Kultur, Gesellschaft zu verändern und zu transformieren. Wir werden eine Politik betreiben, die auf der Kritik des Parlaments aufbaut.

Mit Ihnen zusammen sind 48 Frauen ins Parlament eingezogen. Denken Sie über eine koordinierte Zusammenarbeit mit den Frauen einer anderen politischen Richtung nach?

Wir arbeiten seit Jahren mit Frauenorganisationen zusammen. Vor allem als kurdische Frauen haben wir eine Reihe von Problemen gemeinsam diskutiert. Dass Frauen ein gemeinsames Aussöhnungsfeld schaffen, ist von großer Bedeutung und wird uns leichter zur Lösung bringen. In diesem Sinne glaube ich daran, dass wir gemeinsam mit den Frauen im Parlament wichtige Dinge machen werden. Denn Frauen haben ein Identitätsproblem. Ganz gleich innerhalb welcher Politik, Frauen erleben gesellschaftliche Unterdrückung. Das erlebte Problem ist dasselbe und unser gemeinsamer Nenner ist unser Geschlecht.

Vor vielen Jahren wurden die DEP-Abgeordneten aus dem Parlament ins Gefängnis geschickt. Jetzt werden Sie als eine kurdische Frau aus dem Gefängnis ins Parlament entsandt. Was sagen Sie dazu?

Eigentlich ist es so, dass eine kurdische Frau durch den Willen der Bevölkerung aus der Haft entlassen worden ist. Unsere Politik stört festgefahrene Schemata. Im Parlament fehlte eine Opposition, und diese Opposition werden wir stellen, mit einer breiten Unterstützung hinter uns. In Hinsicht auf die Demokratie in der Türkei ist das eine große Chance.

Nach der Parlamentswahl 1994 wurden die DEP-Abgeordneten aufgrund ihres kurdischen Eides aus dem Parlament geschleift und mit langen Haftstrafen belegt. Jetzt werden Sie Ihren Eid ablegen. Werden Sie das auf kurdisch tun?

Ein solcher Vergleich ist nicht ganz passend, weil die Bedingungen anders sind als in den neunziger Jahren. Wir werden unseren Eid so ablegen, wie es Verfassung und Gesetzgebung erfordern. Wir betrachten das Parlament als einen Ort, an dem Lösungen produziert werden. Wir sind nicht dort, um Spannungen entstehen zu lassen oder um Probleme unlösbar zu machen.

Als große Gewinnerin ist die AKP aus der Wahl hervorgegangen, was auch als Reaktion auf den Druck aus Militärkreisen gewertet wird. Wie haben Sie das aus dem Gefängnis heraus gesehen, warum hat Ihrer Meinung nach die AKP gewonnen?

Die AKP war als Regierungspartei ohnehin im Vorteil. Insbesondere die gescheiterte Wahl zum Staatspräsidenten wusste sie sehr gut zu nutzen. Sie hat mit ihrer Opferrolle Punkte gemacht. Viele Menschen wählten in einer Trotzreaktion [*auf den Druck des Militärs*] die AKP. Das Wahlergebnis ist Resultat der Diskussionen um den Laizismus, die die AKP zum eigenen Vorteil nutzte. Die Spannungen, die in jener Zeit durch das Memorandum des Militärs entstanden, sind negativ aufgenommen worden und damit hat die AKP zweifellos Punkte gemacht. Die AKP hatte außerdem den Vorteil, die Möglichkeiten des Staates zu nutzen, und leistete innerhalb kurzer Zeit gute Arbeit.

Wichtig ist, wie die AKP jetzt weiterhin vorgeht und ob sie Lösungen für die Probleme der Türkei erbringt. Die Kopftuchfrage ist nicht das wesentliche Problem der Türkei. Es hat Rückschritte bei den Themen Menschenrechte und Freiheiten gegeben, die polizeilichen Befugnisse wurden endlos ausgeweitet, das Antiterrorgesetz verabschiedet ... Die AKP hat die im EU-Beitrittsprozess im Namen der Demokratisierung gemachten Schritte später wieder zurückgenommen.

Die EU-Politik der AKP ist in aller Welt positiv aufgenommen worden. Mit dieser Unterstützung im Rücken kann sie eigentlich jetzt eine mutigere Politik entwickeln. Das gilt insbesondere für die kurdische Frage. Das Parlament ist ein Ort der Einigung, wenn das genutzt wird, kann es nur zum Vorteil der Menschen in der Türkei sein.

Was sagen Sie zu solchen Äußerungen des türkischen Premiers Erdoğan: „DTPler und MHPler werden sich streiten, sollen wir uns auch noch um die kümmern?!"?

Eigentlich wollte die AKP damit an die Stimmen der „Kandidaten der 1000 Hoffnungen" kommen. Wir werden nicht für neue Spannungen, sondern für eine Lösung dort sein. Wir sind davon überzeugt, dass viele Probleme nur durch eine Einigung gelöst werden können. Dazu gehört auch die Wahl des Staatspräsidenten. Jeder und jede politische Richtung muss sich dort ausdrücken können. ♦

Bewertung aus Kandil

Keine Überraschung bei den Wahlergebnissen

Duran Kalkan, KCK, Behdinan 27.07.2007 / ANF News Agency

Die Wahl hat stattgefunden. Die AKP hat ihren Stimmenanteil erhöht. 22 „Kandidaten der 1000 Hoffnungen“, die von der DTP unterstützt wurden, haben den Einzug ins Parlament geschafft. Die CHP verfehlte das erhoffte Ergebnis und verfiel in interne Streitigkeiten, während die MHP als Oppositionspartei ins Parlament einzog. Wie bewerten Sie diese Wahlergebnisse?

Die wichtigste Veränderung durch die Wahl ist der Einzug von 22 „Kandidaten der 1000 Hoffnungen“ ins Parlament. Dies wird auch von vielen anderen Kreisen so gesehen. Das ist eine bedeutende Entwicklung. Zu diesem Ergebnis möchten auch wir unserem Volk gratulieren, weil es jeglicher Repression, ob ökonomisch, politisch oder militärisch-polizeilich, standgehalten hat. An dieser Stelle möchte ich auch den gewählten Abgeordneten Erfolg wünschen. Das Ergebnis wurde mehr oder weniger erwartet und war daher auch keine sehr große Überraschung. Manche behaupten zwar, dass das Wahlergebnis unerwartet ausfiel, anscheinend waren aber ihre Prognosen falsch gewesen. Unterschiedliche Umfragen, die Debatten und die Kundgebungen deuteten auf dieses Ergebnis hin. Die allgemeine politische Situation und der Einfluss der Parteien auf die Massen waren bekannt. Die Propaganda während der Wahlphase hat das Ergebnis kaum beeinflusst.

Die AKP hat – abgesehen von einer Provinz – überall Parlamentssitze gewonnen. Sie erhielt jede zweite Stimme in der Türkei.

Die AKP hat zweifellos einen beachtlichen Erfolg erzielt. Dieses Wahlergebnis nach viereinhalb Regierungsjahren ist wichtig. In der Türkei hat nach der DP zum ersten Mal eine andere Partei ihre Stimmen nach einer Regierungsperiode dermaßen gesteigert. Aus diesem Grunde wird sie mit der DP verglichen. Sie hat um 10 Prozent zugelegt. Auch wenn durch die neue Zusammensetzung des Parlaments die Zahl der Sitze der AKP trotz Stimmengewinns im Vergleich zur letzten Parlamentsperiode geringer geworden ist, so ist dies bei der Bewertung des politischen Resultats unerheblich. Politische Bedeutung hat nur der Stimmenanteil. Aus diesem Grund wird von unterschiedlichen Kreisen vom Wahlerfolg der AKP gesprochen. Die AKP hat bei der Wahl das Zentrum um sich herum vereint. Tayyip Erdoğan erklärt selbst, sie seien das Gesellschaftszentrum.

Wie ist die jetzige Rolle der AKP zu bewerten?

Es scheint, dass die DYP-ANAP-Organisierung, die bereits in der Vergangenheit Anzeichen von Spaltung und Schwäche zeigte, nun vollständig überwunden und beendet ist. Die DP-Linie, die 1950 nach der Einführung des Mehrparteiensystems aufgekommen war, wurde durch die Intervention des Putsches vom 27. Mai 1960 in gewisser Weise revidiert und lebte in den 60er und 70er Jahren in Gestalt der AP fort. Die AP wiederum wurde durch die Intervention des Militärputsches vom 12. September 1980 noch weiter revidiert und wurde zu einer Partei, die das politische Leben in der Türkei in den 80er und 90er Jahren als ANAP mitgestaltete.

Die politische Linie, die mit den Operationen des Generalstabs, d. h. mit der Intervention vom 28. Februar 1997 gegen die Saadet-Partei und zuletzt mit dem Memorandum vom 27. April 2007 im 21. Jahrhundert noch weiter korrigiert wurde, ist nun in Gestalt der AKP mit dem System ausgesöhnt worden. Im politischen Leben der Türkei wird diese Linie noch eine Ära lang zu sehen sein.

Sie sprachen von dem Memorandum. Wie wirkte es sich auf das Wahlergebnis aus?

Das gegenwärtige Ergebnis zeigte sich kurz nach dem berüchtigten Memorandum vom 27. April. Die Türkei zur vorgezogenen Wahl vom 22. Juli zu lenken, war im Kern eine politische Operation, um die AKP zu dressieren. Der Erfolg trat dann auch nach kurzer Zeit ein. Die AKP-Führung begriff die Botschaft vom Generalstab und versuchte, sich entsprechend einzuordnen. Es folgten Bemühungen, die Partei noch weiter an die klassischen Prinzipien der Republik und an die Linie des Generalstabs anzupassen. Sie haben ihre Linie neu definiert. Sie erklärten sich offen zur Partei der Mitte. Anschließend wurde dieser Definition gemäß eine akzeptable Kandidatenliste erstellt. Diese Schritte nahm das Präsidium des Generalstabs ernst und hielt sie für ausreichend. Ein neues Arrangement zwischen dem Generalstab und der AKP wurde somit getroffen. Infolgedessen erteilte der Generalstab der AKP grünes Licht für eine weitere Regierungszeit. Die AKP führte ihren Wahlkampf diesem Arrangement entsprechend und erzielte das bekannte

Ergebnis. Infolge der Diskussionen und Vereinbarungen zwischen Generalstab und AKP war das für uns klar, das haben wir auch in unterschiedlichen Formen zur Sprache gebracht. Die Einschätzung ging schon dahin, dass die AKP mit einem solchen Ergebnis die Stärke haben würde, die Regierung allein zu stellen. Die AKP wurde wie bereits gesagt mit dem Memorandum des Generalstabs zu einem Arrangement bewegt. Nach diesem erfolgreichen Ergebnis wird sie versuchen, sich langfristig in diesem Rahmen zu bewegen – nicht durch Auseinandersetzungen mit den klassischen Machtblöcken, sondern dadurch, dass sie zeigt, inwieweit sie im System integriert ist.

Das Wahlergebnis der CHP wurde in der Öffentlichkeit als eine Niederlage bewertet. Der CHP-Vorsitzende Deniz Baykal wurde zum Rücktritt aufgefordert. Wie bewerten Sie die Wahlniederlage der CHP?

Einige Kreise erklärten in ihren ersten Bewertungen, dass die CHP hängen geblieben sei. Das ist keine ausreichende Einschätzung. Es handelt sich um einen ernsten Verfall. Denn die CHP, die am 22. Juli zur Wahl angetreten ist, ist nicht mehr die, die sie vor der Wahl war. Unter dem Namen CHP ist eigentlich die Koalition Baykal-Ecevit-Demirel angetreten. Trotz dieser Dreier-Koalition konnten sie ihre Stimmenzahl bei dieser Wahl lediglich halten. Sie verloren ebenfalls Sitze, weil diesmal mehr als zwei Parteien den Einzug ins Parlament geschafft haben. Daher gilt die CHP als die erste Partei, die bei der Wahl eine Niederlage erlitt. Zieht man die Stimmen der Anhänger von Ecevit und Demirel ab, so waren es noch weniger Stimmen für Baykal. Wird Deniz Baykal den Preis dafür zahlen? Einige Wähler haben als erste Reaktion seinen Rücktritt gefordert. Innerhalb der Partei gibt es ernste Reaktionen wegen des Wahlergebnisses. Die öffentliche Stellungnahme von Hikmet Çetin und anderen spiegelt diese wider. Ob sie ausreichen werden, um die Führung von Deniz Baykal zu beenden, ist momentan schwierig einzuschätzen. Aber wir können ohne weiteres festhalten, dass die Führung von Deniz Baykal geschwächt worden ist, er nicht mehr so laut und zerstörerisch wie vor der Wahl agieren kann. Man kann sagen, dass seine Zeit abgelaufen ist. Wenn er weitermachen sollte, wird er nur noch mehr Schaden anrichten. Er wird in dem chauvinistischen Sumpf, in dem er steckt, ertrinken.


Nach der Wahl in Istanbul Foto: DIHA

Wie bewerten Sie das Wahlergebnis der MHP?

Ein CHP-Vize erklärte nach der Wahl, dass die Nation ihrer Partei die Aufgabe der Opposition übertragen habe. Diese Bewertung ist falsch. Mit diesem Wahlergebnis ist die Aufgabe der parlamentarischen Opposition an die MHP übergegangen. Es wird die MHP sein, die gegen die AKP opponieren wird. Sie verzeichnete bei der Wahl ebenfalls einen Erfolg. Bei der Wahl vom 18. April 1999 hatte sie mit der Wirkung des internationalen Komplotts ein ihr eigenes Potential übertreffendes Ergebnis und somit entsprechend Sitze errungen. Die politische Atmosphäre, in der die Wahl damals stattfand, hatte die Zunahme von Stimmen für die AKP zur Folge gehabt. Die wirtschaftliche Krise infolge hoher Staatsschulden, die während der Wahl vom 3. November 2002 herrschte, wurde der DSP-MHP-ANAP-Koalition zugeschrieben. Aus diesem Grund blieb die MHP damals unterhalb der 10-%-Hürde und schaffte den Sprung ins Parlament nicht, sie erhielt nur die Stimmen ihrer Kernwählerschaft. Bei der Wahl am 22. Juli verdoppelte sie die Stimmenzahl von 2002. Das ist ein bedeutender Sieg. Die MHP ist innerhalb der türkischen Politik eine gefestigte Partei.

Sie sagten, dass die MHP nun die Rolle der Opposition innehat. Wie bewerten Sie den Aufstieg der MHP, und was für eine Oppositionspolitik wird Sie Ihrer Meinung nach verfolgen?

Es ist nur natürlich, dass die MHP in einer Atmosphäre, in der vor allem die Linie von Ecevit und der CHP im Namen von Links- und Sozialdemokratie dermaßen zum Sozialchauvinismus tendiert, ein solches Wahlergebnis erzielen konnte. Die Haltung der CHP in den letzten drei Jahren kann sogar als sozialfaschistisch bezeichnet werden. Ein solcher oppositioneller Diskurs der CHP nutzte der MHP. Bei der jüngsten Wahl hat die MHP zahlreiche Stimmen von der CHP geholt. Die Menschen dachten, wenn schon Nationalismus, dann mit den eigentlichen Nationalisten. Der MHP wird dieses Ergebnis im politischen Kampf nutzen. Sie wird zum einen ihr Gewicht als Opposition gegen die AKP einsetzen und zum anderen versuchen, eine Alternative zur AKP darzustellen. Sie wird versuchen, nach der AKP an die Macht zu gelangen. Wird sie es schaffen? Natürlich wird es nicht einfach sein. Aber nach der Erfahrung mit der AKP ist es auch nicht auszuschließen. Vielleicht wird sie mit ihren jetzigen Strukturen ein solches Ergebnis nicht erzielen können. So wie aus der Erbakan-Linie nach einigen Veränderungen die AKP hervorgetreten ist, die nun eine liberale Linie vertritt, so könnte sich auch die MHP zu einer Partei entwickeln, die eine Machtalternative darstellt. Inwieweit es dazu kommen wird, können wir noch nicht voraussagen. Aber es ist schon jetzt offensichtlich, dass die MHP eine viel ernstere Oppositionspolitik gegen die AKP betreiben wird als die CHP in der letzten Periode.

Was können Sie zum Wahlausgang für den linksdemokratischen Block sagen, der unter dem Namen „1000 Hoffnungen“ zur Wahl antrat?

Auch in diesem Bereich trat mehr oder weniger das erwartete Ergebnis ein. Einige gaben im Vorfeld sehr übertriebene Einschätzungen ab. Als unabhängiger Kandidat gewählt zu werden, hat seine eigenen Schwierigkeiten. Die Wahl ist nicht dadurch zu gewinnen, dass man Massen zusammenbringt und Anhänger findet. Sie haben mit ernsten Gegenaktivitäten zu kämpfen. Der Staat hat sich gegen die „Kandidaten der 1000 Hoffnungen“ in Kurdistan geschlossen hinter die AKP gestellt. Folglich fand die Wahl in Kurdistan zwischen den unabhängigen Kandidaten und der AKP statt. Dies ist eines der wichtigsten praktischen Ergebnisse des Arrangements zwischen Büyükanıt und Erdoğan. Die AKP hat ihre ganze Kraft auf Kurdistan verlagert und ihre Wahlkampagne dort gestartet. Sie war sehr bemüht, auch mit der Unterstützung des Generalstabs die Wahl der „Kandidaten der 1000 Hoffnungen“ zu verhindern. Als sich die Parole „Deine Stimme ist deine Ehre, die Ehre ist nicht verkäuflich“ in Kurdistan verbreitete, verstanden wir es nicht und fanden es auch etwas befremdlich. Die Bevölkerung in Kurdistan rief eineinhalb Monate lang in allen Städten und Ortschaften diese Losung. Es war offensichtlich, dass ein großer Handel lief. Kurdistan hatte sich regelrecht zu einem Markt entwickelt, auf dem die Stimmen der Menschen gekauft wurden. Das Volk leistete Widerstand gegen diesen Handel. Überall wurden Unterdrückung, Gewalt, Festnahmen, Folter und Drohungen eingesetzt. Während die AKP zum einen die Staatsgewalt hinter sich hatte, verfügte sie auch über die Möglichkeiten des Staates, mit denen sie die Stimmen der Kurden kaufen konnte. Auch am Tag der Wahl fanden an den Urnen Wahlfälschungen statt. Obwohl die „1000 Hoffnungen“ über ein größeres Potential verfügten, ist die Zahl von 22 gewählten Abgeordneten angesichts der Wahlatmosphäre ein Erfolg.

Erdoğan verwies auf die Stimmen aus Kurdistan und erklärte die AKP zur türkeiweiten Partei. Viele Kreise sahen den Stimmenanteil der AKP in Kurdistan als Erfolg des Staates. Die AKP warb um Zustimmung, indem sie gegenüber den Verleugnungskräften in der Türkei verlauten ließ, dass sie die Partei sei, die den kurdischen Freiheitskampf zurückdrängen werde. Mit seiner Äußerung, er wolle auch die Bürgermeisterposten in Diyarbakır und Batman, vermittelte der Ministerpräsident die Botschaft, dass seine Partei den Kampf gegen die Kurden am besten führen werde. Die AKP wird nun diese Rolle noch stärker in den Vordergrund stellen.

Welche Bedeutung hat der Einzug der „Kandidaten der 1000 Hoffnungen“ ins Parlament?

Angesichts dieses Ergebnisses sieht es so aus, dass sich eine linksdemokratische Gruppe im türkischen Parlament bilden wird. Das ist das bedeutsamste Resultat der jüngsten Wahl. Weder die Tatsache, dass die AKP stärkste Partei geworden ist, noch dass CHP und DP eine Niederlage erlitten oder die MHP den Einzug ins Parlament schaffte, ist in erster Linie wichtig. Aus Sicht der Wahl vom 22. Juli ist die bedeutendste und neue Situation der Einzug der 22 unabhängigen Kandidaten ins Parlament und die Gründung einer linksdemokratischen Fraktion.

Welche Rolle können die unabhängigen Abgeordneten der „1000 Hoffnungen“ im Parlament spielen?

Diese Gruppe kann eine wichtige Rolle dadurch spielen, dass im Parlament eine linksdemokratische Fraktion vertreten sein wird. Die zweite bedeutsame Rolle wird darin bestehen, dass nun eine Fraktion vertreten ist, die ein Hauptanliegen in der friedlich-demokratischen Lösung der kurdischen Frage sieht. Als gewählte Vertreter der kurdischen Bevölkerung und Mitglieder des türkischen Parlaments werden sie die Kraft und die Eigenschaft besitzen, zur friedlich-demokratischen Lösung der kurdischen Frage beizutragen. Daher sind die Erklärungen zutreffend, dass die ausgestreckte Hand im Wahlkampf wichtig ist für den Frieden und die Demokratisierung. Das kurdische Volk hat durch das Entsenden seiner gewählten Vertreter ins Parlament dem Staat und der türkischen Gesellschaft erneut seine Hand entgegengestreckt. Das ist das Resultat der Wahl.

Wird es eine entsprechende Annäherung geben?

Noch ist es schwierig, das zu bewerten. Das liegt an der Führung der Türkei. Es ist notwendig, dass die gesamte Staatsführung, nicht nur die Regierung, sich mit klarem Menschenverstand annähert, unter richtiger Bewertung der

Ergebnisse und der politischen Konjunktur einen solchen politischen Schritt unternimmt. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Wenn eine solche Annäherung stattfindet, entsprechende Schritte unternommen werden, kann dieses Parlament den Weg für eine historische Entwicklung ebnen. Es gibt keine Garantie, dass es so kommen wird. Vergegenwärtigt man sich die Atmosphäre vor der Wahl, fällt es nicht leicht, optimistisch zu sein. Die Haltung des Generalstabs und der Regierung war nicht positiv.

Erdoğan erklärte in seiner Rede zu den Wahlergebnissen, dass sie jedem gegenüber offen für den Dialog seien. Inwieweit sich diese Äußerung zu einer Entwicklung der Demokratie und der Lösung der kurdischen Frage verwandeln wird, ist unklar. Noch gibt es kein Zeichen. Eine solche Entwicklung würde die politische Bedeutung der Wahl vom 22. Juli verstärken und die Bedeutung für die türkische Politik, dass „Kandidaten der 1000 Hoffnungen“ als Fraktion im Parlament vertreten sind. Wenn aber die Repressionen gegenüber den gewählten Vertretern anhalten und die kurdische Freiheitsbewegung und die linksdemokratische Bewegung der Türkei zu vernichten versucht werden, wird das die Spannung erhöhen. Die Ausweglosigkeit würde sich noch mehr vertiefen. Es liegt nun an der Führung der Türkei und an der neuen Regierung. Die Entwicklungen liegen allein in ihrer Hand.

Bei dieser Wahl ist auch eine Zunahme der Anzahl der Frauen im Parlament zu verzeichnen. Allein von den „Kandidaten der 1000 Hoffnungen“ wurden acht Frauen ins Parlament gewählt. Wie wird sich das auswirken?

Die Anzahl der Frauen im Parlament ist doppelt so hoch wie in der letzten Periode. Das letzte Parlament war wirklich ein Männerparlament. Um den Anschein zu retten, hatte die Regierung eine Frau zur Familienministerin benannt. Das allein ist eine Blamage und zudem eine große Respektlosigkeit der Frau gegenüber. Es ist ein Ausdruck für ein von Männern beherrschtes System. Dieser Charakter des Parlaments ist einer der Hauptgründe, warum sich die Demokratie- und Friedenstendenz im Parlament nicht entwikkelt, sondern seit Jahren eine chauvinistisch-nationalistische Haltung besteht. Die Parteien nahmen bei dieser Wahl aufgrund der hiergegen erwachsenen Reaktionen sowie aufgrund der Forderungen nach Demokratisierung der Türkei Frauen in ihre Listen auf, ohne eine ernsthafte Veränderung in ihrer Mentalität, sondern um mehr Wählerstimmen zu erhalten. Das Ergebnis ist positiv, es führte zu mehr Frauen im Parlament. Aber inwieweit das auch inhaltlich von Bedeutung ist, ist eine andere Frage. Denn die Zunahme ist nicht als Folge der Forderung nach Demokratie und als Haltung für die Befreiung von Frauen entstanden, sondern wie bereits gesagt, um mehr Stimmen zu erhalten. Vielmehr hat die Kandidatenliste der „1000 Hoffnungen“, oder noch richtiger: der Druck der kurdischen Freiheitsbewegung, die anderen Parteien dazu gezwungen, mehr Frauen Platz einzuräumen. Welche Wirkung die Tätigkeiten für die Freiheit von Frauen haben, die unser Vorsitzender als seine epische Arbeit bezeichnete, wurde bei dieser Wahl noch einmal deutlich. Es gab nicht nur aus Sicht der kurdischen Frauen wichtige Resultate, sondern es wirkt sich auch positiv auf die Situation der Frauen in der Türkei aus.

Dass ein Drittel Frauen gewählt wurde, wird die linke demokratische Fraktion stärken. Schon jetzt wirkte es sich auf die Wahlergebnisse und die Atmosphäre aus.

Die Fraktion der „Abgeordneten der 1000 Hoffnungen“ besteht zu einem Drittel aus Frauen. Acht Frauen der „Kandidaten der 1000 Hoffnungen“ sind gewählt. Unser Vorsitzender sagte zwar, zur Hälfte sollten Frauen nominiert werden, aber dieses Niveau konnte nicht erreicht werden. Als Anfang ist dieses Verhältnis auch gar nicht so schlecht. Es sollte nicht unterschätzt werden. Mindestens zur Hälfte Frauen aufzustellen ist ein Ziel, das wir in Zukunft schaffen müssen. In einigen Gebieten sollten unbedingt Frauen gestellt werden. Dass in Provinzen wie Hakkari, Urfa und Ağrı keine Frauen berufen wurden, liegt allein an der feudalen Herrschaft. Die Ursache für das Verfehlen der 10-%-Hürde bei der Wahl am 3. November 2002 wurde aus feudaler Sichtweise den Frauen zuzuschreiben versucht. Diejenigen, die auch bei Kommunalwahlen keine Frauen aufstellen wollten, argumentierten, dass Frauen die Wahlen nicht gewinnen könnten, dass die kurdische Gesellschaft feudal sei und folglich Kandidatinnen eher zu Stimmenverlusten führten. Die jüngste Wahl hat gezeigt, wie falsch diese Sichtweise ist. Denn das Volk hat Frauen gewählt, obwohl es sie gar nicht so gut kannte. Während diese Frauen aus der Wahl als Gewinnerinnen hervorgingen, trugen sie auch dazu bei, dass die gesamte Liste gewann. In Regionen ohne Kandidatinnen waren eher Verluste zu verzeichnen. Diese Mentalität, die sich auf männliche Hinterlist stützt, wurde bei der Wahl am 22. Juli verurteilt. Das war ein weiterer Erfolg.

Dass ein Drittel Frauen gewählt wurde, wird die linke demokratische Fraktion stärken. Schon jetzt wirkte es sich auf die Wahlergebnisse und die Atmosphäre aus. Dies kann zur Entwicklung der Demokratisierungsdebatte beitragen. Dieses Niveau, das das kurdische Volk erreicht hat, ist nicht nur von Bedeutung für die friedlich-demokratische Lösung, sondern auch im Kampf für gesellschaftliche Freiheit und Demokratie. Denn allein mit Worten ist nichts zu erreichen. Das Wahlergebnis unter den Kurden verdeutlicht am besten das erlangte Niveau der kurdischen Freiheitsbewegung. Dass diese Zahl von Frauen in der „Fraktion der 1000 Hoffnungen“ vertreten ist, wird zeigen, dass die linksdemokratische Fraktion konsequent für die gesellschaftliche Befreiung, Gleichberechtigung und Demokratie eintritt. Das wiederum wird dazu führen, dass sie den Demokratie- und Freiheitskampf im Parlament noch effektiver führen werden. (…) Die gewählten Frauen verkörpern folglich die Stärke der „1000 Hoffnungen“. ♦

Bericht über die Beobachtung der Parlamentswahl

Unregelmäßigkeiten und Behinderungen

Eva Klippenstein, Flüchtlingsrat Düsseldorf e.V.

Das Team bestand aus fünf Personen[1], die auf eine Bitte der Partei DTP (*Demokratik Toplum Partisi – Partei der Demokratischen Gesellschaft*) reagierten und sich zur Wahlbeobachtung in das nordkurdische Gebiet aufmachten. Die Reise dauerte vom 18. bzw. 19. bis zum 24.7. und führte zunächst nach Diyarbakir, wo Einblicke in das politische Geschehen gesammelt sowie Informationen und Instruktionen entgegengenommen wurden.

19. und 20. Juli, Diyarbakir

Der vorgezogene Wahltermin mitten im Sommer ist nicht nur wegen der Ferientermine ungünstig. Besonders für die ärmere Bevölkerung in den ländlichen Gebieten von Kurdistan sind die Sommermonate die einzige Zeit des Jahres, in der überhaupt ein Einkommen erzielt werden kann. Da die Saisonarbeiter sich für die Ernte in andere Landesteile begeben, können die meisten von ihnen von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen. Viele davon sind Vertriebene, die mit der kurdischen Sache sympathisieren und so als Wähler verloren gehen, genauso wie jene Flüchtlinge, die nach militärischen Angriffen ihr Dorf verlassen haben, in der Stadt leben, aber nicht am neuen Wohnort registriert sind. Nach Auskunft der DTP beträgt die Differenz zwischen den potentiellen Wählern (ca. 1 Mill.) und den Wahlberechtigten etwa 400 000. Im Vorfeld der Wahl gab es Übergriffe und Drohungen, auch durch Mitglieder der AKP, die 2002 nur knapp 16 % der Stimmen erzielte, inzwischen ihr Potential erheblich ausgebaut hat[2]. Verschiedentlich wurde kurdischen Bewohnern mit Entzug der „grünen Karte" [*Berechtigungskarte für Gesundheitsversorgung*] gedroht, falls sie unabhängige Kandidaten wählen.

Wegen der besonderen Probleme in der Provinz Hakkari wurde das Team aus Deutschland aufgefordert, dorthin zu fahren.

Samstag, 21. Juli

Die Provinzen Hakkari, Şırnak und Siirt sind wegen der militärischen Auseinandersetzungen von der Regierung zur vorübergehenden Sicherheitszone erklärt worden, deshalb musste mit Kontrollen und Reisebehinderungen von vornherein gerechnet werden. Aus dem gleichen Grund war die Beobachtung des Wahlprozesses von der DTP ausdrücklich gewünscht worden, weil die Region zunehmend von der Außenwelt abgeschnitten zu werden droht. Die kurdischen Parteien können in den genannten Gebieten erfahrungsgemäß auf 60 % Zustimmung rechnen, aber die unabhängigen Kandidaten fürchteten, dass die Wahl unter unfairen Bedingungen stattfindet und die Bevölkerung in vielfältiger Weise an der Stimmabgabe gehindert wird. Die Hin- und Rückreise war aber problemlos trotz einiger Aufenthalte mit Wartezeiten, weil sich das örtliche Sicherheitspersonal professionell und höflich verhielt.

In Hakkari (kurdisch Colemêrg) wurden wir vom Vorsitzenden Fahri Timur und weiteren Mitgliedern des IHD (Ibrahim Akbulut sowie Orhan Koparan) empfangen und untergebracht. Die Stimmung in der Stadt war gespannt, weil wenige Tage zuvor zwei Soldaten bei der Explosion einer von der PKK gelegten Mine getötet worden waren und in deren Folge neue militärische Angriffe im Gebiet von Çukurca stattfanden[3]. Fahri Timur berichtete außerdem von einem Vorfall am späten Abend des 17. Juli, wo Soldaten einen älteren Mann mit einer Scheinhinrichtung misshandelten, indem sie eine Mine an seinem Kopf befestigten und darauf zielten.

Entspannt berichtete der Bürgermeister Metin Tekçe, Naturwissenschaftler und seit drei Jahren im Amt, über die 15 000-jährige Geschichte von Hakkari, während rundum die Bewohner, hauptsächlich Männer, aber vereinzelt auch Frauen, in einem Tumult von Beifallsrufen und Tänzen ihre Erwartung und Hoffnung zum Ausdruck brachten und auch die Besucher freudig und dankbar begrüßten.

Bis zum 1. Weltkrieg lebten in Hakkari 100 000 Assyrer und Aramäer sowie hauptsächlich nestorianische Christen. Im Zuge der Aufstände und Kämpfe mit der kurdischen Guerilla wurden 90 % der Dörfer der Region durch Militär und Sicherheitskräfte geräumt oder zerstört. Ein Teil der Flüchtlinge rettete sich nach Hakkari und bildet seitdem eine Art Armutsgürtel rund um die Stadt.

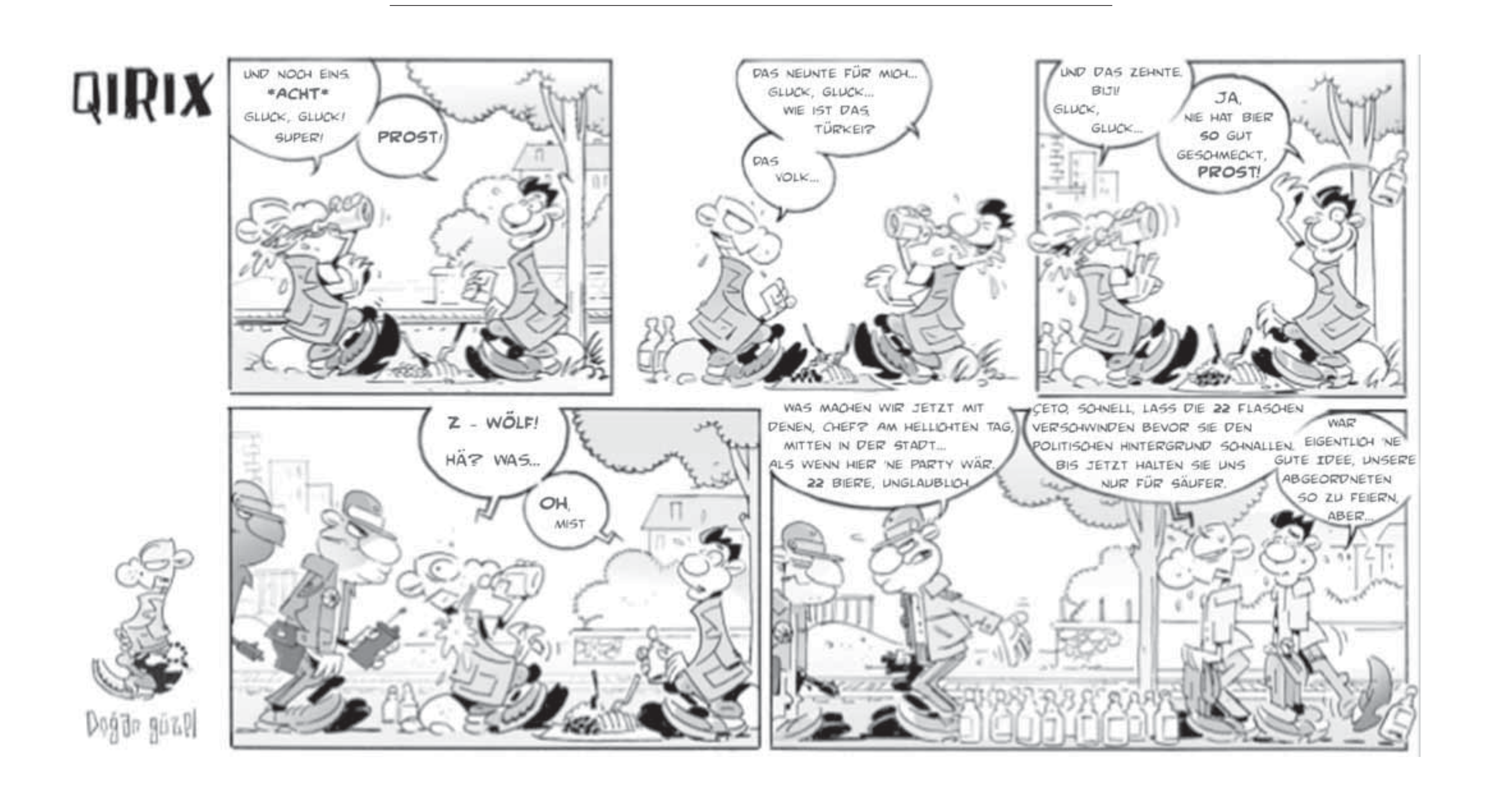
Eine wirtschaftliche Entwicklung findet in Hakkari praktisch nicht statt. Die Kommune erhält von Ankara jährliche Zuwendungen von 4 Mill. €, die für Löhne im öffentlichen Dienst, praktisch dem einzigen Erwerbszweig in der Stadt, kaum ausreichen und für dringend nötige Investitionen fehlen. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung liegt bei 800 $ p. a. (westliche Region 10 000, Türkei insgesamt 5 000 $). 40 % der Stadt sind ohne Kanalisation und seit zwei Jahren gibt es kein ärztliches Personal für das Krankenhaus.

Der DTP-Vorsitzende Hasan Gözü gab Einzelheiten des Wahlprozesses bekannt: Insgesamt leben in der Provinz Hakkari 250 000 Einwohner ohne das in der Region stationierte Militär. Dieses wird durch ca. 7 000 einheimische Dorfschützer unterstützt, welche wiederum von den Clanchefs (Ağas) regiert werden. In der Stadt selbst konkurrieren zwei Clans, deren Söhne jeweils für die Regierungspartei AKP kandidieren. Der Wahlkampf verlief bis jetzt weitgehend störungsfrei, obwohl öffentliche Versammlungen verboten sind und Geld für Propagandazwecke nicht zur Verfügung steht. Behinderungen sind trotzdem nicht ausgeschlossen, einige sind bereits bekannt: Um drei Sitze im Parlament bewerben sich 30 Kandidaten aus elf Parteien sowie sechs Unabhängige, davon drei Politiker der DTP, weitere drei sind Scheinkandidaten. Der Stimmzettel ist entsprechend unübersichtlich, Sehbehinderte und Analphabeten haben es schwer. Die Zahl der Wahlurnen beträgt rd. 380, davon 140 in der Stadt und den umliegenden Dörfern, 160 im Kreis Yüksekova, 60 bzw. 20 in den Kreisen Şemdinli und Çukurca. Nach dem Öffnen der Urnen und der ersten Auszählung werden die Wahlzettel im Amtssitz des Gouverneurs (hükümet konağı) gesammelt und ebenfalls gezählt, wobei Armeehubschrauber als Transportmittel zum Einsatz kommen sollen. Ob dort eine Kontrolle durch Mitglieder der DTP möglich ist, ist nicht klar. Einwendungen gegen die erzielten Ergebnisse sind bei der regionalen Wahlkommission zu erheben[4]. Grundsätzlich soll sich das Militär während des Wahlvorgangs mindestens 100 Meter von den Wahllokalen fernhalten, eine Maßgabe, die nach unserer Feststellung in mehreren Fällen nicht eingehalten wurde.

Sonntag 22. Juli

Nach einem kurzen Gespräch mit Sebahattin Suvağçı, dem unabhängigen Kandidaten für die Stadt, fuhr das Team der Wahlbeobachter gemeinsam mit den IHD-Mitgliedern İbrahim Akbulut, Orhan Koparan und Hatice Demil in das Dorf Çığli (kurdisch Aşut), weil dort das Militär am frühen Morgen die Wahlunterlagen von 500 Bewohnern eingesammelt haben sollte. Bei einem Zwischenhalt in Oğul Köy war militärisches Personal in unmittelbarer Nähe des Wahllokals zu beobachten, sonst aber keine Spannungen.

In Çığli dagegen, wo der Besuch des Teams angekündigt war, waren die Ausweise schon teilweise wieder zurückgegeben und der Wahlprozess fortgesetzt worden. Das Militär hatte sich zurückgezogen, allerdings war die Bevölkerung in aufgebrachter Stimmung. Der Wahlleiter leugnete, das Militär herbeigerufen zu haben, und wurde von der Menge lauthals als Lügner bezeichnet. Dem Team wurden Aufnahmen auf dem Mobiltelefon gezeigt, aus denen sich Konfrontationen von Uniformierten mit Zivilisten ungenau abzeichneten. Weil sich die Lage nicht beruhigte, wurde nach einiger Zeit ein Richter herbeigerufen, der das Eingreifen des Militärs mit ‘Spannungen und Unregelmäßigkeiten’ begründete, die er aber nicht näher beschreiben konnte. Seine Arroganz war nicht dazu geeignet, die Stimmung zu besänftigen, zumal er Einwendungen und Proteste der Bewohner mit Drohungen („wir sprechen uns noch“) quittierte. Zugleich wurde festgestellt, dass Militärpersonen im selben Gebäude, aber einem anderen Lokal, ebenfalls zur Stimmabgabe antraten; es konnte leider



nicht festgestellt werden, ob sie, wie vorgeschrieben, unbewaffnet erschienen.

Die Region um das Dorf Çığli zählt 2 000 Einwohner. Da aber ca. 500 Wahlberechtigte außerhalb der Region arbeiten, fehlten diese als Wähler. Bei einem späteren Gespräch in etwas ruhigerer Atmosphäre wurde beklagt, dass der Druck seit Wochen aufgebaut wurde, mehrere Personen von der Jandarma einbestellt, mit Entzug der „grünen Karte“ und mit Blockade, vor allem Reisebeschränkung, bedroht wurden. Auch die Dorfschützer sind an den Repressionen beteiligt. Allerdings unterstützt der örtliche Ağa die DTP und mit ihm die Mehrzahl der Bewohner.

Im Dorf Geminli-Bahçeli betonten die Wahlhelfer an der Urne, dass keinerlei Repressionen vorkämen und dass die 100-m-Abstandsregel für das Militär dann nicht gelte, wenn dazwischen eine Straße verliefe. Die Rechtsgrundlage war unbekannt, man berief sich auf die Auskunft des Militärs. Bevor das Team weiterzog, wollte der Dorfvorsteher etwas sagen: Die Bewohner seien wochenlang von Dorfschützern bedroht und schließlich mit Geld bestochen worden, deshalb sei die Wahl so ruhig verlaufen.

Der nächste Versuch, im Dorf Doğanlı das Wahllokal zu betreten, misslang durch nachhaltige Verweigerung des Sicherheitspersonals. Erst nach Abschluss des Wahlprozesses und beharrlichem Argumentieren gelang es, bis zum Wahllokal, einer Dorfschule, vorzudringen. Dort war zwar alles ruhig, aber vor dem Lokal waren drei Armeelastwagen stationiert, wahrscheinlich war dies der Grund für die hartnäckige Verweigerung.

Wahlergebnisse

Mit rund 56 % der abgegebenen Stimmen errangen die unabhängigen Kandidaten in der Provinz Hakkari zwar die absolute Mehrheit, jedoch zunächst nur zwei der drei angestrebten Mandate für den Rechtsanwalt Hamit Geylani im Kreis Şemdinli und ganz knapp für Selahattin Suvağçı, den Kandidaten von Hakkari und Çukurca. Mittlerweile wurde dieses Ergebnis annulliert[5], der unterlegene kurdische Kandidat rief die örtliche Wahlkommission an, die seinen Widerspruch zurückgewiesen hat. Z. Z. befasst sich die oberste Wahlbehörde mit den den Fall betreffenden Rechts- und Verfassungsfragen, aber es ist damit zu rechnen, dass die Entscheidung auch hier zu Gunsten der herrschenden Partei[6] ausfallen wird.

Mit türkeiweit 1,831 Mill. Stimmen für die unabhängigen Kandidaten ist es gelungen, mindestens 22 kurdische Abgeordnete ins Parlament zu schicken[7], die zwar voraussichtlich eine arbeitsfähige Gruppe bilden, aber kaum „Zünglein an der Waage“ bei der Lösung des anstehenden Verfassungskonflikts wegen der Wahl des Staatspräsidenten spielen können[8].

Die AKP hat in 38 Wahlbezirken über 50 % der abgegebenen Stimmen und gegenüber 2002 5,3 Mill. Stimmen dazu gewonnen, die CHP[9] 1,1 Mill. Die Personenwahl hat auch zu einer Auszehrung der Ressourcen geführt: Die Konkurrenz von Baskın Oran und Doğan Erbaş im 2. Bezirk von İstanbul kostete zwei Mandate. Das Gleiche passierte in Ağrı: Nacı Kutlay erzielte 20 300, Hüseyin Yılmaz 16 900 Stimmen, aber die AKP setzte mit 103 000 Stimmen ihre fünf Kandidaten allein durch.

Immerhin hat die DTP einen wichtigen Anteil daran, dass der beschämend niedrige Frauenanteil im Parlament von 24 auf 49 Mitglieder (von 4,4 auf 8,9 %) gegenüber der Wahl von 2002 verbessert wurde: unter den derzeit 22 unabhängigen kurdischen Kandidaten befinden sich acht Frauen.

Stellungnahmen der Wahlbeobachter

Nach Zeitungsberichten befanden sich außer dem deutschen Team weitere 34 Parlamentarier des Europarats als Wahlbeobachter im Land, und zwar in den zehn Bezirken Ankara (10), Adana (2), Diyarbakir (2), Gaziantep (2), İstanbul (4), İzmir (4), Sivas (2), Konya (2), Trabzon (4) und Van (2). Bei einer Pressekonferenz am 23.7. in Ankara erklärten sie, die Wahl sei erfolgreich, professionell organisiert und frei verlaufen; durch die unabhängigen Abgeordneten sei die politische Arithmetik verbessert worden. Die Zehn-Prozent-Hürde sollte allerdings herabgesetzt werden. Ihr Chef Luc Van Dan Brande bewertete die Wahl als „fundiert demokratisch, beispielhaft für andere Länder“, mahnte jedoch an, dass die Verwendung anderer Sprachen als Türkisch erlaubt sein sollte. Obwohl alle Beobachter gute Augen hätten, hätten sie die Namen der Unabhängigen nicht lesen können[10].

Ungeachtet der Anerkennung durch die westlichen Parlamentarier wurden aus zahlreichen Regionen Unregelmäßigkeiten und Behinderungen gemeldet. Auch in der Region Hakkari kam es in den Dörfern Yeşiltaş, Dağlıca und Yeşilpınar nahe Yüksekova zu Beschwerden[11]

Weiteren Zeitungsberichten zufolge haben Dorfbewohner in zahlreichen Regionen die Wahlen boykottiert, um gegen die fehlende Bildungs-, Gesundheits- und Wasserversorgung zu protestieren, so auch in Dilektaş bei Yüksekova[12], ebenso in Uludere bei Şırnak, Viranşehir, in der Region von Kars, Konya und Van. ♦

Fußnoten:

1.) Bärbel Beuermann, Ruşen Turgut, Birgit Wulf, Martin Dolzer, Eva Klippenstein

2.) Inzwischen rangiert die AKP in Diyarbakır mit 41,2 % nur knapp hinter der DTP mit 47,1 % der Stimmen

3.) Radikal vom 19.7.07

4.) Yerel Seçim Kurulu

5.) Aufgrund der landesweiten Verteilung der Stimmen der Auslandstürken, die an der Grenze wählen dürfen (allerdings nur Parteien, keine Unabhängigen), ergab sich eine nachträgliche Verschiebung der Wahlergebnisse zu Gunsten der AKP.

6.) Vgl. Cengiz Kapmaz, Özgür Gündem 27.7. und Prof. Ahmet Insel, Radikal 30.7.; NTV 31.7.07

7.) Der Wählerwille scheint im Wahlergebnis dennoch nicht adäquat repräsentiert. Denn die AKP, die gegenüber 2002 ihren Stimmenanteil von 15 auf 41 % vergrößern konnte, errang in Diyarbakir sechs von zehn Mandaten, die Unabhängigen mit 48 % nur vier, während 2002 die AKP acht von zehn Mandaten besetzte und die DEHAP trotz des überwältigenden Stimmenanteils von 56 % wegen der Zehn-Prozent-Hürde leer ausging.

8.) Zur angestrebten Verfassungsänderung benötigt die AKP eine 2/3-Mehrheit von 267 Stimmen, d. h. zusätzlich 27 weitere Stimmen, über die die DTP nicht verfügt.

9.) Trotz ihres Führungsdebakels um Deniz Baykal

10.) Vatan 23.7.;Milliyet 24.7.07

11.) Milliyet 23.7., dort wird auch über die deutsche Delegation berichtet.

12.) Milliyet 23.7.07

Wir trauern um Orhan Doğan

Am 29. Juni 2007 starb der kurdische Politiker, ehemalige DEP-Abgeordnete und unermüdliche Kämpfer für Demokratie und Frieden Orhan Doğan an den Folgen eines Herzinfarkts, den er während einer Rede auf einem Kulturfestival in Doğubeyazıt erlitten hatte, im Krankenhaus in Van im Alter von 52 Jahren. Er wurde in seiner Heimatstadt Cizre im Beisein von Zehntausenden Trauernden beigesetzt.

Der Jurist Orhan Doğan machte sich schon früh zum Anwalt seines Volkes. Er kämpfte bis zum Schluss für Demokratie, Menschenrechte, Frieden und eine Lösung der kurdischen Frage. In seinen letzten Worten rief er erneut zum Frieden auf.

Sein viel zu früher Tod stellt einen großen Verlust für alle friedliebenden Menschen dar.



Orhan Doğan Foto: DIHA

Ein schwerer Lebenskampf

Orhan Doğan, der sein Leben an mehreren Orten der Türkei verbrachte, schloss überall im Land Freundschaften, aber aufgrund seiner kurdischen Identität war sein Leben auch geprägt von Diskriminierung und Schwierigkeiten.

Orhan Doğan wurde in Mardin-Kızıltepe eingeschult, setzte die Grundschule in Sivas fort und schloss sie schließlich in Antep ab. Die Mittelschule begann er in Ağrı und beendete sie in Hatay.

Sein politisches Leben begann auf dem Gymnasium in Aydın. In Samsun machte er Abitur. Über seine Zeit in Aydın erzählte Doğan, dass ein Mitschüler eines Tages seine Jacke hochgezogen und mit Erstaunen festgestellt habe, dass er keinen Schwanz am Hinterteil habe [*es hieß lange, Kurden hätten einen Schwanz; Anm. d. Ü.*]. So erlangte Orhan Doğan aufgrund von Diskriminierung schon früh ein Bewusstsein über seine eigene kurdische Identität, was gleichzeitig den Beginn seines politischen Lebens darstellte.

1974 begann Orhan Doğan, in Ankara Jura zu studieren, und betätigte sich politisch bei der revolutionären Jugendorganisation *Dev-Genç*. Zwischen 1975 und 1981 arbeitete er in Ankara an einer Grundschule als Buchhaltungsbeamter. Danach ging er zum Militär und arbeitete seit 1983 als Rechtsanwalt in Cizre. 1976 heiratete Doğan im Alter von 21 Jahren. Aus dieser Ehe gingen fünf Kinder hervor.

1989 gründete Orhan Doğan eine Zweigstelle des *Menschenrechtsvereins* IHD in Cizre. Er war Gründungsmitglied der *Arbeiterpartei des Volkes* (HEP) und wurde 1991 Parlamentsabgeordneter von Şırnak für die SHP. Einhergehend mit der Gründung der DEP wechselte Doğan als Abgeordneter zu dieser Partei. Am 2. März 1994 wurde er gemeinsam mit Hatip Dicle, Selim Sadak und Leyla Zana im Parlament verhaftet. Den Abgeordneten wurde wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation der Prozess gemacht. Insgesamt verbrachte Orhan Doğan zehneinhalb Jahre im Gefängnis. Aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, das eine Neuverhandlung des Prozesses gegen die ehemaligen DEP-Abgeordneten vorsah, wurden diese am 9. Juni 2004 aus der Haft entlassen.

Nach der Haftentlassung war Orhan Doğan Gründungsmitglied der *Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft* (DTH) und schließlich Vorstandsmitglied der *Partei der Demokratischen Gesellschaft* (DTP).

Der Antrag auf eine parteiunabhängige Kandidatur als Parlamentsabgeordneter bei der vorgezogenen Neuwahl am 22. Juli 2007 wurde vom Hohen Wahlausschuss negativ beschieden. Doğan hatte zuvor erklärt, er wolle kandidieren, weil er das Parlament als den geeigneten Ort für eine Lösung der kurdischen Frage betrachte.

Im Verlauf seines politischen Lebens war Orhan Doğan vielfacher Repression ausgesetzt. Vor seinen Augen wurden Kampfgefährten ermordet. In einem Interview hatte Doğan einst zum Ausdruck gebracht, er habe sein Leben seinen ermordeten Freunden gewidmet.

Seine letzten Worte

In seiner letzten Rede, die er aufgrund seines Herzinfarktes nicht beenden konnte, auf einem Kulturfestival in Doğubeyazıt, sagte er:

„Diejenigen, die uns vor 13 Jahren im Parlamentseingang am Nacken gepackt und gefangen genommen haben, dachten, sie könnten auch unsere Verbundenheit und Liebe dem kurdischen Volk gegenüber gefangen nehmen. Aber da haben sie sich geirrt, sie haben sich sogar ganz stark geirrt. Sie haben verhindert, dass wir bei der Wahl am 22. Juli kandidieren. Das macht nichts. Wir sind ohnehin nicht auf Ämter und Stellungen aus. Am 22. Juli werden wir Dutzende von Orhan Doğans, Leyla Zanas, Hatip Dicles und Selim Sadaks ins Parlament schicken. Bis heute haben wir auf Befehl des Volkes gehandelt. Wir werden Euch weiter dienen. […]

1992 kam Süleyman Demirel und sagte, er erkenne die kurdische Realität an. Çiller sprach vom baskischen Modell, Yılmaz sagte, der Weg in die EU führe über Diyarbakır, Erdoğan meinte, das kurdische Problem sei sein Problem. […] Aber hat einer von ihnen die kurdische Frage gelöst? Meine Freunde, Tränen haben keine Farbe, aber die Farbe von Blut ist rot. Sowohl die sterbenden Soldaten als auch die in den Bergen sind unsere Geschwister. Das Blutvergießen muss gestoppt werden. Wir sind bereit, uns vor dem zu verbeugen, dem das gelingt. In letzter Zeit sind große Anstrengungen unternommen worden, um die kurdische Frage zu lösen. Aber die Generäle haben auch hier eingegriffen. Sie lassen es nicht zu, dass die kurdische Frage gelöst wird. Ich frage Euch, wird Deniz Baykal sie lösen? Dieses Land hat fünf Putsche erlebt. Dieses Land wurde von Linken, Rechten und solchen, die sich Moslems nennen, regiert. Nur die Kurden waren nicht an der Regierung. Jetzt, am 22. Juli, sind die Kurden an der Reihe. Jetzt ist die Zeit der Kurden gekommen. Ihr seid es, die diese Gesellschaft demokratisieren werdet. Die Kurden werden diesem Land Demokratie bringen. Am 22. Juli werden wir eine neue Türkei erschaffen. Das sind wir uns schuldig. Liebe Freunde, ich entschuldige mich dafür, dass ich Euch bis heute keinen Frieden geschaffen habe. Ich entschuldige mich im Namen meiner Freunde. Am 22. Juli werden wir vor allem ‚Frieden' sagen."

Im Herzen Botans begraben

Zehntausende machten sich am Tag der Beerdigung von Orhan Doğan auf den Weg nach Cizre, ins Herz Botans. Von Van aus fuhr ein Autokonvoi mit dem Leichnam des unermüdlichen Kämpfers für den Frieden nach Cizre. Alle militärischen Kontrollpunkte auf dem Weg waren dafür aufgehoben worden. In einem Park am Ufer des Tigris in Cizre war ein Trauerzelt aufgestellt, wo sich Zehntausende Menschen einfanden. Nachmittags wurden alle Geschäfte in der Stadt geschlossen. Die Polizei hielt sich auffällig zurück und beobachtete das Geschehen nur von Weitem. Für die von außerhalb kommenden Gäste wurden von der DTP Schlafplätze organisiert.

Die Trauernden warteten in brütender Hitze stundenlang auf das Eintreffen des aus Van kommenden Konvois. Reißenden Absatz fand dabei die kurdische Tageszeitung *Azadîya Welat*, die ein ganzseitiges Bild Orhan Doğans abgedruckt hatte. Die Straßen im Stadtzentrum blieben bis zum späten Abend für den Verkehr geschlossen.

Erst abends gegen 18.30 Uhr traf schließlich der Konvoi mit dem Leichnam, den Angehörigen Orhan Doğans, seinen Kampfgefährten Leyla Zana, Hatip Dicle und Selim Sadak sowie dem Oberbürgermeister von Diyarbakır, Osman Baydemir, ein. An der Gedenkveranstaltung, die mit einer Schweigeminute im Gedenken an diejenigen begann, die ihr Leben im Kampf für Demokratie verloren haben, beteiligten sich hunderttausend Menschen. Nach Reden von Leyla Zana und Orhan Doğans Tochter Ayşegül Doğan fand gegen 21 Uhr die Beerdigung auf dem Asrı-Friedhof in Cizre statt, wo sich auch die Grabstätte Mem-û-Zîn befindet. ♦



Auf den Straßen zeigten die Menschen ihre Trauer und Verbundenheit mit Orhan Doğan Fotos: DIHA

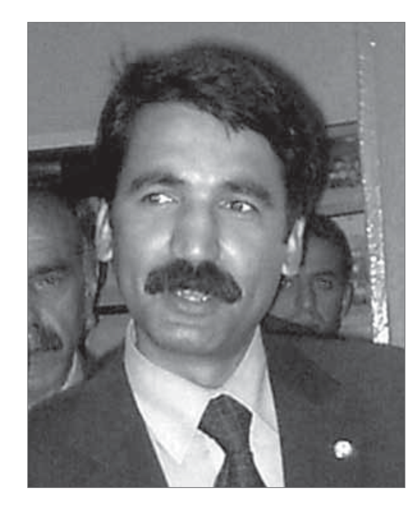
Das Antifolterkomitee des Europarats ist gefordert!

Was ist mit der Vergiftung von Abdullah Öcalan?

Interview mit Mahmut Şakar, Rechtsanwalt von Abdullah Öcalan

Am 1. März dieses Jahres erklärten Sie auf einer Pressekonferenz in Rom gemeinsam mit Ihrem Kollegen Irfan Dündar, dass Ihr Mandant Abdullah Öcalan vergiftet werde. Was war hierfür die Grundlage Ihrer Annahme? Sind Sie immer noch dieser Meinung?

Dass unser Mandant unter schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen leidet, ist nicht neu. Vielmehr hat sich sein Gesundheitszustand in den letzten drei Jahren aufgrund der schwierigen Haftsituation weiter verschärft. Seitdem sind wir mehrmals bei den zuständigen türkischen Behörden vorstellig geworden. Zwar wird unser Mandant regelmäßig ärztlich untersucht. Die Untersuchungen waren bisher jedoch nur oberflächlich. Obwohl die gesundheitlichen Beschwerden unseres Mandanten weiter zunahmen, behaupteten die staatlich beauftragten Ärzte stets, dass keine schwerwiegenden gesundheitlichen Probleme festzustellen seien. Die von unserem Mandanten beschriebenen Krankheitssymptome ließen uns jedoch immer mehr an den offiziellen Untersuchungsberichten zweifeln. Die Art dieser Symptome nährte die Annahme, dass die Ursachen für die gesundheitlichen Beschwerden unseres Mandanten nicht nur bei den außerordentlich schweren Haftbedingungen auf Imralı zu suchen seien. Deshalb forderten wir als Rechtsanwälte immer wieder eine Untersuchung unseres Mandanten durch eine unabhängige Ärztedelegation, um den tatsächlichen Gesundheitszustand von Herrn Öcalan festzustellen. Letztendlich ergab sich die Möglichkeit, eine Haarprobe unseres Mandanten aus dem Gefängnis zu schmuggeln. Diese wurde von einem der weltweit renommiertesten toxikologischen Institute untersucht. Die dabei festgestellten stark erhöhten Werte von Strontium und Chrom lassen demnach auf eine chronische Vergiftung unseres Mandanten schließen, welche mit natürlichen Ursachen nicht zu erklären ist. Das sind keine Hirngespinste irgendwelcher Anwälte. Das sind wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse. Diese wurden jedoch bisher nicht widerlegt. Aus diesem Grund stehen wir auch weiterhin zu der Annahme einer chronischen Vergiftung unseres Mandanten.



Mahmut Şakar Foto: ANF

Zahlreiche Spekulationen wurden darüber angestellt, wie es möglich war, dass aus einem modernen Hochsicherheitsgefängnis wie dem von Imralı eine Haarprobe herausgeschmuggelt werden konnte. Können Sie darüber etwas sagen?

Ich kenne die Bedingungen auf der Gefängnisinsel ziemlich gut. Ich gehöre zu den Rechtsanwälten, die Herrn Öcalan seit seiner Verschleppung 1999 regelmäßig auf Imralı besuchen konnten. Es ist richtig, dass außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen auf Imralı vorherrschen. Es gibt in der Türkei kein vergleichbares Gefängnis. Doch jedes noch so ausgetüftelte Überwachungssystem hat eine Lücke. Es ergab sich eine Möglichkeit. Sie wurde genutzt. Letztendlich ist eine Haarprobe sehr klein. Wie das gelang, ist erstmal weniger von Belang. Vielmehr ist das Ergebnis wichtig. Und das ist alarmierend. Die Türkei ist nicht mit einem europäischen Land zu vergleichen. Würden wir öffentlich erklären, wie die Haarprobe aus Imralı herausgelangen konnte, würde dies staatliche Verfolgung für diejenigen nach sich ziehen, die einen Beitrag dazu geleistet haben. Die Anklagen gegen mich und Irfan Dündar, die nach der Pressekonferenz in Rom angestrengt wurden, sind nur ein Beispiel. Unser einziges Vergehen ist die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse. Da wir als Rechtsanwälte ausreichend Erfahrung mit staatlicher Repression besitzen, haben wir von einer genaueren Erklärung der Umstände des Transports der Haarprobe abgesehen. Wir sind jedoch gern bereit, uns dazu vor einer internationalen Rechtsinstanz, wie dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, zu erklären. Dies haben wir auch auf der Pressekonferenz in Rom gesagt. Deshalb besteht für uns auch kein Anlass zu Spekulationen. Das haben wir auch mit dem Komitee des Europarats zur Prävention von Folter und inhumaner Behandlung (CPT) so besprochen, an das wir uns in dieser Angelegenheit

gewandt hatten. Dessen Vertreter zeigten für unsere Vorgehensweise Verständnis. Erst jetzt sehen wir die Möglichkeit gegeben, ihnen den Ablauf soweit als möglich zur erklären. Solange wir von den zuständigen türkischen Stellen keine Straffreiheit zugesichert bekommen, werden wir das nicht öffentlich tun.

Einerseits sprechen die von Ihnen auf der Pressekonferenz vorgelegten Untersuchungsergebnisse für eine chronische Vergiftung Ihres Mandanten. Andererseits äußerte sich Ihr Mandant in der kurdischen Presse beschwichtigend zu seinem Gesundheitszustand. Wie können Sie sich diesen Widerspruch erklären?

Seit der Pressekonferenz in Rom konnte ich nicht mehr mit meinem Mandanten zusammentreffen. Ich bin jedoch über sämtliche Details der Anwaltsgespräche informiert, welche meine Kollegen mit Herrn Öcalan führen. Zu den Spekulationen um seine Haarprobe hat er sich bisher nicht geäußert. Erst kurz vor der Pressekonferenz in Rom wurde Herr Öcalan über die Untersuchungsergebnisse unterrichtet. Herr Öcalan ist bekanntermaßen nicht nur Privatmann. Als einer der herausragenden politischen Repräsentanten des kurdischen Volkes hat seine Meinung im Mittleren Osten auch heute noch Gewicht. Seine Äußerungen sind deshalb als die eines Politikers zu verstehen. Er hielt sich nicht lange mit der Tatsache seiner Vergiftung auf, sondern interessierte sich vielmehr für die Umstände. Seine Überlegungen konzentrierten sich eher auf eine eventuelle Verwicklung staatlicher Stellen oder anderweitiger internationaler Kräfte. Seine Aufmerksamkeit galt den politischen Gründen und Absichten bzw. wem eine derartige Intervention nützen könnte. Zur medizinischen Dimension oder zu technischen Details äußerte er sich nicht. Keine seiner Äußerungen hat denen seiner Anwälte widersprochen. Deshalb sehe ich auch keinen Widerspruch gegeben.

Mittlerweile hat eine Delegation des Antifolterkomitees des Europarats (CPT) Ihren Mandanten auf Imralı besucht. Eine Haarprobe soll demnach von Ihrem Mandanten entnommen worden sein. Öffentlich hält sich jedoch das Antifolterkomitee bedeckt. Wissen Sie Näheres über das Ergebnis?

Dies hat auch unser Mandant in einem Anwaltsgespräch bestätigt. Demzufolge hielt sich die Delegation des CPT zwei Tage auf der Gefängnisinsel Imralı auf. In dieser Zeit trafen die Delegationsmitglieder mehrmals mit Herrn Öcalan zusammen. Dabei kamen seine Gesundheitsprobleme, die Vergiftung und seine Isolationshaftbedingungen zur Sprache. Auch eine Haarprobe wurde entnommen. Nach diesem Besuch sind wir erneut mit dem CPT zusammengetroffen. Über die genauen Ergebnisse wurde uns bei dem Zusammentreffen keine Auskunft erteilt. Das ist nichts Ungewöhnliches, da das CPT prinzipiell keine öffentliche Auskunft über seine Untersuchungen erteilt. Das CPT ist nicht zur Auskunft verpflichtet. Untersuchungsergebnisse werden ausschließlich mit den betreffenden Staaten diskutiert und eventuelle Verbesserungsvorschläge erörtert. Mit der Erlaubnis dieser Staaten können jedoch Untersuchungsberichte veröffentlicht werden. So wie dies nach den vorherigen Besuchen des CPT auf Imralı geschehen ist. Mit einer Veröffentlichung des Berichts kann jedoch erst nach Monaten gerechnet werden. Das hat uns das CPT noch einmal so bestätigt. Demzufolge wissen wir immer noch nichts Genaueres über das Ergebnis.

Annähernd sechs Monate sind seit Ihrer Pressekonferenz in Rom vergangen. Von der Vergiftung Ihres Mandanten ist heute nicht mehr die Rede. Selbst in der kurdischen Presse, die anfangs täglich berichtete, ist dies kein Thema mehr. Wie ist nun die aktuelle Gesundheitssituation Ihres Mandanten?

Unsere Erklärung bei der Pressekonferenz sorgte für eine gewisse Aufregung, insbesondere bei den Kurden. Mit friedlichen Mitteln brachten sie ihren Protest zum Ausdruck. Sie organisierten Hungerstreiks und besuchten Parteien, Organisationen und Verbände. Zentrale Forderung war die Entsendung einer Delegation des CPT nach Imralı, die den Sachverhalt dort untersuchen sollte. Nach dem Besuch des CPT auf Imralı wurden diese Aktivitäten weitgehend eingestellt. Dies hängt meiner Meinung nach mit dem kritischen Vertrauen der Kurden in das CPT zusammen, das ja eine dem Europarat angehörige Institution ist. Demnach gehen die meisten Kurden erst einmal davon aus, dass das CPT die Angelegenheit weiterhin verfolgt. Dennoch erwarten sie Ergebnisse. Insbesondere erwarten sie eine Veröffentlichung des letzten Untersuchungsberichtes. Dies konnte ich in zahlreichen Gesprächen feststellen. Viele wollen wissen, ob eine Behandlung von Herrn Öcalan angestrengt wird bzw. angedacht ist. In Anbetracht der bekannten Vorgehensweise des CPT befürchte ich jedoch, dass die momentan abwartende Grundstimmung umschlägt, wenn die Ergebnisse des Besuchs auf Imralı erst Monate später bekannt werden. Dem CPT ist es durchaus möglich, außerhalb der normalen Geschäftsordnung zu verfahren, wenn außerordentliche Begebenheiten vorliegen. Meiner Meinung nach sind diese gegeben. Wir als Rechtsanwälte werden natürlich weiterhin mit dem CPT zusammentreffen. Außerdem denken wir darüber nach, unsere Bedenken auch dem Generalsekretär der Parlamentarischen Vollversammlung des Europarats zu übermitteln. Wir hoffen, dass sich eine Lösung im Sinne unseres Mandanten finden lässt, bei der das CPT nicht gegen seine Geschäftsordnung verstößt. Was den aktuellen Gesundheitszustand meines Mandanten anbelangt, lässt sich keine Veränderung feststellen. Erst am 8. August sprach Herr Öcalan in einem Mandantengespräch detailliert über seine gesundheitlichen Beschwerden. Demnach besteht weiterhin Anlass zur Sorge. Nach eigenem Bekunden wisse er nicht, wie lange er noch ein solches Leben weiterführen könne. Der psychische Zustand unseres Mandanten ist stabil und gut. Die Physis ist es, die ihm zu schaffen macht. Deshalb bedarf es einer schnellen Lösung. ♦

Das Interview führte John Tobisch-Haupt, Internationale Initiative

Erneute Bunkerstrafe für Öcalan und noch kein Bericht des CPT

Die Kurden brauchen eine prinzipienfeste Politik

Auszüge aus den Gesprächen der Anwälte mit Abdullah Öcalan

Zum fünften Mal wurde als „Disziplinarmaßnahme" eine Bunkerstrafe gegen Abdullah Öcalan verhängt, die seine Totalisolation nochmals verschärft. Als Begründung für diese willkürlichen Strafen müssen jedes Mal aufgezeichnete Äußerungen während der anwaltlichen Konsultationen herhalten. Da ein Strafvollzugsrichter diese Strafen verhängt, wird eine strafrechtliche Relevanz der Aussagen überhaupt nicht geprüft, Einsprüche sind allenfalls im Nachhinein möglich, da das Anwaltsteam vorab nicht informiert wird. Es handelt sich also um eine Demonstration krasser Behördenwillkür. Auch Briefe werden derzeit praktisch nicht ausgehändigt, Zeitungen mit wochen- bis monatelanger Verzögerung.
Unterdessen klagte Öcalan über eine Verschlechterung seiner gesundheitlichen Situation, besonders seiner Atemwegsbeschwerden. Der Bericht des Europäischen Antifolterkomitees CPT über die Vergiftung des kurdischen Politikers wird noch immer unter Verschluss gehalten. In den Monaten Juli und August kam es dreimal zu Konsultationen mit den VerteidigerInnen. Wir veröffentlichen Auszüge aus den Gesprächen.

Wahlkampf um die Hinrichtung Öcalans

In Wahlkampfdiskussionen hatten sich AKP und MHP gegenseitig vorgeworfen, Öcalan nicht gehängt zu haben, Faschistenführer Bahçeli hatte gar einen Galgenstrick in eine johlende Menge geworfen und die Wiedereinführung der Todesstrafe speziell für Öcalan gefordert. Öcalan forderte die Politiker auf, sich lieber um die Lösung der Probleme des Landes zu kümmern:

„Sie machen Politik mit meiner Hinrichtung und drohen um die Wette, mich zu hängen. Bahçeli, Baykal, Erdoğan und all die anderen. Sie wissen nicht, was sie tun. Weil sie genau wissen, dass sie die Probleme der Türkei nicht lösen werden, versuchen sie, aus meiner Situation Profit zu schlagen. Das sind kranke Leute. Die Türkei nicht demokratisieren, die Wirtschaft nicht sanieren, hundert Milliarden Dollar in den Krieg stecken, die Probleme der Türkei nicht lösen, aber auf meinem Rücken Politik machen – das ist schon böswillig. So etwas nützt niemandem. Alle diese Politiker haben den Kurden nichts gebracht, nicht einmal minimale kulturelle Rechte. Außerdem, ich fürchte mich nicht vor einer Hinrichtung, nur wird das kein Problem lösen."

Deutliche Kritik Öcalans am Handschlag zwischen Türk und Bahçeli

Bei der Parlamentseröffnung schüttelten Devlet Bahçeli, Führer der faschistischen MHP, und Ahmet Türk, Co-Vorsitzender der DTP, einander die Hände. Öcalan kritisierte daraufhin die Haltung der DTP und fragte nach der Grundlage dieses Verhaltens:

„Die DTP scheint das Wahlergebnis überhaupt nicht zu analysieren. Mir wäre es nicht im Traum eingefallen, dass sie im Parlament mit der MHP Hände schütteln. Ich finde das äußerst merkwürdig. Eine derart beliebige Politik ist nicht richtig. Entscheidend ist doch, ob das Händeschütteln an dem Punkt stattfindet, wo die Existenz und die Rechte der Kurden anerkannt werden. Was sind die Ansichten Bahçelis zu den Kurden? Wie sieht sein Nationalismusbegriff aus? Das weiß ich nicht. Ziya Gökalp[1] sagt: 'Der Türke kann nicht ohne den Kurden, der Kurde nicht ohne den Türken sein.' Er wollte keine Abspaltung der Kurden. Er formulierte: 'Die Probleme des Kurden sind die des Türken, die Probleme der Türken sind die der Kurden.' Nihal Atsız[2] war ein großer Kulturnationalist und hat die Hälfte seines 80-jährigen Lebens im Gefängnis verbracht. Bahçeli kehrt eher den politischen Nationalismus heraus. Darin mag er sich ein wenig von Alpaslan Türkeş unterscheiden, aber was genau ist sein Nationalismusbegriff? Was ist der Unterschied zwischen ihm und Gökalp oder zwischen ihm und Atsız? Das ist mir nicht klar, aber das muss man zunächst wissen. Solange man das nicht weiß, kann man nicht nur um des Symbolismus willen Hände schütteln. Wenn man es dennoch tut, verkommt die Politik zur Posse. Akzeptiert Bahçeli die Existenz und die Rechte der Kurden? Wenn er das tut, dann kann man die Beziehungen zu ihm entwickeln. Sonst gibt man nur seine Prinzipien auf. Politik darf aber nicht prinzipienlos sein. Besonders die Kurden brauchen eine prinzipien-

feste Politik. Die Kurden brauchen ein ernsthaftes politisches Programm, das vor allem. Wenn man sagt, wir können auch mal zusammen Fußball spielen gehen, was ist denn das für eine Politik? Wie kann man ohne einen Parteitagsbeschluss so reden? Gibt es einen Parteitagsbeschluss? Politik wird zuerst auf einem Parteitag beschlossen und dann umgesetzt. Wie kann es sein, dass [*der gewählte Abgeordnete und DTP-Politiker*] Sırrı Sakık im Namen aller redet? Ich habe nichts gegen Sırrı Sakık, damit es da kein Missverständnis gibt, aber es ist nicht richtig, dass er so auf eigene Faust Politik macht. Ich nehme ihn dabei nur als Beispiel."

Nationale Front von PKK, KDP und PUK?

Öcalan warnte vor den Konsequenzen, die eine kurdenfeindliche Politik der Türkei haben könnte:

„Die Türkei wird versuchen, einen Keil zwischen PKK und KDP zu treiben. Doch PKK und KDP lassen sich nicht so auseinander treiben. Die PKK wird gemeinsam mit KDP und PUK den Gedanken einer nationalen Front vorantreiben. Auch PUK und KDP werden die PKK nicht einfach so aufgeben. Das ist es, was die Türkei verstehen muss. Wenn sie die PKK in das demokratische System integrieren will, dann muss der Staat die Kurden anerkennen. Dann werde ich auch behilflich sein. Wenn sie aber die Kurden nicht anerkennen, ihnen ihre Rechte nicht zugestehen, dann wird die PKK Widerstand leisten. Wenn es zum Krieg kommt, hat die PKK drei Optionen: erstens sich der von Talabani vorangetriebenen kurdisch-schiitischen Allianz zuzuwenden. Zweitens sich mit Barzani der Allianz mit den USA und Israel anzuschließen. Drittens kann sie unabhängig bleiben. Das müssen sie selbst entscheiden."

„Der Generalstab jammert: 'USA und EU haben uns alleingelassen.' Natürlich lassen die sie allein. Die Kurden sind mit ihrer Sache im Recht. Wenn sich eine kurdisch-schiitische Allianz entwickelt, dann steht die Türkei gänzlich allein da. Barsani hat gute Beziehungen zu den USA und zu Israel. Talabani hat Beziehungen zum Iran, zu Syrien, China und sogar Russland. Die Türkei isoliert sich im Mittleren Osten. Bald können sie nur noch von den Saudis Hilfe erwarten, und wozu sollte die gut sein? Die kurdisch-schiitische Allianz sollte ausgebaut werden. Das ist wichtig. Man kann den Dialog mit dem Iran ausbauen. Talabani mit seinen guten Beziehungen zum Iran kann dafür die Tür aufstoßen. In diesem Punkt sollte man mit Talabani in einen Dialog eintreten."

Öcalan ließ jedoch keinen Zweifel daran, dass für ihn das Projekt einer demokratischen Republik Türkei absolute Priorität hat:

„Ich vertrete die Idee einer demokratischen Republik als Lösung des Problems. Die demokratische Republik ist ein Projekt, ein großes Projekt. Es ist ein Projekt, von dem sowohl der Staat als auch die Kurden profitieren, ja sogar die anderen Völker des Mittleren Ostens. Die CHP und die MHP vertreten einen starren Nationalstaatsbegriff. Diese Haltung führt die Türkei in die Katastrophe. Auch die Armee stützt diese Position. Das heißt jedoch nicht, dass die gesamte Armee aus Putschisten besteht. Auch innerhalb der Armee gibt es abweichende Meinungen. Es gibt sogar solche, die wie ich denken. Vor der Wahl gab es eine ernsthafte Chance, dass diese Haltung in der Gestalt von CHP, MHP und Armee an die Macht kommen würde. Mustafa Kemal war Republikaner, der von der Philosophie der Aufklärung inspiriert war. Aber die CHP ist nicht kemalistisch. Eigentlich ist vom Kemalismus in der Türkei nicht mehr viel übrig. 1926 verübten Mitglieder der 'Partei für Einheit und Fortschritt'[3] ein Attentat auf Mustafa Kemal. Dabei wurde er verwundet. Heute ist es sozusagen Deniz Baykal, der ein Attentat auf Mustafa Kemal verübt. Seit den 60er Jahren hat sich der Kemalismus abgenutzt. Der Putsch vom 27. Mai 1960 war der letzte Versuch, den Kemalismus zu retten. Seitdem geht es mit dem Kemalismus bergab, an seine Stelle wurde der Nationalismus, eine Mischung aus Türkentum und Islam, gesetzt. In der kommenden Periode wird man versuchen, den Kemalismus ganz abzuschaffen."

Orhan Doğans Kampf für Frieden und Demokratie

Den verstorbenen ehemaligen DEP-Abgeordneten Orhan Doğan, der nach seiner Freilassung 2004 mehrmals mit unkonventionellen Vorschlägen zur Lösung der kurdischen Frage Aufmerksamkeit erregt hatte, würdigte Öcalan so:

„Orhan Doğan ist ein Märtyrer im Kampf um Frieden und Demokratie. Er hat sich intensiv für Frieden eingesetzt und dabei immer versucht, aufrichtig zu sein. Er hat auch meine Äußerungen verfolgt und seine Beobachtungen und Meinungen dazu geäußert. Ich habe Orhan Doğan gut gekannt. Trotz einer gewissen Sentimentalität war er ein guter Politiker, sowohl in der Theorie als auch in der Praxis. Er hätte besser auf seine Gesundheit achtgeben sollen. Es kommt nun darauf an, ihn zu verstehen und seinen Kampf für Frieden und Demokratie fortzusetzen."

Projekt für eine Lösung?

„Wenn es nach der Wahl nicht zu einer Lösung der kurdischen Frage kommt, sondern der Krieg ausgeweitet wird, dann wird die Türkei dadurch verlieren und die Kurden werden gewinnen. Die Kurden sind nicht mehr dieselben Kurden wie früher, sie haben jetzt eine eigene Stärke. Aber ich will keinen Krieg. Wir können es schaffen, die Probleme auf demokratischem Wege zu lösen. Özal wollte eine Lösung der kurdischen Frage in Angriff nehmen, doch er wurde daran gehindert. Wer alle Wege zu einer Lösung verbaut, wie kann der auf die Zukunft hoffen? Doch ich glaube, es gibt auch ein Projekt zur Lösung. Denn kann man immer Krieg führen, überall den Krieg eskalieren?" ♦

Anmerkungen:

(1) Der Kurde Ziya Gökalp war einer der bedeutenden Theoretiker des türkischen Nationalismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

(2) Bedeutender faschistischer und rassistischer Ideologe (1905-1975).

(3) „Ittihad ve Terraki", nationalistische Partei, der Mustafa Kemal ehemals angehört hatte.

KCK – Das System der *Vereinigten Gemeinschaften Kurdistan* im Mittleren Osten

Menschen sind in der Lage, ihre Organisierung selbst zu schaffen

Nilüfer Koç, stellvertretende Vorsitzende des Kongra Gel

„Ich bewerte die Jahre um 2000 als die Jahre des demokratischen Konföderalismus", sagt Abdullah Öcalan. Ein Mann, der aufgrund seiner Ideen seit mehr als acht Jahren in einer Isolationszelle bestraft wird. Ein Mann, der unter grausamer täglicher Isolationsfolter für die Freiheit seines Volkes lebt. Er ist aber die Hoffnung für Millionen von Kurden. Ein Mann, der aus Verantwortung gegenüber seinem Volk Widerstand leistet gegen die täglichen Qualen der Folterzentrale Imralı, wo kein Recht herrscht, sondern die Willkür, der Hass, die Bestrafung. Ein Mann, der von denen gehasst wird, aus deren Händen er die historische kurdische Karte riss. Ein Mann, der jede winzige Gelegenheit für die Freiheit nicht ungenutzt lässt. Dieser Mann motivierte nicht nur ein Volk, dem der systematische Tod in Türkei, Iran, Irak und Syrien sicher war, für den Kampf und für ein würdiges, d. h. freies Leben, sondern Abdullah Öcalan stellte die 85-jährige ideologische Lüge des Kemalismus, mit deren Hilfe sich Armee, Bürokratie und Elite seit dem Tode Atatürks ein angenehmes, mit Macht ausgestattetes Leben erlauben, auf den Kopf. Der Drill in der Armee („Atatürk, unser Vater"), die tägliche Lüge in den Schulen („wie stolz der, der sagen kann, er sei Türke") sind heute fragwürdig geworden. Es ist eine Frage der Zeit, wann die Menschen in der Türkei gegen diejenigen demonstrieren, die jahrelang Mustafa Kemal Atatürk einseitig und zum Zwecke der Unterdrückung anderer eingesetzt haben.

Abdullah Öcalan stellte nach dem Jahr 2000 mit seiner Kemalismus-Analyse das staatliche Fundament der Türkei in Frage. In seinem Kontrahenten nicht immer das Böse sehen, sondern in der Lage sein, ihn objektiv und vorurteilsfrei beurteilen zu können, ist Öcalans Devise. So wurde die PKK mit einer neuen Methodik konfrontiert. Mit der Kritik an Mustafa Kemal Atatürk, dem türkischen Republikgründer, erreicht Öcalan eine völlig neue Dimension seiner bisherigen wissenschaftlichen Methodik. Die Geschichte in ihrer Ganzheit und unter Berücksichtigung ihrer damaligen Bedingungen betrachten und verstehen. Die Geschichte kann nicht nur über den Kopf verstanden werden. Die dadurch geweckten Gefühle können ein passenderes und nachvollziehbareres Bild von einem historischen Ereignis oder einer historischen Persönlichkeit verschaffen.

Die kurdische Bewegung befindet sich seit 2000 in einer permanenten Umwälzungs- und Veränderungsphase. Ständig erleben wir in der Evolution die Revolution und in der Revolution die Evolution. Kein Tag vergeht, in dem aus der Grundidee Abdullah Öcalans, ausgehend von seinen Verteidigungsschriften, nicht neue Einsichten gewonnen werden. Fast jeden Monat werden in den Medya-Verteidigungsgebieten in den Bergen Kurdistans neue Bücher publiziert. Jede der einzelnen Arbeitsgruppen, Komitees, Kommissionen, Organisationen, politischen Parteien, praktischen Einheiten publiziert ihr eigenes Monatsmagazin. Alle bemühen sich zu verstehen, was der demokratische Konföderalismus für sie bedeutet. Von den Zeiten des Neolithikums bis hin zur kapitalistischen Globalisierung, Patriarchalismus/Matriarchalimus, die Relativitätstheorie von Einstein, die Religionen, Geschichtsetappen der Götter und Göttinnen in Mesopotamien, Kommunen und Dezentralisierung, der Weg der Geschichte von der Wiege der Zivilisation bis hin zum antiken Athen, Rom, heutigen Europa und den USA. Geschichte und Gegenwart der Parlamente, machtfreie politische und gesellschaftliche Organisierung, Organisierung der Staaten seit den Sumerern bis hin zu Europa, Asien, Afrika und Amerika. Die Kette der Themen, die hier unter die Lupe genommen werden, kann endlos aufgezählt werden. Wir befinden uns inmitten der kurdischen Renaissance. All das findet natürlich unter ganz paradoxen Bedingungen statt. Es ist doch die PKK, die ohnegleichen ist. 200 000 türkische Soldaten stehen für einen breiten Angriff an der Grenze parat. An manchen Tagen feuert der Iran seine Raketen ab. Bei Bombenalarm wird alles Tragbare mit zu den Schutzstätten genommen. Die kurdische Renaissance ist daher sehr flexibel und mobil. Das Studieren und Diskutieren geht in den Schutzzonen weiter, obwohl es draußen knallt. Für einen normalen Menschen mag dieses Bild verrückt aussehen. Kurdistan ist zu einem Ort der Paradoxie geworden. In Kurdistan wird nicht nur für ein praktisch freies Leben gekämpft, sondern für eine freie Gesellschaft in einem freien Land. Hier in Kurdistan ist die Lebensfreude genauso groß wie die Bereitschaft, sich seiner Sache mit Leib und Seele zu widmen. Ausgehend von einer Idee blühen tausende andere Ideen in den Bergen Kurdistans auf. Diese Idee ist aber nicht nur lokal. Eine lokale Idee soll zu einer globalen werden. Dies ist machbar. Zum einen über die modernen Telekommunikationsmöglichkeiten wie Radio, Internet, Fernsehen, Publikationen usw. Zum anderen über die kurdische Diaspora in Türkei, Iran, Irak, Syrien, Europa usw.

Die praktischen Organisierungsschritte dieser neuen Idee sind bereits getan. Es wird also nicht nur geschrieben und diskutiert. Organisierungsmodelle für den demokratischen Konföderalismus werden jedes Jahr zur praktischen und einfacheren Umsetzung beschlossen, entwickelt und verwirklicht. Das System der KCK (*Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans*) ist nicht nur eine Idee, es ist jetzt Realität. Jede Organisation und jeder freie Bürger innerhalb des KCK-Systems organisieren sich entsprechend der Leitidee und ihren spezifischen Bedürfnissen mit der Entwicklung eigener Strukturen: die Frauen, die Jugend, die Kurden aus dem Iran, dem Irak, Syrien, der Türkei, Künstler, Kriegsverletzte, politische Parteien, ideologische Parteien, soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser, Druckereien usw.

Demokratischer Konföderalismus

Der demokratische Konföderalismus ist im Grunde ein Versuch, einer modernen Demokratie einen geeigneten Mantel zu schneidern. Für die Realität der von vielen Kulturen, Völkern, Ethnien und von verschiedensten Einflüssen geprägten kurdischen Gesellschaft ist er ein geeignetes politisches Organisierungsmodell. Zudem kann dieser Entwurf auf den Mittleren Osten übertragen werden, da in dieser Region viele verschiedene Gesellschaften existieren. Weder die auf Nationalität oder religiösen Ideen basierenden Staaten noch die Staatsmodelle unter der Herrschaft einer Ethnie haben dem Mittleren Osten einen dauerhaften gesellschaftlichen Frieden beschert.

Historische und jüngste Untersuchungen konföderaler Modelle weisen darauf hin, dass sie im Kern einer Funktion des Staates folgen und daher nicht unbedingt demokratisch sein müssen. Beim demokratischen Konföderalismus ist das Hauptkriterium das demokratische Funktionieren der Strukturen. Es geht hier um eine Alternative zu Staatsgebilden oder um die Überwindung der hierarchisch geordneten Machtzentralisierung. In Staaten, egal welcher Art, liegt die Macht meistens in den Händen der herrschenden Klasse oder Elite. Im demokratischen Konföderalismus geht es um die Dezentralisierung der Macht auf höheren Ebenen. Da der demokratische Konföderalismus auf der kommunalen Selbstorganisierung der verschiedenen Gemeinschaften aufbaut, hat er zum Ziel, dass alle freien Bürger ihr Selbstbestimmungsrecht in die eigene Hand nehmen.

Hierbei ist es von Bedeutung, ob die Konföderation selbst auf demokratische Weise funktioniert oder nicht. Abdullah Öcalan erklärt seine Vorstellung vom demokratischen Konföderalismus so: „Demokratie ist die Selbstführung des Volkes, welches keinen Staat hat und gegen den Staat ist. Es steht in einem bestimmten Verhältnis zum Staat, doch darf es sich in diesen Strukturen nicht verleugnen und nicht damit verschmelzen. Die Grenzen zwischen dem Staat und der Demokratie stellen den Anfang der sensiblen politischen Probleme dar. Frieden und Stabilität können geschaf-



15.-August-Aktion der Jugendinitiative in Istanbul — Foto: DIHA

fen werden, wenn das Stadium erreicht ist, in dem weder der Staat die Demokratie noch die Demokratie den Staat ausgrenzt. Die Leugnung des jeweils anderen führt zum Krieg. Deshalb unterliegen viele, die die Demokratie als Verlängerung des Staates sehen, einer Fehleinschätzung." („*Bir halkı Savunmak*", *2004*)

Ich sage nicht, dass der Staat für den Aufbau des demokratischen Konföderalismus gestürzt werden soll. Auch führt es zu einer Niederlage, wenn die Intention die Zerstörung des Staates ist und an dessen Stelle ein anderer Typus aufgebaut werden soll. Lenin irrte in diesem Punkt. Denn er hatte den Staat aus linker Perspektive interpretiert. Deshalb sehen auch noch viele Linke oder Sozialisten den Staat als ein gesellschaftliches Lösungsmodell. Sowohl aus linker als auch aus rechter politischer Perspektive führen die Nationalstaaten zum Nationalismus. Beide Interpretationen treffen sich im Kern und basieren daher auf demselben Ursprung. Öcalan hierzu: „Die Aufgabe besteht folglich nicht im Sturz des Staates, denn wenn der Staat mit dem Volk einen Kompromiss sucht, so sollte das auch geschehen. Dies bedeutet aber nicht, dass dieses Volk den Staat will. Es geht ihm um den Schutz seines lokalen Umfeldes. Auf lokaler, d. h. kommunaler Ebene versucht es, seine Probleme aus eigener Kraft zu lösen." Deshalb wäre die Entwicklung von Modellen für die eigenständige Problemlösung auf kommunaler Gemeindeebene angebracht. Der Zusammenschluss der lokalen Kommunen und der anderen höheren Vertretungsorgane darf nicht mit dem Staat verschmelzen.

Im 21. Jahrhundert spielen die Staaten bei der Ordnung des gesellschaftlichen Lebens eine immer geringere Rolle. Die Menschen sind heute in der Lage, ihre eigene Organisierung und Ordnung selbst zu schaffen. Deshalb ist es auffällig, dass sich Gemeinschaften weltweit in vielen Bereichen auf lokaler Ebene außerhalb des Staates um die Lösung ihrer Probleme bemühen. Die Suche nach einer Alternative zum Staat hat deshalb längst begonnen.

In diesem Zusammenhang sind Parteien oder Organisationen, die letzten Endes eine Kopie der Funktion des Staates sind, keine Kraft für dauerhafte gesellschaftliche Stabilität und Frieden. Dies war der Grund, warum die PKK auf ihrem 8. Kongress 2002 aufgelöst wurde.

Die Tatsache, dass ein Volk aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen besteht, bringt auch die Notwendigkeit mit sich, sie alle als gleichberechtigt zu sehen. Gleichberechtigung oder das Individualrecht allein reicht nicht aus. Das kollektive Recht ist genauso von Bedeutung. Die Harmonie von individuellen und kollektiven Rechten ist wichtig.

Überwindung des Staates = Überwindung der Machtkonzentration

Der philosophische Kernpunkt der Idee des demokratischen Konföderalismus ist bei Öcalan durch die radikale Kritik der Macht entstanden. Für ihn sind der Aufbau der Demokratie und die Gesellschaftswerdung nicht verbunden mit dem Ziel des Machtstrebens. Suchten die Gesellschaften nach der Demokratie ohne Machtanspruch, dafür mit alternativen Strukturen, Organisierungsformen, würden sie ihr eigentliches Ziel erreichen. Denn überall, wo Macht herrscht, gibt es auch Widerstand und Aufstand gegen die Macht, überall auf der Welt. Doch existieren diese unabhängig voneinander und eigenständig. Deshalb plädiere ich dafür, dass sie zusammengebracht werden, um gemeinsam agieren zu können. Meine Vorstellung vom demokratischen Konföderalismus ist daher umfassend. Für mich bedeutet er die eigenständige demokratische Organisierung der Gesellschaft ohne Machtanspruch. Öcalan sieht das Zeitalter der Globalisierung daher als eine Chance für den Aufbau des demokratischen Konföderalismus. Hierbei stellt er fest, dass selbst der globale Kapitalismus für seine eigenen Expansionsinteressen um die Überwindung des Nationalstaats bemüht sei. Allerdings sei der Imperialismus bislang nicht in der Lage, eine Alternative zum Nationalstaat zu bieten. Deshalb vertiefe sich seine Systemkrise.

Auch bewertet Öcalan die durch die Wissenschaft und Technik des 21. Jahrhunderts schnell hervorgebrachten, vielfältigen Produkte als eine weitere Chance für seine Vorstellung. Die treibende Kraft des Lebens in diesem Jahrhundert sind Wissenschaft und Technik. Deren ständige Weiterentwicklung bringt radikale Veränderungen auf politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ebene mit sich. Vor allem die umfassende Entwicklung der Kommunikations- und Informationstechniken ermöglicht schnellen Zugang zu Informationen. Dies kann für die Entwicklung der Gesellschaften, aber auch der Individuen nützlich sein. Denn der Zugang zu Informationen und die Produkte der Wissenschaft lagen in den vergangenen Jahrhunderten in den Händen einer begrenzten Schicht. Den Völkern und Individuen wurden sie vorenthalten.

KCK, eine neue kurdische Alternative

Im März 2005 schlug Abdullah Öcalan den demokratischen Konföderalismus als eine neue Lösung sowohl für Kurdistan als auch für den Mittleren Osten vor. Seine Theorie gründete in dem reichen Erbe Mesopotamiens an kommunaler Organisierung. Die ursprüngliche kurdische Organisierung in Stammes- und Klanstrukturen bietet daher dem demokratischen Konföderalismus eine Möglichkeit. In Kurdistan kann man bei historischen Recherchen auf Konföderationen von Stammesstrukturen treffen. Externe Kräfte hatten selbst in Zeiten hegemonialer Machtansprüche keinen großen Zugang zur kurdischen Gesellschaft, da diese sich selbst auf lokaler Ebene organisierte und daher nicht auf die externen Staatsmächte angewiesen war. Beim aktuellen KCK-Modell geht es auch darum, diese Strukturen unter Berücksichtigung heutiger internationaler und nationaler Verhältnisse umzuwandeln und zu entwickeln.

Die KCK-Vereinbarung beinhaltet längerfristig die gesellschaftliche Selbstorganisierung bis zu dem Punkt, an dem der Staat überflüssig wird, d. h. bis Ankara, Bagdad, Damaskus und Teheran für die Kurden überflüssig werden.

Hierfür ist es daher nicht unbedingt erforderlich, mit dem heutigen Kampf den Sturz dieser Staaten zu bezwecken. Öcalan sieht die KCK zunächst für Kurdistan als das gegenwärtig richtige Modell. Es soll über seine Realisierung in Kurdistan hinaus auch übertragbar sein für alle Völker des Mittleren Ostens. Denn Kurdistan mit seinen vielen Bevölkerungsgruppen und Kulturen, Ethnien, Religionen ist ein kleines Modell der gesamten Region.

Die KCK ist kein Staatsmodell. Es ist eine demokratische Organisierungsform, in der alle entsprechend ihren Wünschen und Problemen selbst zu Wort und zum Handeln kommen. Die KCK als Projekt ist die Demokratisierung der Nationalstaaten. Die Demokratisierung soll trotz der Staaten verwirklicht werden. Vorgesehen ist der Aufbau von Tausenden von Vereinen, NGOs, Kommunen, Volksparlamenten in Kurdistan, lokal aufgebaut und in loser Struktur verbunden.

Politisch drängt die kurdische Frage aktuell auf eine Lösung, jedoch auf keine nationalistische und staatlich strukturierte. Stattdessen basiert sie auf dem Aufbau der demokratischen Nation.

Haupttriebkraft der KCK sind die Frauen

Im Zentrum der modernen Demokratie der KCK steht die Befreiung der Frauen. Dies sah Öcalan bereits ab den 90ern. In keinem System ist die Freiheit der Frauen so maßgebend wie in der PKK gewesen. In der Hinterfragung der Frauenunterdrückung entdeckte Öcalan die Entstehung und den Ursprung der Unterdrückungsgeschichte. Sie begann nicht mit der Klasse, sondern mit den Frauen in Mesopotamien mit dem Beginn der sumerischen Herrschaft. Das heißt, in dem Land, in dem wir Kurden heute leben. Das Maß der Freiheit der Frauen ist Gradmesser für die gesellschaftliche Freiheit. Auch im KCK-System ist die Frauenfreiheit Gradmesser, Katalysator und somit Fundament des demokratischen Konföderalismus. Aus diesem Grund hat die Befreiung der Frauen im 21. Jahrhundert eine viel größere Bedeutung als der nationale oder der Klassenkampf.

Hier heißt es, dass die Freiheit der Frauen die Garantie einer dauerhaften Demokratie sei. Denn die Frauen stellen in den gegenwärtig existierenden Systemen den schwächsten Punkt dar, da sie entsprechend der patriarchalen Ideologie als Ware vermarktet werden. Die Staatsideologien sind das Modell der patriarchalen Herrschaft. Wenn kein Kampf gegen die Ethik, Gesinnung und Kultur der patriarchalen Ideologie geführt wird, kann nicht von Demokratie und Freiheit gesprochen werden. Deshalb ist die Lösung der Geschlechterfrage von größter Bedeutung.

Von anderen Systemen unterscheidet sich das der KCK durch die Befreiungsrevolution, die die Herstellung des ökologischen Gleichgewichts zwischen Mensch, Tier und Natur beinhaltet.

Alle Organisationen und Bürger der KCK sind verpflichtet, die Geschlechterquote von 40 % umzusetzen. Bei vielen Organisationen ist die Zahl der Frauen höher als die der Männer. In der KCK organisiert die KJB (*Koma Jinên Bilind*) als die konföderale Organisation der Bürgerinnen diese in eigenen Frauenstrukturen.

Die KCK-Vereinbarung über das Verhältnis der einzelnen Gesellschaftsgruppen untereinander in gegenseitiger Verantwortung

Die KCK beruht auf der Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative. Ihre Vereinbarung regelt deren Grenzen und Zusammenarbeit, bis in die kleinsten Regionen Kurdistans.

Die Legislative stellt der Kongra Gel als das Volksparlament Kurdistans dar. Der Kongra Gel selbst besteht aus 300 Mitgliedern, gebildet nach dem Bevölkerungsproporz in den verschiedenen Teilen Kurdistans und der Diaspora. Das Parlament verrichtet seine Arbeiten mithilfe von sieben Kommissionen, die im Einzelnen durch Projektplanung die Probleme der Bevölkerung auf die Agenda des Parlaments setzen. Die Exekutive (der Exekutivrat) wird nach den Parlamentsbeschlüssen aufgefordert, diese umzusetzen. Ferner hat die Legislative die Arbeiten der Exekutive systematisch zu verfolgen und auf die Umsetzung von Beschlüssen und Jahresplanungen des Parlaments zu achten.

Auf dem letzten, dem V. Kongress des Kongra Gel im Mai entstand die KCK-Vereinbarung mit vielen neuen Artikeln. So wurde beschlossen, die Judikative zu entwickeln und darum Volksgericht, Verwaltungsgericht und als höchste Instanz das Hohe Gericht als eigenständige Organe zu bilden. Die Mitglieder aller drei Gerichte sollen aus den Bürgern der KCK und nicht aus dem Kongra Gel gewählt werden. Bis dahin funktionierte das Rechtssystem durch eine Verwaltungsinstanz, die kein Gericht war. Doch mit der Umsetzung der KCK-Strukturen in den vier Teilen Kurdistans ist das Recht zu einem unvermeidlichen Faktor geworden.

Der V. Kongress stellte die nationale Einheit auf demokratischer Basis als ein langfristiges Ziel fest. Dies ist sowohl für die Lösung der kurdischen Frage als auch für die internationale Politik von größter Bedeutung. Das Zusammenkommen sowohl der politischen Vertretung als auch der gesellschaftlichen Ebene an diesem Punkt dient der Stärkung der kurdischen Einheit. Sehr deutlich ist die Beschlussfassung des V. Kongresses, die kurdische Frage im politischen Dialog mit den betreffenden Staaten regeln zu wollen. Wenn diese die KCK akzeptieren und respektieren, so wird die KCK die Staatsgrenzen ebenfalls respektieren. Ist dies nicht der Fall und die Türkei, der Iran und Syrien pochen weiterhin auf die Gewalt, so wird sich die KCK vorbehalten, das Recht auf legitime Selbstverteidigung in Anspruch zu nehmen. ♦

Unsere bewaffnete Verteidigung ist keine freie Wahl, sondern eine Notwendigkeit

Die Mittel veränderten sich, aber nicht die Ziele

Fragen an Dr. Bahoz Erdal, HPG, Kommandant des Hauptquartiers zum Jahrestag des 15. August

Am 15. August 1984 nahmen die HRK mit einer militärischen Aktion den bewaffneten Kampf in Kurdistan auf. Können Sie uns die historischen Umstände für die Gründung der HRK und die Aufnahme des bewaffneten Kampfes erläutern?

Es ist wichtig, sich die Ausgangsbedingungen für den 15. August 1984 sowie die Faktoren, die die Kurden zu diesem historischen Vorstoß bewogen haben, vor Augen zu führen. Die Freiheits- und Demokratiebewegung des kurdischen Volkes entstand zu Zeiten, als das Verleugnungs- und Vernichtungssystem die Existenz der Kurden vollkommen negierte und alle Widerstandsbewegungen des kurdischen Volkes einer Vernichtung unterzog. Der türkische Staat setzte gegenüber der Freiheitstendenz des kurdischen Volkes, das von der PKK angeführt wurde, sofort seine traditionelle Verleugnungspolitik ein. Vom grenzenlosen Angriff der militärisch-faschistischen Diktatur des 12. September 1980 [*Militärputsch in der Türkei; A. d. Ü.*] war die gesamte Gesellschaft betroffen.

Der türkische Staat, der die führenden Kader, Sympathisanten und Anhänger der PKK in den Gefängnissen sammelte, übte unvorstellbare Gräueltaten aus, um die aufkeimenden Freiheitshoffnungen im Keim zu ersticken. In dem berüchtigten Gefängnis von Diyarbakır verloren führende Kader der PKK in Folge von Folter und anderen Grausamkeiten ihr Leben. Diese staatliche Unterdrückung machte die Organisierung des bewaffneten Kampfes in Form eines Guerillakampfes geradezu unumgänglich.

Hunderte Kader, die sich unter Führung des Vorsitzenden Abdullah Öcalan in den Mittleren Osten zurückgezogen hatten, bereiteten sich auf eine neue Kampfphase vor. Wie hoch das erlittene Leid, die erlebten Schwierigkeiten auch sein mochten, die Widerstandstradition der PKK offenbarte sich in den Gefängnissen und bewies ihre Unschlagbarkeit. Der bewaffnete Kampf wurde in dieser Tradition errichtet. Der 15. August war eine Antwort auf all die Angriffe. Die Gründung der HRK und ihre Gründungsdeklaration in Form einer Militäraktion sind anhand der genannten Gründe verständlich.

Das Guerillaleben und der Alltag haben sich in den letzten 23 Jahren sicherlich stark verändert. Welches sind die grundlegenden Veränderungen im Alltag und in der Ausbildung der Guerilla?

Seit 1984 hat nicht nur die Guerilla, sondern die gesamte Gesellschaft eine Veränderung erlebt. In erster Linie ist eine Realität des Widerstandes entstanden, in der sich die Menschen und die Gesellschaft gegen die Verleugnung und Vernichtung wehren, nicht kapitulieren, sondern sie kämpfend zurückdrängen.

Das Leben der Guerilla ist ein freies Leben. Sie ist organisiert im Rahmen der Verteidigung und Entwicklung der Freiheit. Organisiertes Leben ist natürlich ein zielorientiertes Leben. Folglich lebt die Guerilla gemäß ihren Zielen und gestaltet ihre Aktivitäten dem Kampf entsprechend. Das Leben einer Guerilla unter Kriegsbedingungen unterscheidet sich vom normalen gesellschaftlichen Leben.

Das Leben ist im Kern eigentlich eine Sache der Bildung. Sich allem mit der Sichtweise der Bildung zu nähern, die entstandenen Ergebnisse in der Praxis widerzuspiegeln und mit diesem Zirkel die Einheit von Theorie und Praxis zu verwirklichen, ist der Grundsatz des Guerillalebens. Folglich ist es bei dieser Lebensweise nur natürlich, dass alle Ereignisse und Fakten einer Analyse unterzogen, bewertet und auf das Leben reflektiert werden.

Die Prinzipien des Teilens und der Solidarität sowie die Gestaltung des Lebens nach Gleichheit rufen in der Sichtweise der Guerilla das Bedürfnis hervor, dies auch in die Gesellschaft zu tragen. Die Führungsrolle der Guerilla ist also auch im gesellschaftlichen Leben gegeben. Die Guerilla spielt im Leben eine mitreißende und befreiende Rolle mit ihrer vom ersten Tag bis heute anhaltenden Überzeugung, Entschlossenheit, Moral, Begeisterung und Hingabe.

Innerhalb der letzten 23 Jahre haben sich die Mittel verändert, aber nicht die Ziele. Ein Leben, ein der Freiheit gewidmetes Leben, findet seinen Ausdruck. Die Vielfalt, Bewusstheit und Organisierung des Lebens der Guerilla ist für die kurdische Gesellschaft Inspirationsquelle.

Mit der kurdischen Freiheitsbewegung wurde ein grundlegender emanzipatorischer Prozess in Gang gesetzt, der vor allem die traditionelle Frauenrolle in der kurdischen Gesellschaft veränderte. Wie wird dieser Prozess gefestigt und weiterentwickelt?

Der revolutionäre Wandel, den die kurdische Freiheitsbewegung im Rahmen der Frauenfrage hervorgebracht hat, wird inzwischen akzeptiert. Es ist offensichtlich, dass nur durch die Fortsetzung dieser Entwicklung ein Erfolg erzielt werden kann. Die Freiheitsbewegung der Frauen ist inzwischen in allen Lebensbereichen organisiert. Das Leben in der Guerilla stellt lediglich die fortgeschrittenste Ebene dar.

Die von unserem Vorsitzenden Apo verwirklichte Frauenrevolution ist im Kern eine Freiheitsrevolution. Die Feststellung, dass die Gesellschaft nur über die Befreiung der Frau befreit werden kann, fand in erster Linie bei den Frauen Resonanz und entwickelte sich zu einer unglaublichen Kraftquelle innerhalb der Kampfreihen. Es ist inzwischen üblich, dass Frauen in allen Bereichen des Lebens vertreten sind. Die Frauen verfügen inzwischen über ein eigenständiges organisiertes System. Alle Entwicklungen, die auf der ideologisch-politischen Ebene erlebt werden, werden in Organisierungsstrukturen vervollständigt. Ein freies Leben, das sich im Kampfmilieu herausbildet, dem Frauen ihre eigene Färbung geben, dessen Werte sie teilen, wird natürlich das traditionelle Leben zertrümmern. Genau das ist eingetreten.

Es ist eine Hauptaufgabe angesichts der Freiheitslinie der Frau, die noch weiter entwickelt, gestärkt und verbreitet werden muss, sich zu hinterfragen, sich von Eigenschaften von Herren und Knechten zu befreien und an ihrer Stelle eine gleichberechtigte und freiheitliche Linie anzunehmen. Diese Aufgabe gilt sowohl für alle Frauen als auch für alle Männer und wartet darauf, erfüllt zu werden.

Ihre Bewegung erklärte, der bewaffnete Kampf stehe nicht mehr zentral für die Strategie. Es hieß, die Probleme könnten mittels des bewaffneten Kampfes nicht gelöst werden, er könne lediglich eine Rolle spielen bei der Überwindung von Hindernissen oder entstandener Stagnation in der Friedensphase. In letzter Zeit sind erneut militärische Gefechte an der Tagesordnung. Wie können die Hindernisse mit Waffengewalt überwunden werden? Können Sie uns das an den letzten Entwicklungen verdeutlichen?

Unsere strategische Veränderungsphase, Probleme mit politisch-demokratischen Methoden anzugehen, sollte richtig verstanden werden. Hierzu gibt es falsches Verständnis und bewusste Manipulation.

Die Aneignung der politisch-demokratischen Lösungsstrategie steht im Verhältnis zur konkreten Analyse der konkreten Bedingungen. Als wir unsere Kampfstrategie für das 21. Jahrhundert entwickelten, haben wir erkannt, dass sie ohne legitime Selbstverteidigung nicht zu erreichen sein wird. Aus diesem Grunde haben wir unseren bewaffneten Kräften die Rolle der Verteidigungskräfte unserer Kampfstrategie zugewiesen.

Der türkische Staat, der auf der Verleugnung beharrt, hat alle unsere friedlich-demokratischen Bemühungen als Schwäche bewertet und seine Angriffe verstärkt. Die EU-Länder haben uns in die Liste „terroristischer Organisationen“ aufgenommen. Die friedlich-demokratischen Forderungen unseres Volkes wurden außer Acht gelassen und die Angriffe hier ebenfalls verstärkt. Diese Situation hält noch immer an. Als *Volksverteidigungskräfte* (HPG) haben wir unsere politisch-demokratische Lösungsstrategie nicht aufgegeben. Aber angesichts der anhaltenden Angriffe sind wir uns unserer Aufgabe bewusst, unser Volk und unsere Freiheitswerte zu verteidigen. Den bewaffneten Kampf führen wir mit der Perspektive der Verteidigung. Dieses Recht ist international auch legitimiert. Es handelt sich bei den Kräften, die unseren Widerstand als „terroristisch“ oder „separatistisch“ zu kriminalisieren versuchen, um diejenigen, die an der Verleugnungs- und Vernichtungslinie festhalten, und um Kräfte, die sie unterstützen.

Die türkische Armee führt Militäroperationen mit dem Ziel der Vernichtung durch, so lange, erklärt sie, bis kein einziger „Terrorist“ mehr übrig sei. Wie können wir unter diesen Umständen uns und unser Volk verteidigen? Vor diesem Hintergrund tritt der bewaffnete Kampf als ein legitimes Recht ein. Niemand kann von uns erwarten, dass wir uns ergeben und stillschweigend unsere Vernichtung hinnehmen. Wenn keine Grundlagen und Bedingungen für eine demokratisch-friedliche Lösung bestehen, müssen wir von unserem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch machen. Dies ist eine Entscheidung, zu der wir gezwungen werden. Dieses Recht auf Selbstverteidigung betrachten wir nicht



Dr. Bahoz Erdal, HPG, Kommandant des Hauptquartiers Foto: ANF

als taktischen Schritt. Der bewaffnete Kampf kann taktisch gesehen nur dann eine strategische Rolle spielen, wenn die politisch-demokratische Lösungsstrategie vollkommen ihre Gültigkeit verliert. Die Gebote eines Verteidigungskampfes werden von unserer Seite selbstverständlich erfüllt werden.

Ihre Bewegung unterbreitete auch, dass sie bereit sei, die Waffen niederzulegen, sobald bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Welche Hauptbedingungen sind das? Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die gegenwärtige Situation? Gibt es Perspektiven zur Beendigung des bewaffneten Kampfes?

Unser Vorsitzender rief des Öfteren dazu auf, die Waffen für immer zu begraben. Mit mehreren eingeleiteten einseitigen Waffenstillständen haben wir versucht, die Grundlage für eine friedlich-demokratische Lösung zu schaffen. Aber trotz unserer Waffenruhe hielten die Angriffe des Staates ununterbrochen an. Auch wenn wir einige legitime abschreckende Aktionen durchführten, so haben wir uns an die Selbstverteidigungslinie gehalten.

In erster Linie müsste der türkische Staat seine Operationen einstellen, alle seine Kräfte, die er nach Kurdistan verlagert hat, zurückziehen und mit unserem Vorsitzenden in einen Dialog treten. Das sind die Schritte, die mindestens getan werden müssen, damit eine Basis für eine Lösung überhaupt gegeben ist. Wir haben des Öfteren erklärt, dass wir die Haltung gegenüber unserem Vorsitzenden als Friedens- oder Kriegsgrund werten werden.

Für uns ist die Situation unseres Vorsitzenden das Wichtigste. Seine unmenschlichen Haftbedingungen sind bekannt. Die Freiheit unseres Vorsitzenden ist die Freiheit unseres Volkes. Es würde für eine politisch-demokratische Lösung eine positive Atmosphäre schaffen, wenn er als Gesprächspartner akzeptiert und der Dialog mit ihm aufgenommen werden würde.

Mit der Freiheit unseres Vorsitzenden ist es möglich, das System von Imralı zu zerschlagen und das Freiheits- und Gleichberechtigungssystem der Völker zu errichten. Es ist offensichtlich, dass wir, solange unser Vorsitzender nicht frei ist, unsere Waffen nicht abgeben werden. Des Weiteren müssen die national-demokratischen Forderungen unseres Volkes akzeptiert werden. Es ist klar, dass ein Zusammenleben nur auf der Grundlage von Freiheit und Gleichberechtigung möglich sein wird. Hierfür sind politische, soziale, kulturelle und ökonomische Veränderungen notwendig.

Abgesehen davon, dass es momentan keine Grundlage für das Niederlegen der Waffen gibt, leben wir gegenwärtig unter Kriegsbedingungen. Mit unserem letzten einseitigen Waffenstillstand haben wir zwar unsere Waffen ruhen lassen, aber der türkische Staat hat den Waffenstillstand nicht beantwortet. Die Militäroperationen haben ununterbrochen angehalten, so dass wir gezwungen sind, uns zu verteidigen. Wenn die gegenwärtige Politik fortgesetzt wird, werden wir einen umfassenden Widerstandskrieg führen müssen.

Die Bereitschaft, den bewaffneten Kampf einzustellen, hat unser Vorsitzender bekundet. Es liegt allein am türkischen Staat, ob es verwirklicht werden wird oder nicht. Unsere bewaffnete Verteidigung ist wie bereits gesagt keine freie Wahl, sondern eine Notwendigkeit.

Wenn Sie eine Bilanz der Jahre des bewaffneten Kampfes ziehen, welche positiven und negativen Auswirkungen hat er Ihrer Meinung nach für die kurdische Frage bzw. für das kurdische Volk?

Das kurdische Volk hat seine wertvollsten Kinder in diesem Kampf verloren. Ein bedeutender Widerstand wurde geleistet, der einen hohen Preis abverlangte. Die Freiheit wurde in der Realität von Zehntausenden Märtyrern geboren. Wäre dieser hohe Preis nicht gezahlt worden, würde heute niemand über die kurdische Frage sprechen. Vielleicht wäre das kurdische Volk inzwischen aus der Geschichte verschwunden.

Der 15. August ist daher ein historischer Wendepunkt, ein Datum, an dem das kurdische Volk seine Existenz herausschrie, an dem es sich entschloss, Widerstand zu leisten und zu siegen.

Die Errungenschaften der letzten 25 Jahre werden inzwischen von allen akzeptiert. Unser Volk ist nun kurz davor, auf dem Weg der Freiheit und Demokratie, der durch den 15. August eröffnet wurde, zum Sieg voranzuschreiten. Anlässlich des Jahrestages des 15. Augusts möchte ich unser Versprechen, dass wir siegen werden, in erster Line gegenüber unserem Vorsitzenden Abdullah Öcalan, der unsere Freiheitswerte personifiziert, gegenüber unseren Märtyrern, unserer Bevölkerung und den fortschrittlichen Menschen erneuern.

Wann und wie wird der Mittlere Osten sich aus dem Schatten der Waffen befreien?

Der Mittlere Osten ist ein Geburtsort und eine Wiege der Entwicklung der Menschheit. Heute steht er erneut vor dieser Mission. Es liegt an dieser Mission, dass er das Zentrum ist für Kriege, Auseinandersetzungen und Widersprüche. Kurdistan, die Mitte, sozusagen das Herz des Mittleren Ostens, nimmt seine Führungsrolle hierbei ein.

Wir werden die Stimme der Waffen so lange hören, bis das Modell des demokratischen Konföderalismus, als Freiheitssystem der Völker des Mittleren Ostens, errichtet sein wird. Die Völker des Mittleren Ostens, die jetzt unter dem Schatten der Waffen leben, werden mit ihren großen demokratischen Erhebungen den Weg für ein friedliches Zusammenleben der Menschen ebnen.

Wir tragen neben dem Stolz und der Ehre, aus dem Mittleren Osten zu stammen, auch seine Schwierigkeiten und werden dieser Region zu ihrer historischen Mission verhelfen. Der Freiheitskampf des kurdischen Volkes ist in diesem Sinne auch ein Kampf der Menschheit.

Er wird so lange anhalten, bis eine Welt errichtet worden ist, in der die Menschen in Freiheit zusammen leben. In dem Wissen, dass wir die Menschen der Völker im Mittleren Osten und speziell des kurdischen Volkes anführen, werden wir bis zum Sieg Widerstand leisten. ♦

22. Juli 2007

Die kommunale Arbeit der DTP, Teil 2

Bedeutende Entwicklungen für ein demokratisches Bewusstsein

Ercan Ayboğa

In diesem zweiten Teil möchte ich anhand von Beispielen näher bringen, was die DTP-Kommunen in den vergangenen Jahren im Bereich der Dienstleistungen und partizipativen Demokratie erreicht hat. Als 1999 von der HADEP, der Vorgängerpartei der DTP, die ersten Kommunen und Bürgermeisterämter eingenommen wurden, fehlte der HADEP-Zentrale in Ankara und den HADEP-Provinzverbänden ein konkretes politisches Konzept für ihre Arbeit. Aus den politisch-ideologischen Grundsätzen mussten die Schwierigkeiten der alltäglichen Politik der kommunalen Ebene gestaltet werden.

Im Gegensatz zu den anderen Systemparteien strebte die HADEP/DTP Aspekte wie Offenheit, bevölkerungsnahe Politik in den Kommunen und basisdemokratische Partizipation der Bevölkerung an Entwicklungen und Entscheidungen an. Auch zu wichtigen Themen wie Finanz- und Steuerpolitik, Schaffung von Arbeitsplätzen über Infrastruktur, Armutsbekämpfung, die vielen Straßenkinder bis hin zu der Entwicklung von Tourismuskonzepten mussten HADEP-Bürgermeister und Stadtabgeordnete noch konkrete Lösungen aus den grundsätzlichen Überzeugungen schaffen.

Finanzen: Planung und Handhabung

Aus dem ersten Einblick in die Gemeindefinanzen wurde deutlich, dass es notwendig war, die Differenz zwischen den höheren Ausgaben und den Einnahmen auszugleichen. Unter einem Großteil der MitarbeiterInnen – vor allem den AbteilungsleiterInnen – war der Einsatz öffentlicher Mittel für private Zwecke weit verbreitet, so z. B. die Nutzung des Telefons oder des Fuhrparks. Da die Korruption ab 1999 erheblich eingedämmt und die hohe Zahl des Personals etwas eingeschränkt wurde, konnten im Laufe der Jahre viele Schulden – wie in Verzug geratene Beiträge der Krankenversicherungen oder Elektrizitätsgesellschaften – abgezahlt werden. Leider ist es nicht allen DTP-Gemeinden gelungen, in dieser Weise den Schuldenberg abzubauen. Als Beispiel konnten der Senat in Diyarbakır und die Stadt Dersim ihre (Inlands-) Schulden bezahlen, hingegen dem Bezirk Yenişehir in Diyarbakır war dies bisher nicht möglich.

Transparenz und ein Bewusstsein über Budget und finanzielle Situation der Verwaltung war nicht gegeben. So wissen auch heute die meisten MitarbeiterInnen nicht, wie groß ihr Budget ist. Selbst BürgermeisterInnen bringen bei Gesprächen und Versammlungen ab und zu Zahlen durcheinander. Ein größeres Bewusstsein für die finanziellen Kapazitäten ermöglicht eine bessere Planung.

Die schwierigste Aufgabe für die DTP bleibt jedoch, für die kurdischen Gebiete neue Einnahmequellen zu schaffen.

Realisierte Arbeiten

Mit dem Wissen, dass die finanziellen Möglichkeiten nicht ausreichen, um die Armut ernsthaft zu beheben und die Arbeitslosigkeit nennenswert zu mindern, haben die von der DTP regierten Kommunen ihre Arbeit geplant und mit Projekten begonnen. So sind vor allem die großen und mittelgroßen Gemeinden bestrebt, Frauen in ihrer schwierigen gesellschaftlichen Lage zu unterstützen, das Kultur- und Kunstangebot zu erweitern, Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche und Familien zu schaffen, die städtische Infrastruktur auf ein Mindestmaß anzuheben, die Stadtreinigung zu verbessern, ein Tourismusangebot zu entwickeln etc.

Gerade Frauen fehlte es an AnsprechparterInnen für eine psychologische und soziale Unterstützung. Vor allem sind Strukturen notwendig, die Frauen bei drohender Gewalt, Todesgefahr, Ausschließung etc. unterstützen können. Deswegen planen viele Städte ideenreich Zentren, an die sich Frauen vertrauensvoll wenden können. Die Städte Diyarbakır, Batman, Nusaybin, Kızıltepe, Doğubeyazıt, Dersim und Van haben bereits einiges geschaffen.

In Diyarbakir wurde dreifach das Konzept eines Waschsalons für Frauen realisiert. Neben der Erfüllung der Aufgabe, die Wäsche zu waschen, können die Möglichkeiten der Alphabetisierung, verschiedener Fortbildungskurse, des Kennenlernens anderer Frauen und vor allem einer Frauenberatung an einem frauendominierten Ort wahrgenommen werden. So wird Frauen die mühsame Handarbeit erleichtert und sie werden als Personen nachhaltig gestärkt.

In Dersim wurde kürzlich eine Bäckerei eröffnet, in der nur Frauen arbeiten. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Beschäftigung von Frauen. In Doğubeyazıt und Kızıltepe werden Restaurants aufgebaut, die ausschließlich von Frauen bewirtschaftet werden. Leider erreichen die vorhandenen Einrichtungen oft nur einen kleinen Teil der Frauen, weshalb die Strukturen überdacht und erweitert werden müssen. Vor allem in kleinen und mehreren mittelgroßen von der DTP regierten Städten fehlen auch noch immer Fraueneinrichtungen. Es gilt hier schnell zu handeln. Eine basis- demokratische linke Bewegung kann langfristig nur erfolgreich sein, wenn sie sich ernsthaft theoretisch und praktisch der Frauenfrage annimmt.

Seit 2001 organisieren vor allem die DTP-regierten Kommunen mehrtägige und umfangreiche Kulturfestivals, welche es in der Form bisher nicht gab. Je nach Stadt und Charakter nehmen fast alle BewohnerInnen an den Festivals teil. Dies zeigt den großen „Hunger“ nach Kultur und Kunst. Sie entwickeln sich zu den wichtigsten Jahresereignissen und stoßen in der jeweiligen Stadt verschiedene kulturelle und künstlerische Aktivitäten an. Während in größeren Städten die künstlerischen Aspekte eher im Vordergrund stehen, so widmen sich die Festivals in kleineren Orten dem Thema Natur. Die Menschen in Beytüssebap (Provinz Şırnak) fahren an dem Tag der Veranstaltung hinaus auf eine Alm. Das Munzurfestival bringt Menschen aus Dersim, die verstreut in der Türkei und in Europa leben, für einige Tage zusammen. Heute organisieren alle DTP-Kommunen mit über 5000 BewohnerInnen Festivals - selbst kleine Orte wie Lice (Diyarbakır) und Beytüssebab (Şırnak), die durch den Krieg über ein Jahrzehnt von der Außenwelt fast abgeschnitten waren.

Die Bebauung der meisten Städte ist sehr eng und es gibt kaum noch öffentliche Flächen. Jedes noch so kleine freie Grundstück ist von den vorherigen Gemeindeverwaltungen verkauft worden. Deshalb ist es schwierig, die in den Städten dringend notwendigen Grün- und öffentlichen Flächen zu schaffen. Trotz der Bemühungen der vergangenen Jahre gibt es in kurdischen Städten weniger als zwei qm Grünfläche pro Kopf, der Vergleichswert des Weltstandards liegt zwischen sieben und zehn qm. Dennoch gelingt es einigen Kommunen doch, Grünflächen zu schaffen. So werden in der Innenstadt von Diyarbakır die ungenutzten betonisierten Flächen trotz der Lage zwischen oft acht- bis neunstöckigen Gebäuden zu kleinen grünen Oasen umgewandelt. Auch gibt es neuerdings Bestrebungen, am Rande der Stadt Grünanlagen zu schaffen, die von kurdischen Familien gerne zum Grillen oder für ein Picknick genutzt werden.

Weiter verfolgen alle großen und mittelgroßen DTP-Städte das Ziel, FußgängerInnenzonen zu konzipieren. Die erste 2001/02 geschaffene FußgängerInnenzone in Diyarbakir mit dem Namen „Sanat Sokak“ (Straße der Künstler) wurde ein Vorbild. Wenn sich hier auch kaum KünstlerInnen betätigen, hat diese Straße mit ihren vielen Cafés doch eine beachtliche positive Funktion für die Attraktivität der Innenstädte.

Einige Kommunen wie Dersim und Diyarbakır-Yenişehir haben sich in den vergangenen zwei bis drei Jahren die Gründung von Jugendzentren vorgenommen. Sie wären ein maßgeblicher Beitrag zum sinnvollen Freizeitangebot für Jugendliche und somit Vorbeugung gegen Jugendkriminalität. Diese Arbeit müsste eigentlich in jeder kleinen Stadt durchgeführt werden, denn die Zahl der jungen Menschen ist bekanntlich hoch und die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung niedrig und häufig zu teuer.

Ein weiteres grundlegendes Problem aller kurdischen Städte ist die Versorgung mit qualitativ gutem Trinkwasser. Der Zeitdruck für sinnvolle Lösungen in den wachsenden Städten ist enorm. Den früheren Gemeindeverwaltungen der 90er Jahre war die Bevölkerung gleichgültig. Sie haben ihre Verwaltungsaufgaben nicht wahrgenommen. Zunächst müssten neue und saubere Wasserquellen ausfindig gemacht und angeschlossen werden. Dann muss eine entsprechende Wasseraufbereitungsanlage gebaut und schließlich das Wasserversorgungsnetz in der Stadt erneuert werden.

Neben der Versorgung ist auch eine Überholung des Abwassersystems notwendig. Häufig werden die Flüsse oder – wie im Falle von Dersim und Dicle (Diyarbakır) – die vor der Stadt liegenden Stauseen weiter verschmutzt und damit die Krankheitsgefährdung der eigenen Bevölkerung durch verseuchtes Trinkwasser erhöht. Kleinstädte nehmen alternative und günstige Techniken in Anspruch – das Abwasser wird mit Hilfe eines Grabens aus der Stadt heraus und dort mit einfachen und natürlichen Methoden in die Erde geleitet, so dass kaum eine Belastung zustande kommt. Die Kleinstadt Lice folgte vor zwei Jahren den Erzählungen alter Menschen und konnte so in einem nahegelegenen Höhlenkomplex viel sauberes Trinkwasser finden. Allgemein befinden sich fast alle Städte noch im kostenaufwendigen Prozess der Erneuerung der Wasserversorgung und des Abwassersystems.

Ein weiteres wichtiges Problem für die Bevölkerung sind selten vorkommende (gut) asphaltierte Straßen. Wenn im Winter und Frühling viel Niederschlag fällt, verschlammen die schlecht befestigten Straßen sofort. Für eine schnelle und günstige Lösung sind einige Kommunen dazu übergegangen, selbst Pflastersteine herzustellen. Diese lassen sich leicht verlegen. So werden auch die Armenviertel der größeren Städte wie in Diyarbakır und Batman nicht durch langes Warten auf Asphaltierung strukturell benachteiligt.

Seit drei, vier Jahren bemühen sich die Städte mit Altstadt oder einem bedeutenden kulturellen Erbe, Grundsteine für die Entwicklung des Tourismus zu legen. Der künftige kulturelle Tourismus kann für sie eine bedeutende Einnahmequelle bilden. Auch deswegen hat Diyarbakır die meisten illegalen Bauten um die Stadtmauer 2003 einreißen lassen. Es hat eine spürbare Aufwertung der Altstadt mit sich gebracht. Ein lang gestreckter Park, der heute der ganzen Bevölkerung zugute kommt, wurde geschaffen. Dennoch fehlt es den Kommunen an einem wirklichen Gesamtkonzept und an Finanzquellen, um die

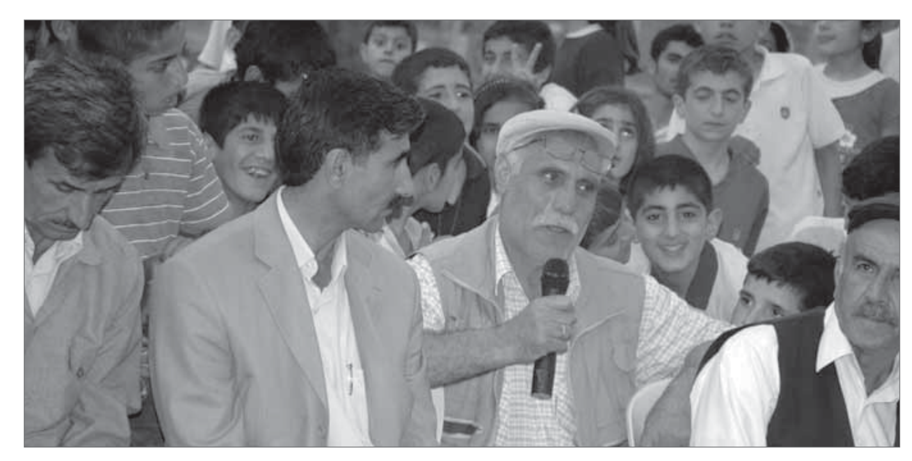
historische Bauten und ihre Umgebung zu restaurieren. Allerdings ist es schwierig zu begründen, warum Millionen für solche Bauprojekte investiert werden sollten, während ein Großteil der Bevölkerung an Hunger leidet.

Dienstleistung oder partizipative Kommune?

Wie wir aus den vorhergegangenen Schilderungen entnehmen können, versuchten die DTP-Kommunen mit eigenen Kapazitäten, die wichtigsten Probleme der Städte zu lösen. Zum Teil gelang es ihnen, ihre Aufgaben gut zu bewältigen. Wie oben erwähnt, sollte der eigentliche Unterschied der DTP zu anderen Parteien nicht nur in Dienstleistungen bestehen, sondern auch darin, eine partizipative Kommune zu entwickeln, d .h. die Bevölkerung mit in die Entscheidung und Umsetzung der kommunalen Arbeit einzubeziehen. In erster Linie soll die demokratische Beteiligung der Bevölkerung an den Diskussionen und Entscheidungen den Charakter der DTP ausmachen. Die Bevölkerung muss begreifen, dass die Gemeindeverwaltung durch ihren Auftrag existiert und in ihrem Auftrag arbeitet. Genau dieser Aspekt wurde leider sehr begrenzt weiter entwickelt.

Zwar gab es in dieser Richtung einige Versuche der DTP-Kommunen direkt nach der ersten Wahl 1999, doch fehlte es auch hier an einem Konzept zur Realisierung dieser politischen Überzeugung. So wurden Beispiele zur Umsetzung basis- demokratischer Beteiligungsstrukturen in anderen Ländern (wie in Porte Allegre in Brasilien) untersucht, doch flossen diese Erkenntnisse nicht in die Praxis ein. Die Stadt Doğubeyazıt beispielsweise hielt ihre Stadtparlamentssitzungen in großen Räumen ab, an denen bis zu 2000 Menschen teilnehmen konnten. Bald verlor sich das Interesse und die öffentlichen Sitzungen wurden wieder eingestellt.

Nach der Wahl 2004 starteten die Kommunen einen weiteren Versuch, den Kontakt zur Bevölkerung auszubauen und Möglichkeiten für eine stärkere Anteilnahme zu finden. Eine Variante ist die Organisierung von „Volksversammlungen“ mehrerer Kommunen zwei- bis dreimal im Jahr, auf denen die Gemeinderegierung (einschließlich Bürgermeister/in) mit der Bevölkerung in den verschiedenen Stadtteilen diskutiert. Eine weitere ist das Angebot mehrerer BürgermeisterInnen eines einmal pro Woche stattfindenden offenen Tages, zu dem jeder kommen und mitdiskutieren kann. Die Vorschläge der Menschen können so zumindest mit in die Arbeit einbezogen werden. Es ist jedoch keine langfristige Methode, um die Bevölkerung zu motivieren, sich noch stärker in die Kommunenarbeit einzubringen.



Volksversammlung in Amed / Diyarbakır Foto: DIHA

Mittelfristig müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass die Bevölkerung direkt mitentscheidet und nicht nur Vorschläge unterbreitet. Regelmäßige Abstimmungen in einem Stadtteil oder der gesamten Stadt wären ein Beispiel. Auch ein Bewusstsein für die Kontrollfunktion der Bevölkerung über die Arbeit der Gemeinde muss gefördert werden. Sogar die Abstimmung über eine Absetzung wegen schlechter Arbeit eines Bürgermeisters oder einer Bürgermeisterin sowie der Stadträte muss die Bevölkerung wahrnehmen können. Diese und andere Strukturen müssen aufgebaut werden, um eine wirkliche direkte Demokratie der Basis zu entwickeln.

Problematisch ist jedoch, dass KurdInnen aufgrund der jahrhundertelangen Unterdrückung gelernt haben, Problembearbeitung und gesellschaftliche Öffentlichkeit zu meiden. Diese Verhaltensstrukturen in ein demokratisches und tolerantes Bewusstsein umzuwandeln, ist keine leichte Aufgabe, obwohl bereits eine bedeutende Entwicklung zu einem demokratisches Bewusstsein der Bevölkerung durch den Einfluss der Freiheitsbewegung der vergangenen zwei Jahrzehnte stattgefunden hat. Aufgrund der vorherrschenden feudalen Denkweisen werden BürgermeisterInnen manchmal wie Halbgötter verehrt. Die Institution des BürgermeisterInnenamtes verkörpert für viele eine anziehende und unantastbare Macht. Trotz des Beschlusses für ein umfassendes Konzept für eine demokratische Kommune hat die DTP noch immer keine entwickelt. So fehlen auch den Gemeinden Ideen für Konzepte und strategische Vorgehensweisen. Die DTP analysiert nicht ausreichend die internationalen Erfahrungen. Ihre regionale Arbeit konzentriert sich darauf, dass praktische und grundlegende Probleme wie Wasserversorgung, Infrastruktur und Arbeitslosigkeit gelöst werden müssen. Dennoch schließen sich diese scheinbar gegensätzlichen Grundproblematiken nicht aus. Vielleicht könnten die genannten dringenden Probleme gerade mit einer wirklichen BürgerInnenbeteiligung und über direkte Demokratie effizienter und schneller überwunden werden.

Die DTP könnte zwei bis drei kleine Kommunen als Pilotprojekte auswählen, um die umfassende Umsetzung partizipativer Demokratie zu erproben. Auf diesen Erfahrungen aufbauend könnten neue Schlüsse gezogen werden. ♦

Diyarbakır: Zwanzigmal mehr Probleme als andere Städte

Der Oberbürgermeister von Diyarbakır, Osman Baydemir, im Gespräch mit Erdal Alıçpınar

Wie beginnen Sie Ihren Arbeitstag?

Als Oberbürgermeister hat man keine geregelten Arbeitszeiten. 365 Tage im Jahr sind Arbeitstage. Kommunalpolitik bedeutet nicht nur Dienstleistung, sondern auch Beziehungen zur Bevölkerung. Somit widmen wir unsere freien Tage zum größten Teil dem Kontakt mit den Bürgern und leisten so Mehrarbeit. An manchen Wochenenden verkleide ich mich und fahre mit dem Bus durch die Stadt.

Was ist das Hauptproblem des Oberbürgermeisters von Diyarbakır?

Hätten wir doch nur ein einzelnes Problem, von dem ich sagen könnte, dies ist wichtig. Wir stehen verschiedenen Problemen gegenüber, die allesamt wichtig sind. Diyarbakır hat zwanzigmal mehr Probleme als andere Städte. Die seit 80 Jahren andauernden politischen Probleme unserer Region haben zu einer großen Armut geführt. Wir brauchen starke Finanzquellen. Ständen sie uns ausreichend zur Verfügung, könnten wir zahlreiche Schwierigkeiten leicht lösen.

Welche Probleme überwiegen? Kommunalpolitische oder die durch die kurdische Frage bedingten Probleme des Landes?

Es ist das natürliche Recht eines Bürgers Diyarbakırs, von mir kommunalpolitische Dienste zu erwarten und einzufordern. Eigentlich ist es auch unsere Pflicht, ihm gegenüber diese Leistungen zu erbringen. Doch beeinträchtigen uns die finanziellen Engpässe bei der Umsetzung unserer Projekte enorm. Beispielsweise hatte ich für die Asphaltierungsarbeiten in diesem Jahr lediglich umgerechnet ca. 5,5 Mill. Euro aus dem Budget zur Verfügung, brauchte allerdings mindestens 8,25 Mill. Dies ist das Ergebnis der seit 80 Jahren ungelösten kurdischen Frage und des wirtschaftlichen Embargos aus Ankara gegen uns.

Welches Gleichgewicht schaffen Sie zwischen Politik und Dienstleistung für die Bürger?

Als wir uns für diese Aufgabe beworben haben und das Vertrauen unserer Bürger gewannen, wurde oft behauptet: „Die Leute erwarten keine Dienstleistung von Euch, sondern dass Ihr das Volk vertretet.“ Wir haben jedoch von Anfang an versucht, unter keinen Umständen auf die Dienste zu verzichten. Unsere grundlegende Politik war es, unseren politischen Auftrag an erste Stelle zu setzen.

Während wir die Arbeit aus unserer Sicht organisierten, planten und praktizierten, versuchten wir gleichzeitig, Sprecher für die Forderungen nach Demokratie, würdevollem Frieden, Sprache und Kultur zu sein. So erhielten manche unserer Projekte nicht die entsprechende Unterstützung aus Ankara. Trotz der ökonomischen Nachteile haben wir es geschafft, zahlreiche qualitativ hochwertige öffentliche Strukturen und Projekte aufzubauen.

Wird die Last der Kommunen durch den Einzug kurdischer Abgeordneter ins Parlament geringer?

Ich wünsche mir, dass die Last der politischen Vertretung komplett von unseren Abgeordneten übernommen wird. Politische Themen anzusprechen muss grundsätzlich von ihnen und unserer Partei übernommen werden. In der Vergangenheit haben Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland sowie Medienvertreter ihre politischen Fragen an die Bürgermeister gerichtet. Unsere Bürger und einige zivilgesellschaftliche Organisationen forderten von den Bürgermeistern, demokratische Forderungen zu thematisieren. Ab jetzt werden unsere Abgeordneten die Adressaten dafür sein.

Diyarbakır ist ein historisches und politisches Zentrum. Wie wird Ankara von Diyarbakır aus wahrgenommen? Und welche Sichtweise hat Ankara?

Möchten Sie meine Meinung als Politiker oder meine persönliche Meinung hören? Diyarbakır wollte Ankara immer als Partner sehen. Aber für Ankara war Diyarbakır leider sehr weit entfernt. Wir möchten diese Distanz verkleinern. Diyarbakır, das während der gesamten Republikzeit zu den drei wichtigen Städten der Türkei gehörte, wurde von Ankara immer auf Distanz gehalten. Ankara ist politisch überaus undurchsichtig.

Es sieht die Geschehnisse leider nicht. Über Diyarbakır wird nur theoretisch am Sitzungstisch verhandelt und die Entscheidungen werden nicht vor Ort getroffen. Dies ist in Bezug auf das Föderalismusprinzip auch ein Zeichen äußerster demokratischer Rückständigkeit.

Welche Beziehungen haben Sie zum Gouverneur?

Als wir uns zur Wahl stellten, wurde Gegenpropaganda gegen uns gemacht: „Gebt ihnen keine Stimme. Wenn sie gewählt werden, werden sie Ankara, die Behörden und Finanzinstitutionen verärgern und damit verhindern, dass der Stadt Gelder zukommen. Es gibt dann keine Dienstleistungen.“ Offen gesagt, die Bevölkerung wurde – wenn auch indirekt – bedroht. Meine Haltung dazu war: Wenn sich in Ankara die Türen schließen, werde ich durch Fenster oder Schornsteine einsteigen, um im Interesse meines Volkes den Dialog und die Bemühungen für eine Zusammenarbeit fortzusetzen.

Welchen Weg sind Sie seit dreieinhalb Jahren gegangen?

Offen gesagt, den durch Fenster und Schornsteine, also leider nur die Umwege. Wir haben uns um die unserer Region zustehenden Bezüge bemüht. Die Voraussagen derjenigen, die die Gegenpropaganda betrieben, sind nicht eingetreten. Die Situation hat sich zu unseren Gunsten gewendet. Manchmal konnten wir Türen nur mit Druck öffnen. Es gab Tage, an denen irgendwo eine Bombe explodierte oder Menschen im Gefecht ums Leben kamen. Diese Zeiten haben unsere gesamten Kontakte und einige Projekte ernsthaft beeinträchtigt. Zu keinem Zeitpunkt gab es ein kontinuierliches Beziehungsnetzwerk. Die politischen Entwicklungen und die Instabilität haben faktisch den Dialog und manchmal sogar die Zusammenarbeit negativ beeinflusst.

Ist Ihre politische Haltung ein Hindernis für eine Zusammenarbeit?

Sicherlich ist sie ein Faktor bei der Verständigung über die Probleme. Wenn Sie sagen, dass ein Teil der Probleme eigentlich Resultat der kurdischen Frage sind, ist Ihr Ausgangspunkt eine Zugehörigkeit. Dadurch wird der Handlungsspielraum eingeschränkt. Nach den Berechnungen meines Anwalts müsste ich – sofern die unüberschaubaren Verfahren gegen mich alle mit einer Verurteilung enden – mehr als 280 Jahre ins Gefängnis.

Glauben Sie, dass Sie die Bevölkerung und die zivilgesellschaftlichen Organisationen hinreichend in die Arbeit der Kommune einbinden?

Unsere angestrebten Strukturen basieren auf einer partizipierenden und demokratisch transparenten Kommunalregierung. Wir haben uns mit dem Vorsatz auf den Weg gemacht, etwas anderes zu schaffen. Ich behaupte nicht, dass uns das fehlerfrei gelingt. Aber ich denke, dass wir beim Aufbau und der Umsetzung partizipativer Strukturen schon weit gekommen sind. Ich habe eine erreichbare Kommune und einen erreichbaren Bürgermeister versprochen. Meiner Meinung nach sind wir das. Tagsüber habe ich Sitzungen. Alle fünfzehn Tage, spätestens jedoch einmal monatlich, treffe ich mich mit der Bevölkerung zu einer Versammlung. So können die Bürger, die mich bisher nicht erreichen konnten, mit mir Kontakt aufnehmen.

Wie ist Ihr Kontakt zu den Bezirksvertretungen? Machen Sie Dienstleistungsplanungen?

Der Stadtrat ist rechtlich Koordinator aller Bezirksvertretungen. Ich bin Leiter dieser Koordination. Unsere Kommunen arbeiten nach einem Vorstandsmodell. Jeder Bezirksvorsteher ist Vorstandsmitglied, ich als Oberbürgermeister bin Vorstandsvorsitzender.

Zahlreiche Augen sind auf Diyarbakır und Sie gerichtet; welche Verantwortung bürdet Ihnen das auf?

Oberbürgermeister zu sein bedeutet, „eine Weste aus Feuer anzuziehen“. Dieses Amt ist sehr anstrengend in einer Stadt, auf die alles Augenmerk gerichtet ist. Träger dieses Amtes zu sein heißt, eine wichtige Aufgabe zu erfüllen und die dafür notwendige Sensibilität zu zeigen sowie die Verantwortung für die Region zu übernehmen. Das ist eine sehr belastende, aber gleichzeitig auch würdevolle Aufgabe. Eine Verantwortung, die die Notwendigkeit mit sich bringt, sehr aufmerksam zu sein.

Auf welchem Gebiet sollten die gewählten Abgeordneten der „1000 Hoffnungen“ vorrangig arbeiten?

Natürlich habe ich mehr als eine Erwartung. Gleichrangig sind für mich gesellschaftlicher Frieden wie vielfältige Identitäten oder auch die Aufhebung der regional unterschiedlichen Entwicklung. Allerdings besitzen unsere Freunde keine Zauberkräfte, man sollte keine unrealistischen Hoffnungen hegen.

Welchen Nutzen bringen sie den Kommunen?

Wir haben sicherlich Erwartungen und Forderungen. Ich finde es notwendig, dass sie eine Diskussion zur Änderung der Gesetzgebung hinsichtlich des Zentralismus anstoßen und eine aktive Rolle bei der Umsetzung übernehmen. Unsere Städte wurden seit 70, 80 Jahren vernachlässigt. Darum erwarten wir eine wirtschaftliche Förderung. Unsere Projekte wurden in der staatlichen Planungszentrale und den Ministerien bedauerlicherweise bisher nicht berücksichtigt. Jetzt haben wir in Ankara unsere Abgeordneten. Wir werden sie auf die Notwendigkeit einer Lobby für die Kommunen ansprechen.

Lange Zeit haben Sie beim IHD gearbeitet. Jetzt sind Sie Oberbürgermeister. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede sehen Sie zwischen den beiden Arbeitsfeldern?

Es gibt Gemeinsamkeiten, aber auch deutliche Unterschiede. Ich denke, dass ich, was den Grundsatz der Partizipation, die Beziehung zur Bevölkerung und die Haltung gegenüber den Bürgern betrifft, durch meine Tätigkeit als Menschenrechtsaktivist im Vorteil bin. Jedoch ist das Ziel einer Menschenrechtsbewegung auch, oppositionelle Institutionen und Öffentlichkeit zu schaffen. Sie spricht und prangert an. Eine Kommunalregierung hingegen stellt auch eine Herrschaft dar, sie ist Adressatin für Forderungen. Regieren ist schwieriger, als eine Opposition zu bilden.

Es gibt eine ungelöste kurdische Frage und in deren Zentrum sind Sie Oberbürgermeister. Gibt es Momente, in denen Sie sich hilflos fühlen?

Ich habe in keinem Moment meine Hoffnung verloren. Es gab sehr schwierige Zeiten. Es gab Momente, in denen ich mich in einer Millionenstadt allein fühlte. Das kann ich offen sagen. Während der Geschehnisse des 28. März [*2006: 14 Tote bei tagelangen schweren Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften nach der Beerdigung gefallener Guerillas*] fühlte ich mich sehr allein. Ich habe Schwierigkeiten, wenn es um Arbeitslosigkeit und Armut geht. Aber ich habe niemals meine Hoffnung verloren. Ich glaube, an dem Tag, an dem ich meine Hoffnung verliere, kann ich nicht mehr in dieser Stadt leben. Ich habe immer wahre Unterstützung, Solidarität und Mut von meinem Volk – das ich vertrete – bekommen. Ich kann überall und zu jedem Zeitpunkt sagen, dass ich wirkliche Kraft und Mut von ihm erhalten habe. ♦

Solange die Frau nicht befreit ist, ist das kurdische Volk auch nicht frei

Kurdische Frauen vereint gegen Gewalt

Zübeyde Ersöz, Journalistin

Unter dem Motto „*Jin jiyan e, jiyanê nekuje*" („Die Frau ist das Leben, töte nicht das Leben") fand vom 29. Juni bis 1. Juli 2007 eine Frauenkonferenz des kurdischen Nationalkongresses (KNK) in Koblenz/Linz statt. Sie wurde in „*Konferenz der Vereinigung und Solidarität kurdischer Frauen*" umbenannt. Dort erging der Aufruf, wirksam gegen Gewalt an Frauen vorzugehen und eine nationale Einigung in Kurdistan zu fördern.

Die Versammlung war von der Frauenkommission des KNK organisiert worden, an ihr nahmen fünfzig kurdische Frauen aus unterschiedlichen Frauenorganisation von allen vier Teilgebieten Kurdistans teil.

Lösche nicht das Feuer

Am Samstag wurde auf der ersten Sitzung der Konferenz Katibe Ali aus Südwest-Kurdistan angehört, eine Frau, die sich selbst zu verbrennen versucht hatte. Als ihre Mutter damals alles unternahm, um das Feuer zu löschen, sagte Katibe Ali zu ihr die bewegenden Worte: „Mutter, dieses Feuer ist nichts im Vergleich zu dem Feuer in meinem Inneren. Lösche es nicht."

Auf der zweiten Sitzung sprach Suna Tunç, Mitglied der Frauenkommission des KNK, zur Rolle kurdischer Frauen bei der Entwicklung einer demokratischen nationalen Einigung und ihrer Einwirkungen im Hinblick auf die Organisationsstruktur auf politischer und sozialer Ebene. Außerdem kamen zu Wort Perwin Ehmed aus der *Föderalen Region Kurdistan*, Hemdem Kızılkaya von der *Demokratischen Frauenbewegung* in der Türkei, Xelat Ehmed aus Südwest-Kurdistan und Zeynep Zelal von der *Vereinigung Freier Frauen* aus Europa.

Vertreterinnen aus Südkurdistan

Dr. Widat Akrawi aus Südkurdistan präsentierte einen Kurzfilm über die der Frau aberkannten Rechte auf internationaler juristischer Ebene. Sie legte zudem einige Statistiken vor und empfahl Frauen Vorgehensweisen auf diesem Gebiet.

Necîbe Qeredexî von der KNK-Frauenkommission leitete die dritte Sitzung und zeigte vor allem Lösungs- und Widerstandsmethoden auf. An der Sitzung, auf der ausführlich diskutiert wurde, nahmen Beyan Şerefxanî aus der *Föderalen Region Kurdistan*, Pero Dündar von der *Partei der demokratischen Gesellschaft* (DTP), Nîgar Inayat aus Ostkurdistan und Kadriye İmir von den Friedensmüttern als Sprecherinnen teil.

Nach den Debatten und Auswertungen wurde die von der Kommission in kurdischer Sprache verfasste Erklärung einstimmig von den Teilnehmerinnen verabschiedet.

Abschlusserklärung der KNK-Frauenkonferenz:

Die dreitägige Frauenkonferenz „*Jin jiyan e, jiyanê nekuje*" („Die Frau ist das Leben, töte nicht das Leben") der Frauenkommission des Nationalkongresses Kurdistan wurde erfolgreich beendet.

An der Konferenz nahmen über fünfzig kurdische Frauen aus unterschiedlichen Frauenorganisationen und aus allen vier Teilen Kurdistans teil.

Die Konferenz sollte eine Diskussionsplattform für unterschiedliche Meinungen zur Frauenfrage bieten. Gewalt gegen Frauen in der Ehe, in der Gesellschaft und von staatlicher Seite war das Diskussionsthema. Neben der Analyse und kritischen Beleuchtung dieses Themas wurde von allen Frauen dagegen protestiert. In den Diskussionen stellte sich heraus, dass die Probleme der kurdischen Frauen in allen vier Teilen Kurdistans dieselben sind.

Auch wenn das Land die Freiheit fordert, so löst das nicht automatisch auch die Probleme der Frauen und sagt auch nichts über deren Freiheit. Denn solange die Frau nicht befreit ist, ist das kurdische Volk auch nicht frei.

Die patriarchale Mentalität ist sehr stark verankert. In Staaten, in denen diese patriarchalen Strukturen vorherrschen, ist es die Rolle von Frauen, eine Gegenentwicklung in der Gesellschaft voranzutreiben, wobei sie eine führende Position wahren sollten. Denn das patriarchalische System ist in allen Lebensbereichen so fest institutionalisiert, dass es für Frauen eine schwere Last darstellt und sie unter dieser Last regelrecht zusammenbrechen lässt.

Grund hierfür ist, dass der freie Wille der Frauen gebrochen worden ist. Und da sie auch nicht in allen Bereichen organisiert sind, haben sie weder die Kraft, die Gesetze gegen die Geschlechtergerechtigkeit zu ändern, noch sich gegen das patriarchalische System zu stellen.

Da die Bildung von Frauen bewusst verhindert wird, fällt ihnen unter diesen Umständen das bewusste Eintreten für ihre Rechte und deren Einforderung äußerst schwer. Viele finden für sich die Lösung im Selbstmord. Auch wenn das in gewisser Weise einen Widerstand gegen das System darstellt, so ist es doch keine Lösung. Die einzige Alternative liegt in der Organisierung der Frauen.

Wenn Frauen den Mut aufbringen, ihr Leben zu beenden, so haben sie auch die Fähigkeit und den Mut, sich gegen das System zu organisieren.

Auch wenn es Gesetze für die Rechte von Frauen gibt, so fehlt es an Menschen, die diese Gesetze verteidigen und einfordern, weil in der kurdischen Gesellschaft das patriarchalische System noch immer vorherrschend ist.

In dieser Gesellschaft werden Frauen als Eigentum des Mannes gesehen. Unter dem Vorwand, das Eigentum des Mannes zu schützen, müssen Frauen sterben. Oder sie werden in den Selbstmord getrieben, damit der Mann nicht ins Gefängnis muss.

Die Stärkung von Frauen in allen Bereichen ist unumgänglich. Anstatt vom Staat und dem System Hilfe zu erwarten, müssen wir Frauen für das Vorantreiben unserer Befreiung aktiv kämpfen. Nur so wird es uns gelingen, das für die Selbstmorde von Frauen verantwortliche patriarchalische System zu überwinden.

Zur Veränderung dieses Systems müssen Gesetze geändert und eine Einheit von Frauen geschaffen werden. Und durch die gegenseitige Hilfe verschiedener Organisationen wird auch diese Entwicklung gestärkt werden.

Egal wo und wann, wenn einer Frau Unrecht getan wird, müssen alle Frauen dies als Unrecht gegen sich werten und gegen dieses Unrecht kämpfen.

Mit Hilfe dieser Konferenz ist die Bildung einer demokratischen nationalen Einheit gestärkt worden. Unsere Hoffnung ist es, die nächste Konferenz auf kurdischem Boden abhalten zu können.

Beschlüsse:

Nach der Verlesung der Erklärung wurden folgende Beschlüsse bekannt gegeben:

1. Die Konferenz ruft zur Beendigung des Krieges und zum anhaltenden Frieden im Mittleren Osten auf.

2. Die Konferenz ruft zur Anerkennung aller demokratischen (politischen, sozialen, kulturellen etc.) Rechte des kurdischen Volkes durch die hegemonialen Staaten und Mächte in Kurdistan auf.



Die kurdische Frauenbewegung in Europa hat unter dem Moto: *Jin jiyan e, jiyanê nekuje! Stoppt Frauenmorde – Keine Morde im Namen der Ehre!* eine Kampagne begonnen. Mit unterschiedlichen Aktivitäten, vor allem auch zum 25. November, dem Tag gegen Gewalt an Frauen, soll dieses Thema tief gehender behandelt werden.

3. Die Konferenz verurteilt die Ermordung von Frauen im Namen der Ehre, ebenso die Steinigung, körperliche Gewalt, Beschneidung, Todesstrafe, Folter, Vergewaltigung, Zwangsumsiedlung und ökonomische Unterdrückung gegenüber Frauen und ruft hierzu aktiv zu Rechtsreformen auf.

4. Die Konferenz setzt sich die Stärkung und Solidarität von Frauen zum Ziel und bezieht gemeinsam Stellung gegen jede Art von Gewalt an Frauen.

5. Die Konferenz verurteilt alle Gesetzesparagraphen, welche die Ungleichheit zwischen Mann und Frau fördern, und fordert hierzu Gesetzesänderungen im Sinne des internationalen Rechtswesens.

6. Die Konferenz ruft zur Aufhebung von Artikel 7 der Konstitution des föderalen Kurdistan auf (die gesamte Gesetzesgrundlage bildet das Scheriatsrecht [isl. Religionsgesetz]), organisiert hiergegen Kampagnen und unterstützt Intellektuelle.

7. Die Konferenz ruft zur gemeinsamen Lösung und zum gemeinsamen Vorgehen mit allen Parteien, Organisationen, Zivilgruppierungen und Intellektuellen für eine gemeinsame Strategie und Politik auf sowie zur nationalen Einigung. Zudem ruft die Konferenz zu einer weiteren Konferenz auf zur Bewahrung einer demokratischen nationalen Einigung auf der Grundlage einer aktiven Teilnahme von Frauen.

8. Es wird beschlossen, dass diese Konferenz nun jährlich stattfinden wird.

9. Alle Teilnehmerinnen dieser Konferenz sind verantwortlich für deren Rechtskräftigkeit.

10. Der Name der Konferenz ist „*Konferenz der Vereinigung und Solidarität kurdischer Frauen*“.

Zudem wurde ein siebenköpfiges Beobachtungskomitee gewählt: Beyan Şerefxanî, Ronak Mustafa, Dr. Widat Akrawi, Xelat Ehmed, Feride Abbasoğlu, Suna Tunç und Suzan Elyas. ♦

Buchvorstellung:

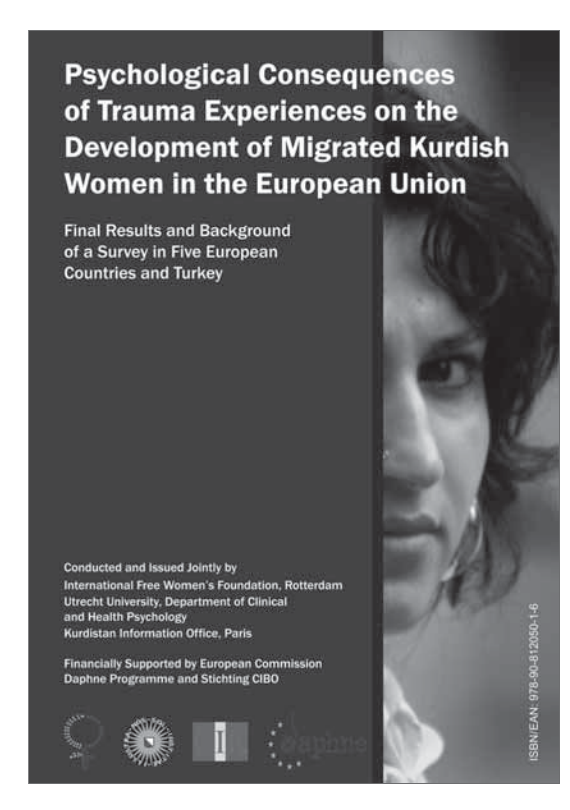
Psychologische Konsequenzen traumatischer Erfahrungen auf die Entwicklung kurdischer Migrantinnen in der Europäischen Union

Dieser neu erschienene Forschungsbericht ist das Ergebnis einer empirischen Studie, in deren Verlauf 1127 kurdische Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen in fünf europäischen Staaten und der Türkei befragt wurden. Die einjährige Studie wurde von der *International Free Women's Foundation* (Rotterdam) koordiniert und in Zusammenarbeit mit dem Institut für klinische Psychologie an der Universität Utrecht und dem Kurdistan-Informationszentrum Paris sowie unter der Mitwirkung eines breiten Spektrums kurdischer Frauenvereine und ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen durchgeführt. Das bislang in englischer und kurdischer Sprache vorliegende Buch bietet wichtige Informationen, die es ermöglichen, die Dimensionen und Wechselwirkungen von geschlechtsspezifischer Gewalt und Diskriminierung, ethnischer und politischer Verfolgung, Kriegs- und Migrationserfahrungen sowie deren Auswirkungen auf das Leben und die Gesundheit kurdischer Migrantinnen zu erfassen.

Der Forschungsbericht besteht aus vier Hauptkapiteln:

Die Einleitung bietet einen Überblick über den historischen Kontext und die aktuelle Situation kurdischer Frauen in ihren Heimatländern sowie ihrer Migration nach Europa.

Im zweiten Kapitel werden die theoretische Konzeption und Methodologie der Studie erläutert. Anhand der Auswertung der Fragebögen wurden wichtiges statistisches Datenmaterial und wissenschaftliche Erkenntnisse bezüglich der psychologischen Konsequenzen von traumatischen Erfahrungen und deren Auswirkungen auf das Leben und die Gesundheit kurdischer Migrantinnen zusammengestellt.



Das dritte Kapitel beinhaltet Empfehlungen für Frauenorganisationen, das Sozial- und Gesundheitswesen sowie Entscheidungsträger mit der Aufforderung, in ihrem Verantwortungsbereich an der Prävention von vermeidbaren traumatischen Erfahrungen sowie an der notwendigen Unterstützung für traumatisierte kurdische Migrantinnen mitzuwirken.

Im vierten Kapitel kommen fünf kurdische Migrantinnen, die im Studienverlauf interviewt wurden, selbst zu Wort. Sie geben uns einen Eindruck von den konkreten menschlichen Lebenserfahrungen, die sich hinter dem Zahlenmaterial verstecken. Abschließend sind dem Forschungsbericht der Fragebogen und ein umfangreiches Literaturverzeichnis beigefügt.

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen eindrücklich, dass kurdische Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen neben den materiellen und physischen Folgen von geschlechtsspezifischer und rassistischer Gewalt, Krieg und (Zwangs-) Migration insbesondere auch unter deren langfristigen, psychologischen und seelischen Wunden leiden.

Psychologische Konsequenzen traumatischer Erfahrungen auf die Entwicklung kurdischer Migrantinnen in der Europäischen Union
IFWF Publication No. 1
ISBN/EAN: 978-90-812050-1-6
Zweisprachig: englisch/kurdisch,
376 Seiten broschiert

Herausgeber: International Free Women's Foundation, Rotterdam
Universität Utrecht, Institut für klinische Psychologie
Kurdistan-Informationszentrum, Paris

Finanzielle Förderung: Daphne II Programm der Europäischen Kommission und Stiftung CIBO

Bestelladresse: International Free Women's Foundation
Willebrordusplein 10a
NL - 3037 TC Rotterdam
Tel.: 0031 (0) 10 465 18 00
Fax: 0031 (0) 10 265 14 65
E-mail:
info@freewomensfoundation.org

Bei Bestellung bitte 7 € für Versand- und Portokosten auf folgendes Konto überweisen:
Postbank N.V. (Niederlande),
Konto Nr.: 6218545
IBAN: NL84 PSTB 0006 2185 45
BIC: PSTBNL21XXX

Neueste Entwicklungen und Stand der Ilisu-/Hasankeyf-Kampagne

Finanzierung endgültig gesichert?

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Die Kampagne der vergangenen zwei Monate ging trotz des Sommerlochs weiter. Beflügelt durch den Ausstieg der Schweizer Bank „*Züricher Kantonalbank*" (ZKB) nahmen die Aktionen zu. Dann kam allerdings Mitte August die Nachricht, dass noch im August durch die Exportkreditagenturen (ECAs), das Ilisu-Konsortium und die involvierten Banken die letzten Unterschriften unter die Abkommen gesetzt werden, mit denen eine Auslands-Finanzierung des Ilisu-Staudamms am Tigris endgültig gesichert wird. Dann wird es kein finanzielles Hindernis für den Bau des Staudamms mehr geben. In ihrer Presseerklärung sschreibt die Initiative zur Rettung von Hasankeyf, dass, obwohl sie und viele verschiedene zivilgesellschaftliche Einrichtungen seit ungefähr zwei Jahren gegen eine Kreditgarantie durch die Regierungen dieser Staaten protestieren und vor den Auswirkungen detailliert warnten, diese so täten, als würden sie der Kritik Beachtung schenken, und gleichzeitig im Hinblick auf ihren Profit planten, die notwendigen Abkommen zu unterzeichnen.

Was sich im Einzelnen in den Monaten Juni, Juli und August 2007 tat, ist Folgendes:

Am 6. Juni wurde Hasankeyf von der Organisation „*World Monuments Fund*" in die Liste der hundert meistbedrohten Kulturstätten des Jahres 2008 aufgenommen. Der im Januar von der Initiative zusammen mit Prof. Zeynep Ahunbay (Technische Universität Istanbul) gestellte Antrag und die Auswahl können unter folgendem Link nachgelesen werden: http://www.worldmonumentswatch.org/files/sites_by_country.pdf

In Österreich lief von Ende Juni bis Anfang August eine sehr intensive Kampagne gegen die *Bank of Austria* (BA-CA), die einen Teil der Kredite für Ilisu vergeben will. Wöchentliche Kundgebungen diverser Organisationen (angeführt von *ECA-Watch*) vor der Bankzentrale mit der Forderung nach einem Ausstieg aus dem Projekt konnten eine erhebliche Öffentlichkeit schaffen. Auch in Italien fand am 18. Juli eine Protestkundgebung mehrerer Organisationen (wie *Aquasuav*) vor dem Finanzgiganten *UniCredit* statt. *UniCredit* besitzt fast alle Aktien der *Bank of Austria* und ist somit in Ilisu involviert.

In Berlin kamen am 18. Juni mehrere Organisationen zusammen, um die Ilisu-Kampagne in Deutschland besser zu organisieren.

In Stuttgart fand am 5. Juli während der Aktionärsversammlung des beteiligten deutschen Unternehmens *Züblin* eine Protestkundgebung von sieben NGOs statt. Zuvor protestierten kurdische Studierende vor der Regionaldirektion von *Züblin* in Frankfurt.

In den Dörfern Ilisu und Karabayır – also dort, wo sich die Baustelle befinden soll – haben Ende Juni die Enteignungen begonnen. Der Staat hat den Bewohnern (etwa 50–60 Haushalten) niedrige Summen für ihre Felder und Häuser angeboten, weshalb fast alle dagegen Widerspruch eingelegt haben.

Im Ilisu-Gebiet werden von der *Initiative zur Rettung von Hasankeyf* seit Juli Unterschriften von direkt betroffenen Menschen gesammelt. Die werden Anfang September in Ankara den Botschaften von Deutschland, Österreich und der Schweiz übergeben.

Die europäische Ilisu-Kampagne und die Initiative haben Mitte August eine umfangreiche Kritik zu den *Terms of Reference* (TOR), den 150 Auflagen der drei europäischen Regierungen, ausgearbeitet und veröffentlicht. Die Analyse und die Kritik sind vernichtend, nur im Gebiet der Umsiedlung gibt es ausführlichere Auflagen, die zwar schön niedergeschrieben sind, doch vielmehr ein Alibi zur Unterstützung des Projekts liefern sollen. Die TOR geben sich angesichts der wenigen geplanten Untersuchungen mit der Vernichtung des kulturellen Erbes und der einmaligen Natur zufrieden. Im Bereich Umsiedlung werden die guten Absichten nicht umgesetzt, weil der türkische Staat bisher keinen guten Willen gezeigt hat und es auch kein Anzeichen einer Veränderung gibt.

Am 27. August wird der zweite Hasankeyf-Treuezug, organisiert von der Zeitschrift *Atlas* und dem *Naturverein* aus Ankara, von Istanbul nach Hasankeyf fahren. Hunderte Aktivisten dieser Vereine und Künstler werden daran teilnehmen. Ankunft in Hasankeyf ist der 29. bzw. der 30. August.

Im Oktober oder November wird in Hasankeyf ein Informationsbüro der *Initiative zur Rettung von Hasankeyf* eröffnet. Dieses Büro wird neben der Betreuung von Touristen, die über das Ilisu-Projekt informiert werden, vor allem Informationsstelle für Betroffene sein und auch Aktivitäten mitorganisieren. Interessierte Studierende können hier auch ein Praktikum leisten.

Im Oktober/November wird ein sehr großes Kultur-Ereignis in Hasankeyf stattfinden. Dazu haben die Vorbereitungen begonnen. Siehe hierzu die unten genannten Links.

Für mehr Informationen:
www.hasankeyfgirisimi.com
www.informationsstelle-kurdistan.de
www.stopilisu.com
www.weed-online.org/ilisu ♦

Die EU müsste eindeutig auf der Seite der Politik stehen und gegen das Militär

Die Türkei, Deutschland und die EU

Interview mit Norman Paech, MdB, außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion *Die Linke*

Ist die Kurdenpolitik der deutschen Regierung eine Fortsetzung der vorherigen Regierung oder hat sie sich unter Kanzlerin Merkel verändert? Lassen sich darüber hinaus Unterschiede zwischen einer Türkei- und Kurdenpolitik feststellen?

Wir haben seit langem Kritik an der deutschen Politik gegenüber der Türkei, soweit es die kurdische Problematik angeht. Wir müssen sehen, dass die NATO seit Jahrzehnten in der Türkei tätig ist und die Türkei Mitglied der NATO ist. Aber die NATO hat sich nie um die kurdische Frage und um die Menschenrechte der Kurden gekümmert. Wir hatten gehofft, dass die rot-grüne Regierung das ändert, mussten aber einsehen, dass sie das leider nicht getan hat. Leider sehen wir auch in der großen Koalition keinen erkennbaren Ansatz, dass sie wirklich die kurdische Problematik thematisieren will, also das Vorenthalten der Menschenrechte, der Grundrechte, der politischen Rechte oder die Frage, ob die Militarisierung tatsächlich ein zentraler Punkt der EU-Beitrittsverhandlungen ist. Dies ist eine unserer Aufgaben, der wir uns in Zukunft stellen wollen, nämlich diese Auseinandersetzung stärker auf das kurdische Problem auszurichten.

Aus welchen Gründen nimmt Deutschland die kurdische Problematik nicht auf seine Tagesordnung? Gibt es hierfür einen historischen staatspolitischen Hintergrund?

Die Bundesregierung hat traditionell sehr gute Beziehungen zur Türkei. Insbesondere wird sie als NATO-Partner sehr geschätzt und auch gebraucht. Deswegen hat man auf bestimmte sensible Fragen, die die türkische Regierung und auch das Militär in der Türkei nicht gerne thematisieren, Rücksicht genommen. Wir sind der Meinung, dass diese Rücksichtnahme schädlich ist. Gerade im Rahmen der Kopenhagener Kriterien, die ja auch eine Grundlage für die Verhandlungen sind, müssen die Rechte der kurdischen Bevölkerung ins Zentrum des Beitrittsprozesses gerückt werden.

In Deutschland gibt es das 1993 erlassene Betätigungsverbot der PKK. Gibt es irgendwelche ernst zu nehmenden Signale hinsichtlich der Aufhebung dieses Verbots und ist eine solche Rücknahme überhaupt möglich?

Dieses ist einer jener politischen Schachzüge, die man macht, um eine Organisation zu verbieten und um sagen zu können: Wir brauchen uns in diesen politischen Prozess nicht mit einzubeziehen. Ich halte das für vollkommen falsch und wir haben auch immer dagegen protestiert. Wir sind der Überzeugung, dass dieses Verbot aufgehoben werden muss. Das ist inzwischen aber nicht mehr nur eine rein deutsche Entscheidung, sondern eine europäische. Wir hoffen, genügend Druck erzeugen und entfalten zu können, damit diese falsche Entscheidung rückgängig gemacht werden kann, denn: Ohne eine Berücksichtigung der kurdischen Politiker und der kurdischen Bewegung kann es keine Lösung der kurdischen Frage geben.

Sie verfolgen die kurdische Problematik seit Jahren. Wie schätzen Sie die Lösung und Entwicklung der kurdischen Frage für die Zukunft ein?

Ich denke, die innenpolitische Situation in der Türkei ist im Augenblick noch relativ labil. Das heißt, sie befindet sich im Umbruch. Man will in die EU, kennt die Kriterien, kann sie derzeit aber noch nicht erfüllen. Man spürt ebenso die Ablehnung gegenüber der Türkei aus verschiedenen Gründen. Innerhalb der Türkei hat sich eine Auseinandersetzung zwischen Militär und Politik entwickelt, die in verschiedene Richtungen gehen kann. Die Befürchtung ist, dass sie zu einer Verschärfung auch der Unterdrückung der kurdischen Elemente führen kann. So wie z. B. in den neuen Wahlgesetzen, wonach es unabhängigen Kandidaten erschwert wird, ins Parlament einzuziehen. Wir hoffen allerdings, dass solch eine Auseinandersetzung innerhalb der Türkei zu mehr Fortschritt, Demokratie und größerer Berücksichtigung der kurdischen Thematik führen wird. Dazu wollen wir beitragen.

Die Türkei droht mit grenzüberschreitenden Operationen in den Irak. Können Sie feststellen, dass das deutsche Parlament wegen dieser Entwicklung besorgt ist? Die Türkei ist EU-Mitgliedskandidat. Wie wird diese Frage im Rahmen der Sicherheitspolitik behandelt?

Vorausschicken möchte ich, dass ich einen Beitritt der Türkei befürworte. Ich sehe das sehr positiv und bin der Überzeugung, dass letztendlich auch die Türkei zu Europa gehört. Allerdings sage ich auch, dass darüber allein die Menschen in der Türkei zu entscheiden haben. Es gibt sich widersprechende und widerstreitende Kräfte in der Türkei, insbesondere zwischen Politik und Militär. Dies ist eines unserer ganz großen Probleme mit der türkischen Situation im Augenblick. Wir sind der Überzeugung, dass das Militär einen viel zu großen Einfluss auf die Politik hat. Aufgrund unseres demokratischen Verständnisses hat die Politik über das Militär zu bestimmen und nicht umgekehrt. Wir hoffen, dass in der Auseinandersetzung diese politisch-demokratische Denk- und Handlungsweise sich auch in der Türkei durchsetzt.

Beschränkt sich Ihre Besorgnis hinsichtlich möglicher grenzüberschreitender Operationen der Türkei in den Irak, in die Region Kerkuk, lediglich darauf?

Wir sind darüber in der Tat sehr besorgt. Die Aggressivität einer Politik im Südosten Anatoliens – sprich: im kurdischen Teil der Türkei – stellt sich auf verschiedenen Ebenen dar. Einerseits richtet sie sich gegen die Kurden im Südosten, andererseits auf die Region jenseits der türkischen Grenze. Das ist eine absolut untragbare Situation und darf nicht geschehen. Es wäre die eindeutige Verletzung der Souveränität eines anderen Staates und widerspräche vollkommen dem Völkerrecht. In einem solchen Fall müssten sich sowohl die NATO, die UNO, die benachbarten Staaten, aber auch die Bundesrepublik sehr deutlich dagegen aussprechen.

Die gegenwärtige türkische Regierung ist rechtskonservativ und repressiv. Sie hat beispielsweise eine Reihe verschärfter Polizeigesetze verabschiedet. Gleichzeitig lobt die EU die angebliche Reformbereitschaft der Regierung. Die linken Kräfte innerhalb der EU und im Europaparlament unterstützen diese Sichtweise. Gibt es hier bei der europäischen Linken ein Problem bei der Wahrnehmung?

Sie haben schon Recht. Das ist ein dialektischer Prozess. Wir sind der Auffassung, dass im Laufe dieses vielleicht 15 Jahre dauernden Beitrittsprozesses Einfluss seitens der EU bezüglich der Menschen- und Grundrechte, aber auch der Trennung von Politik und Militär auf die Türkei ausgeübt werden kann und auf diese Weise die fortschrittlichen Kräfte gestärkt werden können. Hätte ich nicht die Hoffung oder den Optimismus, dass sich die Türkei derart verändern könnte, würde ich in der Tat auch sagen, dann soll sie draußen bleiben. Wie sie sich im Augenblick verhält, hätte sie hier keine Chance. Wir gehen davon aus, dass der Beitrittsprozess eine politische Mobilisierung innerhalb der Türkei auslöst, die in ein fortschrittliches, demokratisches, grundrechtlich und menschenrechtlich orientiertes System überleitet. Dann hätten wir mit der Türkei einen auch für uns wesentlichen Mitstreiter für die Entmilitarisierung und sozialstaatliche Ausrichtung.

Gegenwärtig stagniert der Beitrittsprozess auf beiden Seiten. Wie wird sich Ihrer Einschätzung nach die Beziehung zwischen der Türkei und der EU kurz-, mittel- und langfristig entwikkeln?

Wenn die EU es weiter so schleifen lässt wie bisher, dann wird es keine Fortschritte geben. Hier müssten viel deutlicher die Anforderungen an die Türkei formuliert werden – sowohl hinsichtlich der allgemeinen demokratischen Rechte sowie der Trennung von Politik und Militär, aber auch der von Politik und Religion. Das ist notwendig. Wenn das nicht geschieht, wird sich in der Tat dort nichts verändern. Wenn dieser Druck auf die Türkei ausgeübt wird, muss sich auch die Türkei der inneren Widersprüche, die schärfer werden, entledigen. Sonst kommt es zu einer Auseinandersetzung, in der das Militär nicht untätig bleiben wird, und das macht uns Sorgen. Die EU müsste eindeutig auf der Seite der Politik stehen und gegen das Militär. Auch muss stärker auf die Frage der kurdischen Rechte eingegangen werden. Denn ich halte den bislang ungelösten türkisch-kurdischen Konflikt für eines der Kernprobleme für eine demokratische Entwicklung der Türkei. Wenn eine Lösung nicht von innen kommt, dann muss es eben von außen Initiativen geben, wenn die Türkei in die EU kommen will. Würde sie sich diesen verweigern, würde sie sich weiter irgendwo nach Osten bzw. Südosten orientieren. Wir müssen darauf achten, dass die Demokratisierung und die Aufhebung der Widersprüche in der Türkei selbst erfolgen. Eine langfristige Perspektive habe ich nicht. Ich habe nur die Hoffnung, dass die Bevölkerung in der Türkei in einem friedlichen Prozess die Konflikte mit dem Militär, dem kurdischen Volk, der Polizei oder dem so genannten Tiefen Staat selbst löst. Das können wir nicht tun. Aber wir können sie dabei unterstützen.

Sie hatten in Bezug auf Herrn Öcalan eine schriftliche Anfrage im Parlament eingereicht und die unzureichende Antwort der Bundesregierung kritisiert. Planen Sie darüber hinaus weitere Aktivitäten und um welche handelt es sich dabei?

Seit langem plane ich mit der Linksfraktion, einen Antrag im Parlament einzureichen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, das kurdische Problem ins Zentrum der Beitrittsverhandlungen zu rücken. Meiner Meinung nach ist das Problem der Kurden im Südosten eines der zentralen Themen der gegenwärtigen Krise der Türkei. Es geht nicht an, dass man darüber hinweggeht. Deswegen formulieren wir gerade einen Antrag, der die Bundesregierung auffordert, im Beitrittsprozess nicht nur allgemeine Fragen der Demokratisierung, der Ökonomie usw. zu behandeln, sondern sich der kurdischen Frage und der zunehmenden Repressionen, der Militarisierung des Konfliktes sowie der Vorenthaltung von fundamentalen Rechten stärker annimmt. Ich finde, da ist die Bundesregierung aufgefordert, ihre bisherige Zurückhaltung gegenüber der türkischen Regierung aufzugeben und klare Positionen zu beziehen.

Wann soll der Antrag eingebracht werden?

Ich bin gerade bei der Formulierung. Wir werden ihn dann zur Diskussion in die Fraktion bringen. Noch vor der Sommerpause wird der Antrag aber nicht im Parlament debattiert werden, sondern erst danach, also im Herbst. Aber der Beitrittsprozess dauert ja noch lange genug.

Haben Sie bei Ihrem Vorhaben Erwartungen an kurdische Politiker/innen und Organisationen?

Ja natürlich. In dieser Hinsicht stehen wir aber in einem engen Kontakt mit kurdischen Politikern. Wir werden mit ihnen abstimmen, was ihre Probleme sind und welche Forderungen sie an die türkische Regierung stellen. Das werden wir aufnehmen, weil wir ja nur das fordern können, was auch von der kurdischen Seite gewünscht ist. Wir wollen nicht über deren Köpfe hinweg irgendetwas fordern. ♦

Warum es keine Alternative zum Rückzug aus Afghanistan gibt

Gestorben wird heute

Von Peter Strutynski

Im Herbst 2007 soll im Bundestag zum wiederholten Mal der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan verlängert werden. Die bisherigen Abstimmungen waren ohne besondere Diskussionen und ohne nennenswerten Widerstand über die Bühne gegangen. Eine neue Situation trat erst ein, als im Frühjahr d. J. die Bundesregierung den Afghanistan-Einsatz um die Entsendung von sechs Tornado-Aufklärungsflugzeugen meinte aufstocken zu müssen, angeblich um den verbündeten NATO-Kräften bei der Identifizierung von feindlichen Taliban-Stellungen behilflich zu sein. Da dieser zusätzliche Einsatz – wohl aus Rücksicht auf die deutliche Ablehnung in der Öffentlichkeit – zunächst nur für ein halbes Jahr bewilligt wurde, steht nun ebenfalls im Herbst auch die Verlängerung dieses Einsatzes an.

Wir haben es also mit drei Einsätzen zu tun, die wir zunächst auch unterscheiden müssen:

Operation Enduring Freedom. Es ist das älteste Mandat, das der Bundestag erteilt hat. Dies geschah in einer denkwürdigen Abstimmung am 16. November 2001, als Bundeskanzler Gerhard Schröder ohne Not den Militäreinsatz am Hindukusch mit der Vertrauensfrage verband, was einmal zur Folge hatte, dass er die acht „Dissidenten“ aus den Reihen des grünen Koalitionspartners in die Knie zwang, Die acht entschieden sich zu einer gespaltenen Stimmabgabe: Vier stimmten für Schröder (und damit für den Militäreinsatz) und retteten damit den Bestand der Koalition, vier durften ihre Meinung behalten und gegen den Einsatz stimmen. Zum anderen führte die Taktik des Basta-Kanzlers zu der absurden Situation, dass die Hälfte des Parlaments gezwungen wurde, gegen ihr eigenes Gewissen zu stimmen, denn die damalige Opposition aus CDU/CSU und FDP, die für den Einsatz war, stimmte fast geschlossen dagegen, konnte sie doch nur so zum Ausdruck bringen, dass der Kanzler nicht ihr Vertrauen genoss. Wenn dereinst bei einer Bilanzierung der Parlamentsentscheidungen über Auslandseinsätze diese Abstimmung als die knappste und umstrittenste Entscheidung dargestellt werden sollte, so gilt es diesen Hintergrund zu beachten: Eigentlich waren 98 Prozent der Bundestagsabgeordneten (die Linke bzw. damals die PDS war gerade einmal mit zwei Abgeordneten im Bundestag vertreten) für den Militäreinsatz. Das Mandat selbst hatte zum Ziel, „Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen auszuschalten, Terroristen zu bekämpfen, gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen sowie Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten“. (Antrag der Bundesregierung, 7. Nov. 2001.)

Die Bundeswehrmission bestand im Wesentlichen aus drei Elementen: ABC-Abwehrkräften, (ca. 800 Soldaten; sie standen später, während des Irakkriegs 2003, in Kuwait bereit), Seestreitkräften einschließlich Seeluftstreitkräften (ca. 1 800 Soldaten) sowie rund 100 Soldaten des berüchtigten Kommandos Spezialkräfte (KSK). Als Einsatzgebiete wurden genannt: „das Gebiet gemäß Art. 6 des Nordatlantikvertrags, die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete. Deutsche Kräfte werden sich an etwaigen Einsätzen gegen den internationalen Terrorismus in anderen Staaten als Afghanistan nur mit Zustimmung der jeweiligen Regierung beteiligen.“ In der Praxis tut die deutsche Marine ihren Dienst vornehmlich vor den Küsten Ostafrikas (Marine) und in Afghanistan selbst (KSK). Nach Aussage der Bundesregierung seien aber seit 2005 keine KSK-Einsatzkommandos mehr nach Afghanistan abgeordnet worden.

ISAF. Der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von ISAF (International Security Assistance Force) geht auf die Resolution 1 386 (2001) vom 20. Dezember 2001 zurück. Dieser Resolution waren vorausgegangen: einmal der militärische Sieg der Interventions-Militärallianz über das Taliban-Regime in Afghanistan, zum anderen erfolgreiche Verhandlungen in Petersberg/Bonn zur Gründung einer afghanischen Übergangsregierung (als dessen Chef Hamid Karzai vorgesehen war). Ziel des UN-Mandats war es, die afghanische Übergangsregierung beim Erhalt der „Sicherheit in Kabul“ und den benachbarten Regionen zu unterstützen, um die Implementierung der in Petersberg/Bonn getroffenen Vereinbarungen abzusichern. Kern dieser Vereinbarung war die Einleitung eines Demokratisierungsprozesses, an dessen Ende eine neue Verfassung für Afghanistan, demokratische Institutionen sowie Rechtsstaatlichkeit stehen sollten. Deutschland beteiligte sich zunächst mit bis zu 1 200 Soldaten an der internationalen Truppe (diese Zahl ist in den folgenden Jahren auf bis zu 3 000 erhöht worden). Entsprechend der regionalen Begrenzung auf die Hauptstadtregion sollten die deutschen Truppen bei der „Aufrechterhaltung der Sicherheit in Kabul und Umgebung“ behilflich sein. Diese regionale Begrenzung für ISAF fiel im Jahr 2003 weg; jetzt

"**Frieden für Afghanistan – Bundeswehr raus**" **Demonstration gegen die Verlängerung der Bundeswehreinsätze** "**Frie**

15. September Berlin – 12 Uhr Alexanderplatz / Rotes Rathaus 15. September Berlin – 12 Uhr Alexanderplatz / Rotes

ging es im Prinzip um die Stabilisierung des eingesetzten Regimes in ganz Afghanistan. Das deutsche Kontingent allerdings blieb auf Kabul sowie die für relativ sicher gehaltene Nordregion beschränkt. Die Bundeswehr beteiligt sich seit 2003 an einem Regionalen Wiederaufbauteam (PRT - Provincial Reconstruction Team) in Kundus, seit 2004 an einem PRT in Feisabad. 2006 übernahm Deutschland das Kommando für den gesamten Bereich Nordafghanistan mit dem operativen Zentrum in Mazar-i-Scharif.

Eine folgenreiche Entwicklung nahm das internationale militärische Engagement 2006, als auch Südafghanistan unter ISAF-Mandat gestellt wurde. Seit Oktober 2006 ist ISAF mit rund 35 000 ausländischen Soldaten in ganz Afghanistan aktiv, während die Operation Enduring Freedom nur noch 12 000 Kämpfer umfasst. Gleichzeitig gab Deutschland dem Druck der NATO nach und akzeptierte mit dem ISAF-Verlängerungsbeschluss des Bundestags im September 2006, dass die Bundeswehr auf Anforderung der NATO „vorübergehend" auch zu Einsätzen in Südafghanistan herangezogen werden könne („bei Bedarf" und „zeitlich und im Umfang begrenzt"). Hinzu kommt die zunehmende Verschmelzung der Aufgaben von ISAF und OEF – beide unter NATO-Kommando – wozu der Sicherheitsrat mit seiner Resolution 1 707 (2006) das Plazet gegeben hatte. Darin wurde die „verstärkte Koordinierung zwischen der ISAF und der Koalition der Operation ‚Dauerhafte Freiheit'" ausdrücklich begrüßt. Insofern argumentieren der SPD-Außenpolitiker Hans-Ulrich Klose und sein Koalitionskollege von der CSU Karl-Theodor zu Guttenberg vollkommen logisch, wenn sie in einer gemeinsamen Erklärung die Zusammenlegung der beiden Mandate vorschlagen (vgl. FR, 29.06.2007).

Tornado. Der Tornado-Einsatz-Beschluss vom 9. März 2007 ist ebenfalls ISAF zugeordnet. Auch dieser Einsatz ist „von der NATO angefordert" worden, wie die Bundesregierung in ihrem Antrag an den Bundestag schreibt. Sechs bis acht Aufklärungsflugzeuge vom Typ TORNADO RECCE sollen bei der Luftaufklärung und Luftüberwachung „im gesamten ISAF-Verantwortungsbereich eingesetzt werden". Es ist klar, dass die Tornados unmittelbar am Krieg beteiligt sind, indem sie die erforderlichen Daten für die Zielauswahl der Kampfflugzeuge und Bomber liefern. Dies wird in Afghanistan selbstverständlich auch so gesehen, weswegen sich die Ablehnungsfront in der Bevölkerung zunehmend auch gegen deutsche Truppen wendet. Das Attentat vom 19. Mai war ein erster tödlicher Schuss vor den Bug einer Strategie, die sich vollmundig einbildete, mit einer Mischung aus robustem militärischem Eingreifen und ziviler Hilfe die „hearts and minds" der Bevölkerung zu gewinnen.

Die Debatte um den Tornado-Einsatz hat erstmals größere Risse in den etablierten Parteien deutlich gemacht, die sich diesmal sogar in der Bundestagsabstimmung niederschlugen. Noch nie hat es so viele Gegenstimmen zu einem Auslandseinsatz gegeben wie diesmal (die Abstimmung am 16. November 2001 zählt hier nicht, siehe oben). 157 Abgeordnete stimmten gegen die Regierungsvorlage, 11 enthielten sich. Zusammen macht das – bei 573 abgegebenen Stimmen – 29 Prozent Ablehnung. Hinzu kommt, dass noch nie so viele Nein-Stimmen aus einer Regierungspartei (SPD) zu einem Antrag der eigenen Regierung abgegeben wurden: 69 Abgeordnete! Und die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen präsentierte sich nach langer Zeit wieder gespalten; fast die Hälfte der Abgeordneten stimmte gegen einen Auslandseinsatz. Und immerhin hat sich daraufhin wieder eine innerparteiliche Friedensinitiative gebildet, die den bisherigen Kurs der Fraktion in Sachen Auslandseinsätze verändern möchte.

Es rumort bei Grünen und in der SPD

Für den Herbst ist eine ähnlich lebhafte Debatte zu erwarten. In der SPD-Fraktion rumort es sichtlich. Selbst der frühere Staatssekretär im Verteidigungsministerium und einer der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Walter Kolbow ließ Ende Juni verlauten, der Bundeswehreinsatz müsse „überprüft" werden, weil die Akzeptanz dafür in der Bevölkerung schwinde. Als Grund nannte Kolbow, bislang immer ein strammer Befürworter von Militäreinsätzen, die steigende Zahl von Zivilpersonen, die im Zuge des Kriegs der Alliierten „zu Schaden gekommen, getötet oder verletzt" worden seien (FR, 29.06.2007). In Erwägung gezogen wird in der Fraktion auch – z. B. vom Verteidigungsexperten Rainer Arnold -, den KSK-Einsatz aus dem Enduring-Freedom-Mandat herauszunehmen. Dies könne umso leichter geschehen, als seit zwei Jahren ohnehin keine KSK-Kämpfer mehr nach Afghanistan geschickt worden seien, verkündete Arnold im *Rheinischen Merkur*. Und bei den Grünen scheint sich eine Kompromissposition herauszuschälen, die zum ISAF-Einsatz ja sagt, der Operation Enduring Freedom aber die Gefolgschaft verweigern will, getreu der Lebenslüge, wonach ISAF den zivilen Aufbau, Enduring Freedom dagegen den reinen Antiterror-Krieg verkörpere. Dass beide Mandate untrennbar miteinander verbunden sind, zeigt neben dem gemeinsamen NATO-Kommando auch der Tornado-Einsatz. Die Abgeordneten, die im März mit guten Argumenten leidenschaftlich die Tornados als kriegsverschärfend abgelehnt haben, werden im Herbst, wenn sie ISAF zustimmen wollen, in eine heikle Lage geraten. Der Tornado-Einsatz wird dann Bestandteil des ISAF-Mandats sein und zusammen mit ihm zur Verlängerung anstehen. Werden dann die Argumente von gestern keine Gültigkeit mehr haben?

Die meisten Abgeordneten von Regierungsfraktionen, Grünen und FDP begründen den Verbleib, teilweise sogar die Aufstockung der ISAF-Truppen mit der Notwendigkeit des Schutzes der zivilen Helfer für den Wiederaufbau des Landes einschließlich der Implementierung demokratischer Strukturen. Sie vergessen

eden für Afghanistan – Bundeswehr raus" Demonstration gegen die Verlängerung der Bundeswehreinsätze "Frieden

es Rathaus 15. September Berlin – 12 Uhr Alexanderplatz / Rotes Rathaus 15. September Berlin – 12 Uhr Alexander-

dabei, dass wir schon über gewisse Erfahrungen mit dem Demokratie- und Menschenrechtsexport à la Afghanistan verfügen, die man nicht außer Acht lassen darf. Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen ähnlich weit entfernt wie vor knapp sechs Jahren. In den meisten Regionen regieren Warlords und Drogenbarone. Die Autorität der afghanischen Regierung reicht kaum über die Grenzen der Hauptstadt Kabul hinaus. Dass gerade in den letzten Monaten Gewalt, Terror und Drogenhandel in Afghanistan so stark zugenommen haben, zeigt die Erfolglosigkeit des ISAF-Einsatzes, dass die Taliban oder mit ihnen konkurrierende Terrororganisationen wieder ihr Haupt erheben, macht das Scheitern der Operation Enduring Freedom offensichtlich. Vielfach ist von der „Irakisierung" Afghanistans die Rede.

Die Lage hat sich verschlechtert

Auch die Menschenrechtssituation hat sich nicht entscheidend verbessert. Wiederholte Berichte von amnesty international und Human Rights Watch zeigen, dass die Sicherheit der Menschen vor kriminellen oder terroristischen Angriffen genauso wenig gestärkt wurde wie die Rechte der Frauen und Mädchen. Die Situation hat sich nach Ansicht der afghanischen Frauenministerin Massouda Jallal (Sept. 2006) in weiten Teilen des Landes sogar noch verschlechtert. Andauernde Enthüllungen über die Misshandlung von Gefangenen durch US-Truppen tragen ebenfalls nicht dazu bei, in der afghanischen Gesellschaft den Respekt vor der universellen Gültigkeit der Menschenrechte zu erhöhen.

In den letzten Monaten häufen sich darüber hinaus die Vorfälle, bei denen Zivilpersonen, darunter unschuldige Frauen und Kinder, im Bombenhagel der alliierten Kampfflugzeuge ums Leben kommen. Ob die deutschen Tornado-Aufklärer wirklich dazu beitragen, militärische von zivilen Zielen zu unterscheiden, können wir hier nicht beantworten. Die Bevölkerung in Afghanistan ist über die Kriegsführung jedenfalls so aufgebracht, dass selbst der engste Verbündete der USA, Präsident Hamid Karzai, inzwischen öffentlich die NATO-Truppen kritisiert. „Wir können zivile Opfer und die Art, wie sie ausgelöst werden, nicht mehr hinnehmen", sagte Karzai am 2. Mai nach Gesprächen mit den Verantwortlichen der NATO und der US-geführten Koalition sowie Vertretern der US-Botschaft, der Vereinten Nationen und der Europäischen Union in Kabul. Es werde „ärgerlich" für sein Land. Die Last für Afghanistan sei zu groß, „und wir sind sehr unzufrieden".

Sieht man sich schließlich die eingesetzten Mittel ein, so wird klar, warum der versprochene zivile Wiederaufbau des Landes nicht gelingen kann. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt. Und auch diese Mittel konzentrierten sich fast ausschließlich auf die Hauptstadt Kabul und vernachlässigten vor allem die Paschtunengebiete. Der Gesamtbetrag für die militärische „Verteidigung" Deutschlands am Hindukusch hat längst die Zwei-Milliarden-Grenze überschritten. Damit gibt Deutschland für einen zweifelhaften Militäreinsatz ein Vielfaches von dem aus, was in dringend notwendige zivile Hilfsprojekte geflossen ist oder noch fließen wird. Die Opiumproduktion steigt mit jedem Jahr Krieg weiter an: Seit 2001 hat sie sich verzehnfacht. Afghanistan ist heute der weltgrößte Rauschgiftproduzent.

Eine Fortsetzung des Krieges - mit noch so verbesserter Ausrüstung und vergrößerter Heeresstärke – wird kein anderes Ergebnis haben als der Krieg der Sowjetarmee in den 80er Jahren: Sie musste – trotz überlegenem Einsatz von modernen Waffen und Luftaufklärung! – sich schließlich geschlagen aus Afghanistan zurückziehen und den Taliban das Feld überlassen. Auf sowjetischer Seite starben 14 000 Soldaten, etwa 100 000 wurden zu Krüppeln.

Kampagne der Friedensbewegung: „Bundeswehr raus aus Afghanistan"

In Afghanistan wird heute gestorben und nicht erst, wenn die „Schutztruppen" abgezogen sind. Der Anschlag auf die Bundeswehrangehörigen am 19. Mai 2007 hat deutlich gemacht, dass Deutschland zunehmend auch die Quittung für seine tiefe Verstrickung in den völkerrechtswidrigen Krieg erhält. Vor dieser Situation die Augen zu verschließen und weiterzumachen wie bisher ist verantwortungslos und zeugt von einer gefährlichen Ignoranz der politischen Klasse und der ihr nahe stehenden Berater. Es gibt daher keine andere Lösung, als dass sich Deutschland so schnell wie möglich aus dem militärischen Teil des Afghanistan-Engagements komplett zurückzieht. Deutschland wäre gut beraten, in den Gebieten, wo dies möglich ist, humanitäre, wirtschaftliche und soziale Projekte einschließlich eines anreizbezogenen Ersatzes von Schlafmohnanbau zu fördern. Eine Aufstockung der Mittel wäre bei gleichzeitigem Herunterfahren des Militäreinsatzes kein Problem.

Die Friedensbewegung kann bei ihrer im Juni gestarteten Kampagne „Bundeswehr raus aus Afghanistan!" auf die Rükkendeckung der Mehrheit der Bevölkerung zählen. Gleichzeitig wird sie mit hartem Widerstand der Regierung und mit so manchen Winkelzügen der Fraktionstaktiker zu rechnen haben, die möglicherweise Enduring Freedom opfern, um ein erweitertes ISAF-Mandat zu retten. Ein schneller Triumph der Friedensbewegung und der Vernunft ist aber auch deshalb nicht zu erwarten, weil die Nichtverlängerung des deutschen Truppeneinsatzes den Kriegstanker NATO auf Schlingerkurs bringen würde. Eine Trübung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses wird die politische Klasse in Berlin nicht riskieren – ganz abgesehen von der Tatsache, dass mit der Aufgabe des Afghanistan-Einsatzes die deutsche Außenpolitik insgesamt in Frage gestellt würde: Das Diktum, Deutschland werde auch am Hindukusch verteidigt, verlöre plötzlich seine Gültigkeit. Die Transformation der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee geriete in Erklärungsnot.

Man sieht: Aus all diesen Gründen lohnt es noch mehr, den Kampf um die Beendigung des Afghanistan-Einsatzes zu verstärken. ♦

Peter Strutynski, Uni Kassel, AG Friedensforschung, www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/strutynski3.html

Eine Geschichte über die Liebe zum Schreiben

Yasmine Ghata: Die Nacht der Kalligraphen

Romanvorstellung von Susanne Roden

Wenn man der Legende von Theut und Thamus glauben darf, so begann die Entdeckung des Schreibens mit einem Streit: Als Theut – der ägyptische Gott der Weisheit – seine neueste Erfindung der Buchstabenschrift dem König Thamus zur Prüfung vorlegt, erfährt er Zurückweisung.

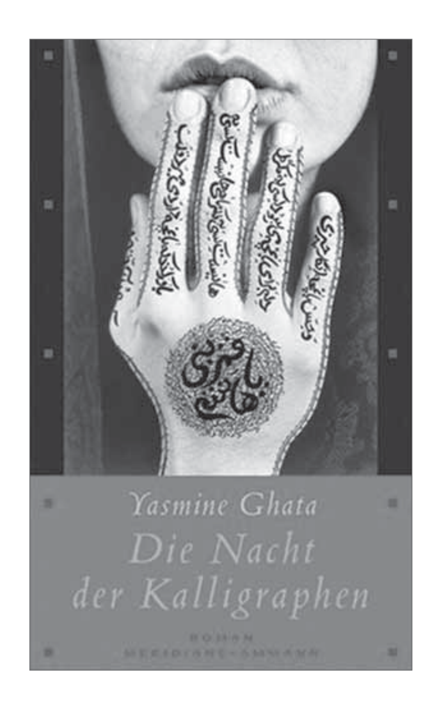
Im Gegensatz zum Erfinder Theut befand Thamus das Schreiben als nicht geeignet, um Menschen weiser zu machen oder ihr Gedächtnis zu verbessern, sondern genau das Gegenteil: etwas, das das Risiko in sich birgt, dem Unterdrücken des Gedächtnisses einen Unterschlupf zu bieten und die Klarheit der Konversation durch Dunkelheit und Mehrdeutigkeit zu ersetzen.

Das gesprochene Wort ist Leben, während das Schreiben dem Tode ähnlich ist – wie ähnlich allen leblosen Dingen, es kann keinen Fragen antworten, noch kann es widersprechen.

Der Debütroman von Yasmine Ghata „Die Nacht der Kalligraphen“ erzählt eine Geschichte vom Schreiben, über die Liebe zum Schreiben und von all denen, die ihr gesamtes Leben dem *kalem* gewidmet haben: den Kalligraphen.

Ungewöhnlich beginnt diese Geschichte mit dem Bericht der Ich-Erzählerin Rikkat Kunt über den eigenen Tod und die Beerdigung, um dann die Geschichte ihres Lebens zu erzählen, ein Leben, das unlösbar mit den Aktivitäten des Schreibens verbunden war.

Mit genau ausgearbeitetem blumigem Ausdruck vermittelt sie ihr inneres Leben so kraftvoll, wie sie die reale Welt verdrängt. Rikkat wäre fünf Jahre alt



gewesen, als die Jungtürken die Macht ergreifen und den Sultan ins vorübergehende Exil schicken. Sie wäre elf gewesen, als die Türkei sich in den Ersten Weltkrieg an die Seite Deutschlands begibt, und siebzehn, als Istanbul durch die alliierten Streitkräfte besetzt wird.

Die britischen Kriegsschiffe hätten gesehen werden können von dem yalı der Eltern, einer hölzernen Villa in Beylerbey auf der asiatischen Seite des Hafens des Bosporus, aber sie macht keine Erwähnung davon, und auch keine bedeutenden Begebenheiten, die ihren Höhepunkt in der Gründung der türkischen Republik erreichen, erwähnt sie mit einer Silbe.

Stattdessen erzählt sie von der Kunst des Schreibens, sie lernt zunächst zu Hause, erstellt Abschriften des Monogramms des Sultans.

Nachdem sie ihren ersten Ehemann heiratete, der wenig Interesse an ihr hat, wird sie Auszubildende bei den Kalligraphen und lernt von den alten Männern, die durch Gottes Wort inspiriert sind. Sie entdeckt die Kalligraphie als eine Technik der Selbstbehauptung und sie dient ihr zum stillen Protest gegen das voreilige Vergeben ihrer Hand zur Heirat.

Der Zauber der Werkstatt ist in jedem Satz augenfällig, die Geheimnisse der Rezepturen für Tinte, Feder, Vorbereitung der Papiere, alles was für die kalligraphischen Arbeiten benötigt wird und nur Eingeweihte durch Überlieferung kennen. Sie erduldet alle Schikanen von diesen halberleuchteten, halbverrückten alten Männern und absorbiert ihre Art mit allen Sinnen. Als zum Schluss ihr alter Meister Selim sich das Leben nimmt und Rikkat seine kostbaren Schreibutensilien hinterlässt, da entscheidet sich die junge Frau, ihr Leben gänzlich der Kalligraphie zu widmen. Sie kommuniziert mit dem Geist ihres Mentors und entflieht dem Leben insgesamt.

Sie sitzt an ihrer Arbeit wie besessen und ihre Hingabe zu dieser Kunst ist so stark, dass sie erst einmal im elterlichen Haus, für einen kurzen Aufenthalt angekommen, ihren Ehemann aus ihrem Gedächtnis verbannt – sie kehrt einfach nicht zurück zu ihm, bis er eines Tages die Scheidung einreicht. Rikkat bleibt mit dem gemeinsamen Sohn zurück und

widmet sich nun noch mehr der Arbeit, ihre Hand wird zur Hand, derer sich Gott bedient, um seinen Atem zu schreiben.

Auch als die alte religiöse Kunst scheinbar den Status verliert, verharrt sie treu bei der Kalligraphie.

Politik drängt sich erst 1928 hinein, als Atatürk, dessen weltliche Republik schon ihre Entschlossenheit gezeigt hatte, sich vom Islam zu distanzieren, weitergeht und beginnt, das Arabischschreiben zu verbieten und es durch eine moderne modifizierte Form des lateinischen Alphabets, bekannt als „Neues Türkisches Alphabet", zu ersetzen. Gefolgt von einer nachdrücklich staatlich geförderten Sprachreform, um unter anderem aus dem Türkischen alle Worte, die aus dem Persischen oder Arabischen entlehnt sind, zu löschen.

Die Kalligraphen in Istanbul nehmen einen merkwürdigen und gefährlichen Raum ein. Der Zerfall des Osmanischen Reiches und die Geburt der jungen Türkei verwandeln das alte Istanbul in eine moderne Metropole und bewirken ein Ableben der *madrassa*, der alten islamischen Institute, die über Jahrhunderte Heimstatt der Kalligraphie waren. Für die Kalligraphen, Diener Allahs, Protokollanten der Worte Gottes und der Sultane, ist kein Platz mehr in der jungen Republik und das bedeutet Kunst im Stillen, Beten im Verborgenen und sich Luft machen mit einem leisen Wutanfall gegen das moderne Zeitalter.

Rikkat bleibt unerschrocken. In zunehmendem Maße führt ihre Arbeit an den heiligen Texten dazu, dass sie ihren eigenen Platz findet. Nicht nur durch den intensiven und stillen Dialog mit Gott, dem Kalligraphen ergeben sind, aber auch, um sich private Freiheiten zu erkämpfen, die immer mehr Gegenstand von Angriffen werden, insbesondere durch den zweiten Ehemann Mehmet, der sich durch die Arbeit seiner Frau provoziert fühlt. Auch diese Ehe zerbricht, ihr Ehemann, ein Hochstapler, verlässt die Türkei, nimmt jedoch den zweiten Sohn Nour mit sich.

Nachdem Selim gestorben ist, besucht er Rikkat regelmäßig aus dem Jenseits und mit schalkhafter Bosheit führt er sie getreu, um ihre Kunst zu perfektionieren. Sie gewinnt im Nationalen Kalligraphenwettbewerb den ersten Preis und wird Dozentin an der Akademie der Feinen Künste in Istanbul. Sie entwickelt die traditionelle Kunst weiter und passt sie der zeitgenössischen an. Sie hat ihre eigenen Schüler und erfährt Zuspruch für ihren Unterricht und ihre künstlerische Praxis, die zu lockenden Aufgaben aus aller Welt führen.

Obwohl sie gern sagen würde, die Kalligraphen sind Hybridgeschöpfe, also im Geiste weder Mann noch Frau, so leidet sie doch die ganz gewöhnlichen Sorgen und Indigniertheiten einer arbeitenden Frau in einer männerdominierten Profession und die einer arbeitenden Mutter in traditionellen Gesellschaften ohne des Ehemanns Segen. Aber zur gleichen Zeit ist ihre Arbeit ihr Heil. Durch das Dienen für Gott kann sie es ablehnen, anderen um sie herum zu dienen.

Rikkats Leben ist hart: zwei gescheiterte Ehen mit Männern, die sie weder lieben noch ihre Berufung beachten, der Tod des zweiten Sohnes, der nach später Versöhnung eine zentrale Figur in ihrem Leben geworden war, dann weitere schmerzvolle Trauerfälle und schließlich der Verlust des Familiensitzes am Bosporus, verurteilt zur Zerstörung, nachdem sie mehrere Jahrzehnte dort gelebt und gearbeitet hat.

Aber Rikkats Leidenschaft für die Kalligraphie trägt sie durch diese Tragödien, sie unterhält sich mit den Kalligraphen, die vor ihr waren, und dieser Dialog ist mindestens genauso wichtig wie der mit den Lebenden.

Eine Art von religiöser Beständigkeit scheint die zwei Welten zu verknüpfen.

Aber sogar im Leben nach dem Tode zerren sie an ihr und niemals erfolgreicher als in diesem Roman. Aber nun lenkt die Enkelin ihre Feder und was die Enkeltochter am meisten möchte, ist die durchtrennten Verbindungen wieder herzustellen zu der verlorenen Familie, der verlorenen Heimat, der verlorenen Tradition. Sie tut dies in so unnachahmlich wundervollen Sätzen, die sich biegen und winden wie die Arabesken ihrer Ahnin.

Yasmine Ghata zeichnet das Bild einer beeindruckenden Frau in einer unruhigen Zeit, im Niemandsland zwischen Tradition und Erneuerung, zwischen Mystizismus und Realität.

„Die Nacht der Kalligraphen" wird erzählt mit der subversiven Kraft des geschriebenen Wortes und der vollkommenen Hingabe an ein Lebensziel. Es endet mit der hinterhältigen Gewissheit, dass all jene, die glauben, dass Schreiben leblos sei und unfähig zum Widerspruch, schuldig sind an einer enormen Unterschätzung.

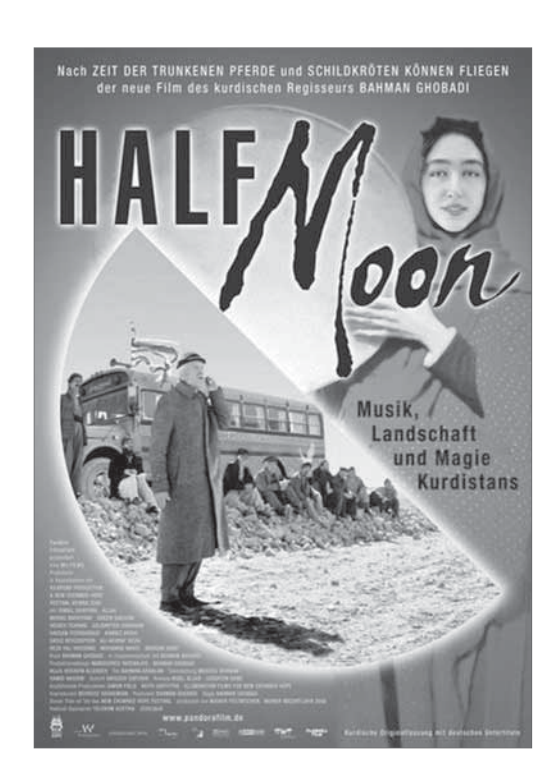
Yasmine Ghata wurde 1975 in Frankreich geboren. Sie studierte Islamische Kunstgeschichte, arbeitet für eine Pariser Galerie und ist spezialisiert auf die Erstellung von Expertisen für islamische Kunst. Yasmine Ghata ist die Tochter der berühmten libanesischen Dichterin Vénus Khoury-Ghata. Das Buch „Die Nacht der Kalligraphen" ist ihr erster Roman und erzählt die Lebensgeschichte ihrer Großmutter, Rikkat Kunt (1903-1986), einer der wenigen Kalligraphinnen in der türkischen Geschichte. ♦

Yasmine Ghata:
Die Nacht der Kalligraphen
Roman, gebunden, 153 Seiten,
Verlag Ammann; 1. Auflage Febr. 2007,
ISBN-10: 3250600865,
ISBN-13: 978-3250600862,
EUR 17,90/CHF 31,40

HALF MOON – ein neuer Film von Bahman Ghobadi

Kurdistan, ein Halbmond

Meral Çiçek



Bahman Ghobadi, kurdischer Regisseur aus dem Iran, sagte einmal während eines Interviews: „Man geht nicht ins Kino, um noch mehr Leid zu sehen, sondern um leichte Kost vorgesetzt zu bekommen. Das ist schade, denn die Leute verschließen ihre Augen vor der Wahrheit." Diese Worte können als Kritik, Feststellung oder auch persönliche Unzufriedenheit mit einem vorherrschenden Ist-Zustand, einem Trend verstanden werden. Klar ist aber, dass Ghobadi mit diesen Sätzen zugleich auch sein eigenes Cinema-Verständnis ausdrückt. Dass er Kino nicht nur als Entertainment versteht, sondern vor allem auch als Möglichkeit, die Realität mitsamt ihrer Unbarmherzigkeit einem breiten Publikum näherzubringen und auf diese Weise bestimmte Themen zu problematisieren.

Nach der Vorstellung von Ghobadis drittem Film „*Schildkröten können fliegen*" in einem winzigen Kino mit 100 Plätzen drückte eine nicht-kurdische Frau mit den Worten „Der Film ist aber zu hart" ihre Enttäuschung aus. Sie gehörte eben zu den von Ghobadi beschriebenen Leuten, die ins Kino gehen, um von der Realität abgelenkt zu werden und leichte Kost erwarten. Dabei war nicht der Film zu hart. Die Realität selbst ist hart.

Und während wir uns auf den Weg ins Kino machten, um die Preview von „*Half Moon*", oder dem Originaltitel nach „*Niwemang*", anzusehen, hatten wir uns innerlich auf schwere Kost, einen schwer zu schluckenden Brocken vorbereitet. Doch hat Ghobadi in seinem vierten Film Tragik und Komik sehr behutsam vermischt. Dem Regisseur selbst nach handelt es sich bei dieser Mischung aus Lustigem und Traurigem um das Wesen des kurdischen Lebens. Ein Volk, dessen Kinder ihr gesamtes Leben über geprägt sind von großem Schmerz und Leid, aber in ihrem Humor und ihrer Musik Zuflucht suchen. An vielen Stellen verflechten sich die Elemente von Tragik und Komik und der/die Zuschauer/in fragt sich, ob er/sie denn nun lachen oder weinen soll. So wie in der Szene, in der der naive Fahrer Kako, der plant, die von ihm gemachten Videoaufnahmen der Tour an Fernsehsender zu verkaufen, realisiert, dass er die ganze Zeit mit einer Kamera ohne Kassette filmte, und seinen Kopf vor Ärger über sich selbst gegen die Tür schlägt.

Doch driften Tragik und Komik natürlich auch an vielen Stellen auseinander. Man denkt an die Szene im orangefarbenen, ehemaligen Schulbus mit seinen hölzernen Sitzplätzen, der auch noch „Kurdistan Eagle" heißt und in dem Mamo und sein Orchester, das aus seinen vielen Söhnen besteht, vom kurdischen Iran in den kurdischen Irak reisen wollen. Mamo sieht seinen ältesten Sohn an, der trotz Hornbrille kaum sehen zu können scheint und dem sein Vater ans Ohr schoss, als er versuchte abzuhauen. Mamo findet, dass dieser mit seinem Verband einem berühmten holländischen Künstler ähnelt, und kommt aber nicht auf den Namen. Daraufhin zählt diese Gruppe, der man nicht zutraut, jemals ein Buch gelesen zu haben, alle möglichen Künstlernamen auf; angefangen bei Rembrandt bis Van Gogh. Und auch Kako zitiert mit der gleichen Natürlichkeit vor Beginn eines Hahnenkampfs vor versammelter männlicher Dorfgemeinschaft erst einmal den dänischen Philosophen Kierkegaard.

Während solche und ähnliche Szenen für die Komik sorgen und die Zuschauer/innen zum Lachen bringen, sind Tragik, Leid und Schmerz aber auch immer allgegenwärtig. Mal verschwinden sie, um im nächsten Moment erneut zurückzukommen. Ist es doch das Leben selbst, das tragisch ist. Allein schon die Tatsache, dass Mamo, dessen Schicksal schon längst beschlossene Sache ist, sich seiner Vorsehung nicht beugt und Glauben sowie Hoffnung auf eine Art und Weise schützt, als wenn er gegen sein Schicksal ankämpfen würde, jedoch stets mit neuen Hindernissen und Schmerz konfrontiert wird, ist eine Tragödie für sich.

Wie schon bei „*Schildkröten können fliegen*" handelt es sich auch bei „Half Moon" um einen tragikomischen Film mit surrealistischen Elementen, in dem die Grenzen zwischen Traum und Wirklichkeit teilweise verschwimmen. Durch Mamo lässt uns Ghobadi wissen, dass es manche Dinge im Leben gibt, die von der Wissenschaft nicht zu erklären sind. Manchmal ist das einfach nur eine Stim-

me, eine Melodie, die nur vom Herzen gehört werden kann. In diesem Sinne kann „*Half Moon*“ auch als Hommage an die traditionelle kurdische Musik gesehen werden. Mamo, der Hauptcharakter der Geschichte, macht sich nämlich mit seinen Söhnen, die sich so unähnlich sind, wie man es nur sein kann, auf den Weg nach Irakisch-Kurdistan, um in dem Land, in dem kurdische Musik jahrzehntelang verboten gewesen ist, ein Konzert mit dem Titel „Schrei der Freiheit“ zu geben.

Zugleich werden mit dem Film auch jene Frauen geehrt, die in ihrem eigenen Land nicht singen dürfen. Hesho, die Frau, die Mamo als Sängerin mit in den Irak nehmen will, lebt mit 1 333 weiteren Frauen in einem Dorf. Diese stehen stellvertretend für die Sängerinnen im Iran, die noch heute nicht in Gegenwart von Männern singen dürfen. Der Film, der in der Zeit nach dem Sturz des Baath-Regimes spielt, lässt die US-Intervention nicht unkommentiert. Zwar wird der Punkt, dass nun Ende mit den Verboten und der Unterdrückung der Kurd/innen im Land ist, positiv bewertet. Andererseits wird die Intervention selbst in einer Szene, in der amerikanische Soldaten wahllos auf alles, was sich bewegt, schießen, indirekt kritisiert.

Kommen wir zum Titel des Films, der u. a. auf dem Internationalen Filmfestival von Lissabon mit dem Amnesty International Award und dem Internationalen Filmfestival von San Sebastian mit der Goldenen Muschel ausgezeichnet worden ist. Es ist ein Titel, der Fragezeichen in den Köpfen der Zuschauer/innen hinterlässt. „*Niwemang*“ ist der Name einer Frau, der Mamo in seinem hoffnungslosesten Moment begegnet. Jedoch reflektiert der Titel zugleich auch die Sichtweise des Films auf Kurdistan. In Zeiten des Halbmonds ist eine Hälfte des Monds sichtbar, die andere bleibt verborgen in der Dunkelheit. Genauso ist auch Kurdistan. Und vielleicht liegt die Kunst gerade darin, die verborgene, sich in der Dunkelheit befindliche Seite aufzudecken.

Denn Kurdistan ist ein Land, geteilt in vier Teile und verwundet durch Grenzen. Jedes Mal, wenn Mamo versucht, diese Narben zu überqueren, realisiert er, dass das Visum, das er in der Innentasche seiner Jacke trägt, auf dieser Erde überhaupt nichts nützt. Das Grenzgebiet, das sein Land teilt und in das er reisen möchte, um den „Schrei der Freiheit“ ertönen zu lassen, wird von amerikanischen Soldaten bombardiert. Paradoxerweise versucht er daraufhin über Aserbaijan nach Südkurdistan zu reisen. Doch diesmal wartet das türkische Militär an der Grenze. Auch wenn die Soldaten niemals zu sehen sind, spiegeln die Szenen an den Grenzposten dieses Paradox wider. In diesem Sinn handelt es sich bei „*Half Moon*“ um ein auch künstlerisch sehr wertvolles Werk, das die Halbmondhaftigkeit Kurdistans meisterhaft auf die Leinwand trägt und zusammen mit den wunderschönen Aufnahmen des neuseeländischen Kameramanns Nigel Bluck sowie der Filmmusik von Hossein Alizadeh dem kurdischen Kino, welches sich noch in seiner Entstehungsphase befindet, einen enormen Beitrag leistet. ♦

HALF MOON – ein Film von Bahman Ghobadi

Der gefeierte kurdische Starmusiker Mamo (Ismail Ghaffari) hat über 30 Jahre im iranischen Exil verbracht. Trotz Krankheit plant er, zusammen mit seinen zehn Söhnen zu einem großen Konzert in den Irak zu fahren. Dieser symbolische „Schrei der Freiheit“ findet anlässlich des Sturzes von Saddam Hussein statt. Die Unterdrückung kurdischer Musik im Irak hat endlich ein Ende.

Seinem treuen Freund Kako (Allah-Morad Rashtiani) gelingt es, einen alten Schulbus aufzutreiben. Gemeinsam sammeln sie die verstreut im Iran lebenden Söhne ein, damit sie Mamo mit dem Orchester begleiten können.

Der letzte Sohn überbringt Mamo die Warnung einer Weissagerin: Er solle nicht auf die Reise gehen, da bei Anbruch des nächsten Vollmondes etwas Schreckliches geschehen werde. Dennoch beharrt Mamo auf der Reise. Er habe ein Anrecht darauf, da er so viele Jahre nicht auftreten konnte. Obwohl er von dunklen Visionen heimgesucht wird, hält er unerbittlich an seinem Plan fest.

Mamo überzeugt die ehemals gefeierte Sängerin „die himmlische Stimme“ Hesho (Hedye Tehrani) mitzukommen, die mit 1 334 Frauen im „Dorf der verbannten Sängerinnen“ lebt, einer Metapher auf ein Gesetz im Iran, das es keiner Frau erlaubt, öffentlich als einzelne Sängerin aufzutreten.

Zunächst entgeht Hesho bei einer Grenzkontrolle wegen fehlender Transitpapiere knapp der Verhaftung, aber bei ihren ersten Proben muss Mamo feststellen, dass sowohl ihre Stimme als auch ihr Selbstvertrauen an der jahrelangen Unterdrückung fast zerbrochen sind. Bei einer zweiten Grenzkontrolle werden die Instrumente der Söhne zerstört, Hesho wird festgenommen und die Reise scheint beendet zu sein. Die Gruppe löst sich auf, die Söhne verlieren sich in der endlosen Weite der kurdischen Landschaft.

Doch Mamo will nicht aufgeben. Von Krankheit gezeichnet und am Ende seiner Kräfte häufen sich mit zunehmendem Mond Mamos Todesvisionen. Die Lage scheint aussichtslos ...

Im Iran wurde HALF MOON kurz nach der Uraufführung aufgrund seiner politischen Brisanz verboten.

Iran/Österreich/Frankreich 2006 – 35 mm – Farbe – Cinemascope – Dolby Digital – 107 Minuten – kurdische Originalfassung mit dt. Untertiteln
http://www.pandorafilm.com/verleih/

Bahman Ghobadi, kurdisch-iranischer Abstammung, ist nach nur vier Spielfilmen einer der vielversprechendsten und interessantesten Regisseure. Ihm gelang es trotz aller Widrigkeiten und unter schwierigsten Umständen, seine Arbeiten umzusetzen, in deren Mittelpunkt das kurdische Leben steht. Seine Filme sind teilweise erschreckend real, aber oft auch voller Humor und Hoffnung.

Ghobadi wurde 1969 in Baneh im Iran geboren und studierte Film in Teheran. Er fing als gewerblicher Fotograf an zu arbeiten und drehte parallel seine ersten Kurzfilme, mit denen er etliche Preise gewinnen konnte. 1999 drehte Ghobadi seinen ersten Spielfilm, „*Zeit der trunkenen Pferde*“, der gleich eine Vielzahl von Auszeichnungen, u. a. den FIPRESCI Preis in Cannes, erhielt, 2002 folgte „Songs Of My Motherland (aka Marooned In Iraq)“. 2004 gewann sein Film „*Schildkröten können fliegen*“ auf dem internationalen Filmfestival von San Sebastian die Goldene Muschel, mit der dann 2006 auch „*Half Moon*“ ausgezeichnet wurde.

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
Fax: (32) 2 647 68 49
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
Fax: (32) 2 647 27 75
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
Fax: (49) 211 - 5989253
Email: ceni_frauen@gmx.de
http://www.ceni-kurdistan.de /

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
Fax: (49) 211 - 17 11 453
E-mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
Fax: (43) 1 - 5455821
E-mail: feykom@chello.at
http://members.chello.at/feykom/

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
Fax: (41) 22 32 81 983
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
Fax: 0(033) 1 40 16 47 23
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
Fax: (39) 06 - 39380273
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com/

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
Fax: (31) 20 - 61 43 468
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
Fax: (45) 33 - 22 59 23
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45
Fax: (61) 2 - 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
Fax: (357) 2 - 37 44 04
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ukraine:
Assoziaziya Kurdskich Obšestvanych Organisazii "Midiya"
01033 Kiew
vul. Jilyanskaya 62/64, of. 6
Tel: (38) 044 - 2201906
E-mail: midiya@ukr.net

Ungarn:
Magyarország Kurdisztani Információs és Kulturális
Egyesület
Baross u. 86 I. em. 1
1028 Budapest
Tel: (36) 1 - 21 01 137
Tel./Fax: (36) 1 - 30 36 650
E-mail: kurdinfo@freemail.hu

AZADÎ e.V.

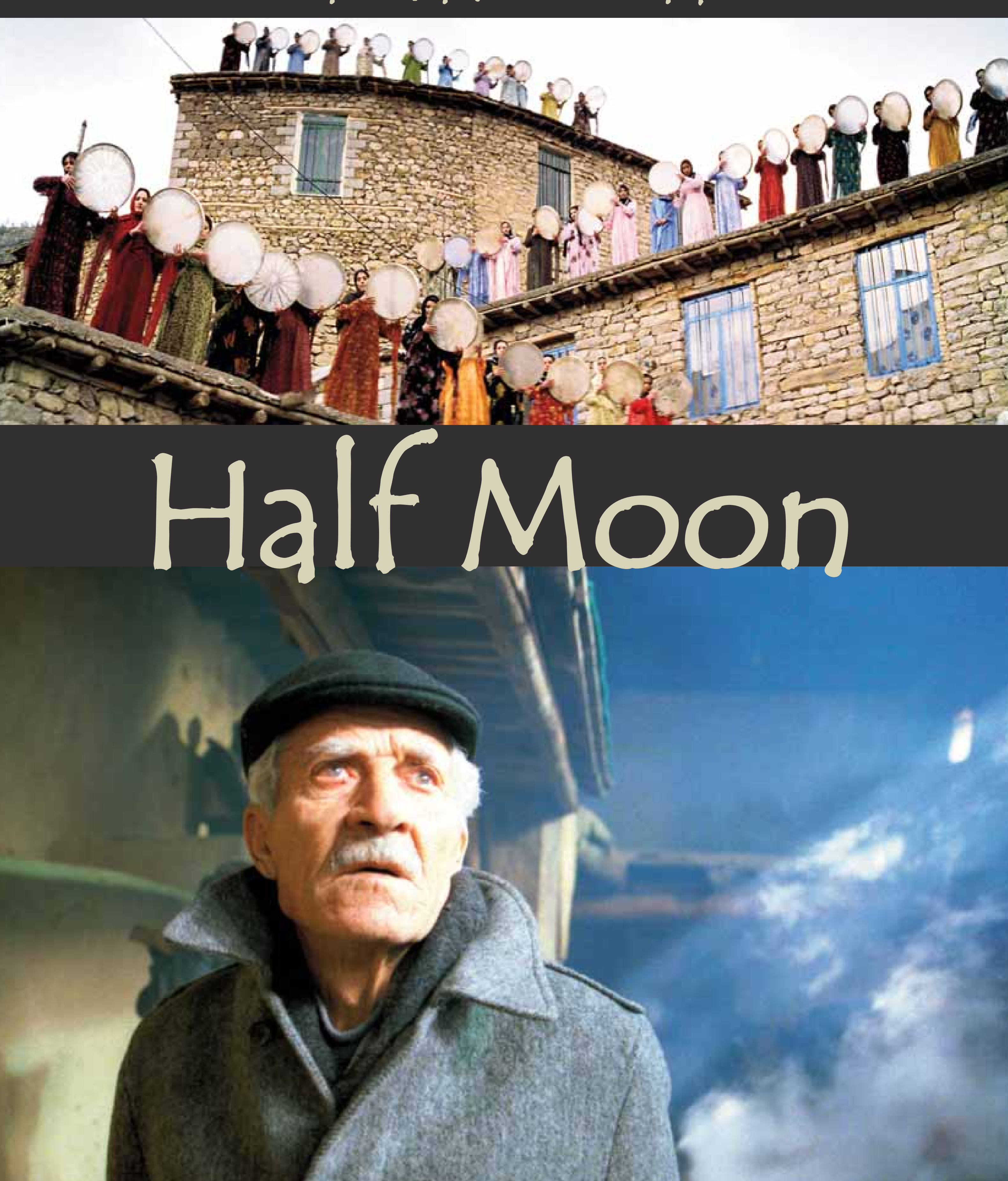
RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600



Bahman Ghobadi

Half Moon



ISSN 0935-5375